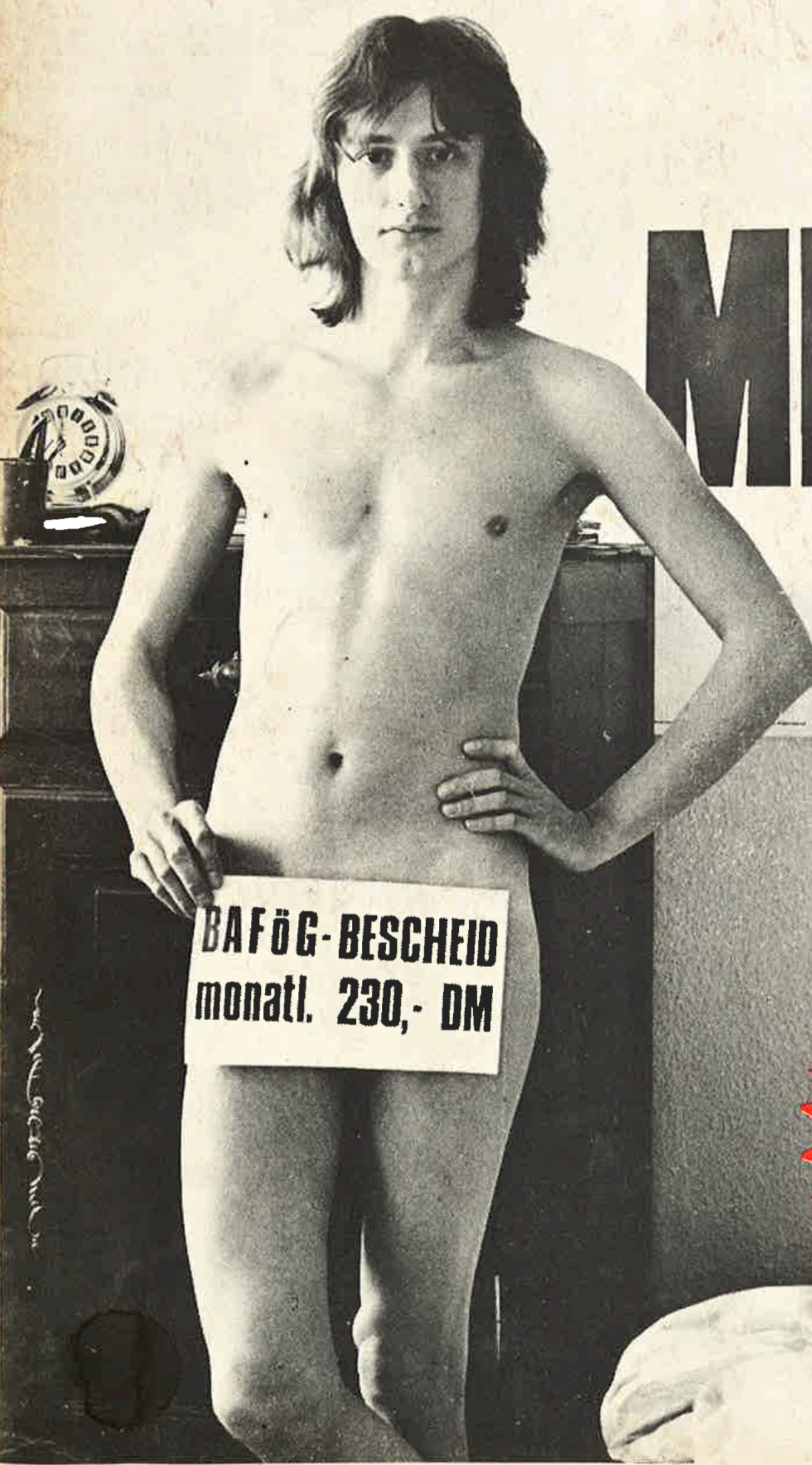


rote blätter14

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS - Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus



BAFöG-BESCHEID
monatl. 230,- DM

MEHR

FÜR DIE BILDUNG
Wir brauchen mehr Un-
versitäten, Lehrkräfte,
Schulen, Lehr- und Lern-
mittel, genügend Wohn-
heimplätze, demokrati-
sche Lehrinhalte, Bafög

Staat Fachhochschulen
Asten 1200,-

WENIGER

FÜR DIE RÜSTUNG
Wir brauchen weniger
Kasernen, Starfighter,
Soldaten, Raketen, U-
Boote, Panzer, keine
Bundeswehrhochschu-
len

**BAFöG-
RICHTSATZ
500 DM
ELTERNFREIBETRAG
1200 DM
SOFORT**

Den Ton anschlagen, den die Herrschenden verstehen

Das Dortmunder Meeting der 2000 hat den richtigen Ton angeschlagen. Je stärker sein Echo in den Fakultäten und Instituten, umso erfolgreicher der Kampf der Studenten in den nächsten Wochen und Monaten. Das Meeting hat erneut bewiesen: Der MSB Spartakus ist diejenige Organisation, die auf der Grundlage ihres konstruktiven Programms für das gemeinsame Handeln der Studenten Antworten auf die Tagesfragen der demokratischen Studentenbewegung geben kann.

Ein starker Spartakus, das ist deshalb gut für alle Studenten, denen es um die Verbesserung ihrer Lage geht. Das ist gut für die Einheit der Studentenbewegung, für das Zusammenwirken von kommunistischen, sozialistischen, liberalen und anderen fortschrittlichen Studenten. Ein starker Spartakus macht die Studentenbewegung für die Arbeiterklasse bündnisfähig, macht sie zum anerkannten Mitstreiter aller demokratischen Kräfte unseres Landes.

Das ist auch gut für die Verbindung und Verständigung der internationalen Studentenbewegung. Die Gespräche mit unseren Genossen der Union der Kommunistischen Studenten Frankreichs (UECF) und des Sozialistischen Studentenverbandes (SOL) aus Finnland, die wir in den letzten Wochen führen konnten, haben ergeben, daß sich unsere Kommilitonen in diesen und in anderen kapitalistischen Ländern in einer ähnlichen Lage befinden wie wir. Denn es liegt in der Natur des kapitalistischen Systems, die Interessen und Forderungen der Studenten mit Füßen zu treten: Verschlechterung der Lebensbedingungen durch Inflation und völlig unzureichende Ausbildungsförderung, die Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen und ungesicherte Berufsperspektive, Beschneidung demokratischer Rechte, Prüfungsverschärfungen, Schmalspurstudiengänge, geistige Öde in den Seminaren, die Aussperrung der Arbeiterkinder, das sind nicht nur Probleme der Studenten der BRD: Ein Blick über den Rhein führt die Patentrezepte der Herrschenden für die Lösung der Bildungskrise — Kurzstudium und staatliche Zentralisierung durch das HRG — schon ad absurdum. Denn dort ist vieles von diesen Plänen schon Wirklichkeit. Ergebnis: 2/3(!) der Studenten nehmen die Selektionshürden nicht und verlassen die Uni ohne Abschluß. Das restliche Drittel findet meist keinen seiner Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz und Lohn. Unter die Räder kommen so nicht nur die Studenten, sondern auch die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen.

Es ist also kein Zweifel, wenn sich in allen kapitalistischen Ländern die Massenkämpfe der Studenten vehement verstärken und Forderungen aufgestellt werden, die in die gleiche Richtung gehen. Und weil dabei ganz ähnliche Probleme auftreten, ist es auch kein Zweifel, daß der Einfluß der Studentenorganisationen zunimmt, die ein politisches Konzept für den erfolgreichen Kampf der Studenten entwickelt haben, die Verbindungen der Studenten mit der Arbeiterbewegung und allen Demokraten des jeweiligen Landes in der Praxis vorantreiben, der UEC, des SOL, des MSB Spartakus. Ultralinke Phrasen und opportunistische Gesundheitsbeteuerungen des Kapitalismus sind immer weniger gefragt — in Frankreich, in Finnland und auch bei uns.

Erforderlich ist deshalb die gemeinsame Aktion der Studenten der kapitalistischen Länder. Bei unseren Gesprächen, zusammen mit der FDJ aus der DDR, hat sich aber noch etwas übereinstimmend ergeben: Die Studenten in den kapitalistischen Ländern machen sich das positive Beispiel des Bildungswesens im Sozialismus noch viel zu wenig für ihren eigenen Kampf zunutze. Denn gerade mit diesem Beispiel könnten sie den herrschenden Klassen ihr Konzept vermasseln, die beschissene Hochschulsituation mit angeblichen „Sachzwängen“ zu bemängeln. Sie könnten mehr Kommilitonen die Notwendigkeit des Kampfes für tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen, für den Sozialismus klarmachen. Weil Bildungsfragen Machtfragen sind, sind dort, wo die Arbeiter die Macht im Staate haben, in der DDR, der UdSSR, in Kuba und Vietnam, die Arbeiter- und Bauernkinder an den Hochschulen. Dort sind die Ausbildungsziele demokratisch, an den Arbeiterinteressen ausgerichtet und dem gesellschaftlichen Fortschritt verpflichtet. Sind die Stipendien ausreichend, die Mieten niedrig und die Preise stabil, ist jedem Studenten ein seiner Qualifikation entsprechender Arbeitsplatz garantiert. Ist antiimperialistische Solidarität Staatspolitik, ist Marx an der Uni, ist die Mitbestimmung der Studenten Wirklichkeit, haben die Studenten alle Möglichkeiten kultureller schöpferischer Betätigung, ist die Befähigung zur niveauvollen geistigen Auseinandersetzung Studienziel. Uns verbindet mit unseren ausländischen Genossen die Erfahrung: Der Aufschwung der Studentenbewegung ist untrennbar mit der Stärkung ihrer marxistischen und kommunistischen Organisationen verbunden. Deshalb sagen wir in der BRD wie unsere Genossen in ihren Ländern jedem linken Studenten: Organisiere Dich bei uns, in der Organisation des entschiedenen Kampfes für die unmittelbaren Forderungen der Studenten, für das Bündnis mit der Arbeiterklasse, für die Solidarität mit Chile und allen um ihre Befreiung kämpfenden Völker, für den Sozialismus. Von Deiner Entscheidung hängt viel ab. Schon in den nächsten Wochen und Monaten.

- 3 Weg mit dem Berufsverbot!
- 6 Internationale Stimmen zum Ministerpräsidentenerlaß. — Soll man zum BVG gehen?

Hochschule

- 7 Dortmunder Spartakus-Meeting der 2000
- 10 Ausländische Bruderverbände zu Gast beim Spartakus
- 12 BAFöG-Kampagne des vds
- 14 Kurzumfrage: Wovon lebst du?
- 15 Wohnkampf in Münster
- 17 Aufruf des vds
- 18 Zur 1. Lesung des Hochschulrahmengesetzes
- 21 Bundeswehrhochschulen: Ein geglücktes Experiment
- 23 Erfolgreiche Bilanz der Spartakus-Jahreshauptversammlungen
- 24 Kurzmeldungen
- 25 Genossen-Urlaub in Frankreich
- 26 Seltsames vom Kölner RCDS

BRD

- 27 Grußadresse an den Parteitag der DKP
- 28 Max Reimann zum 75. Geburtstag
- 29 Georges Marchais in der BRD
- 30 rote-blätter-Gesprächsrunde: Kampf um menschlichere Arbeitsbedingungen

Internationales

- 33 Die Chile-Solidarität muß verstärkt weitergehen
- 35 Ein Brief aus Santiago
- 36 Interview mit ZK-Mitglied der KP Chiles, Genosse Banhero
- 38 Junta-Terror an den Hochschulen
- 39 Pham van Dong in der DDR
- 40 Nahost-Konflikt: Der Aggressor ist Israel
- 45 BRD-Hilfe für die Zionisten
- 46 Peter Wahl berichtet aus Vietnam

Theorie

- 49 Marxistische Bildungsarbeit: Befähigung zur revolutionären Praxis

51 Leserbrief

rote blätter

Herausgeber: Bundesvorstand des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

Chefredakteur: Hartmut Schulze (verantwortlich)

Fotos: Magda Taroni, Gruppe Arbeiterfotografie Hamburg, HO-Bild, Elke Suess

Redaktion:
MSB SPARTAKUS
53 Bonn, Postfach

Druck: Plambeck & Co., Neuss
Auflage: 25 000

Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein So-

zialdemokrat. Als sie die Katholiken holten, habe ich nicht protestiert; ich war ja kein Katholik. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

Martin Niemöller

Vater: Harry Naujoks. Antifaschistischer Widerstandskämpfer. 12 Jahre Kerker und KZ. Lagerältester in Sachsenhausen. Präsident des Nationalen und Vizepräsident des Internationalen Sachsenhausen-Komitees.



Sohn: Rainer Naujoks. Mitglied in MSB Spartakus und DKP. Von seinen Hamburger Kommilitonen in Fachschaftsrat, Fachbereichsrat und ASTA gewählt. Berufsverbot als Lehrer. „Bietet nicht die Gewähr des jederzeitigen Eintretens für die freiheitlich-demokratische Grundordnung.“



Unser Kampf geht weiter, unsere Front wird breiter – weg mit dem Berufsverbot

Über 300 000 Bundesbürger sprachen sich mit ihrer Unterschrift bereits gegen die verfassungswidrige Politik der Berufsverbote aus. Zehntausende erst jetzt wieder bei der Aktionswoche Ende Oktober. In 100 Städten arbeiten in Bürgerinitiativen und in Aktionskomitees zusammengeschlossene Organisationen für die ersatzlose Aufhebung des Ministerpräsidentenerlasses. Jetzt soll mit einem Sondergesetz gegen Kommunisten und andere aktive Demokraten die Berufsverbotspraxis verschärft und unangreifbar gemacht werden. Wir aber werden keine Ruhe geben. Die Berufsverbote müssen restlos vom Tisch!

Wie das Sondergesetz nach den Worten der Baden-Württembergischen Landesregierung aussehen wird, zeigt ihr Innenminister Schieß. Am 2. 10. trat der berühmte „Schieß-Erlass“ über die Durchführung des Berufsverbots im öffentlichen Dienst in Kraft. Der Erlass sieht nicht nur Maßnahmen wie die parteimäßige Erfassung und „Durchleuchtung“ aller Bewerber für den öffentlichen Dienst vor, sondern auch eine Überprüfung aller bereits eingestellten Beamten und Angestellten. Mit dem Erlass werden überdies auch die kommunalen Gebietskörperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechtes aufgefordert, das Be-

rufsverbot ebenfalls zu praktizieren. Und auf daß dann das Sondergesetz auch wirklich so ausfalle, frohlockt die CDU, habe man ja noch mit seiner Bundesrats-Mehrheit „einen Fuß in der Tür“. Aber es geht ja nicht um die Berufsverbote allein. Noch ein Schieß-Erlass: Alle Polizeidienststellen Baden-Württembergs wurden angewiesen, bei spontanen Arbeitsniederlegungen und Streiks Ermittlungen gegen die Streikenden durchzuführen. Wenige Tage vor der Urabstimmung von 400 000 Metallarbeitern in Nordbaden-Nordwürttemberg erklärte der Stuttgarter Innenminister, solch ein Streikerlaß sei notwendig, um eine „Gefahr für die öffent-

liche Ordnung auszuschließen“.

Polizeiknüppel gegen Streikende wie bei Ford und in anderen Betrieben, Rauschmiß von aktiven Arbeitnehmervertretern; die Klassenauseinandersetzungen verschärfen sich, die Bewußtheit der Massen wächst; Profite und Privilegien lassen sich nicht mehr nur durch Integration und schöne Worte verteidigen; „Wir alle in einem Boot“ zieht nicht mehr; es müssen probatere Mittel her. Unbequeme Jugendvertreter werden kurzerhand gefeuert, zum Wehr- oder Ersatzdienst eingezogen. Aufmuckende Lehrlinge, registriert in schwarzen Listen, erhalten nach ihrer Ausbildung keine Stelle. Bisher sind 600 solcher Fälle bekanntgeworden, die Dunkelziffer ist hoch. Über 6000 Jugendliche demonstrierten am 27. 10. auf einer Kundgebung des DGB in Köln gegen diese Praktiken.

Der Abbau der demokratischen Rechte, die Aushöhlung des Grundgesetzes geschieht umfassend. Eine Enquete-Kommission des Bundestags bereitet eine gründliche Revision des Grundgesetzes vor. Die Notstandsgesetzgebung soll

ausgeweitet, der Föderalismus einschneidend eingeschränkt werden.

1000 neue Spitzel

Kommunistenhatz, Gesinnungsschnüffelei und Bespitzelungen haben bereits ein erschreckendes Ausmaß. So wurde zum Beispiel Volker Götz, nachdem die Bildzeitung unter einem Hetzartikel über sein Berufsverbot seine volle Adresse veröffentlichte, wochenlang mit anonymen Telefonanrufen und Briefen traktiert. Ein Geistlicher im Düsseldorfer Stadtteil des Genossen Götz bekam Morddrohungen, weil er sich positiv über ihn geäußert hatte. Im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen wurden in den letzten Monaten rund 10 000 Beamte und Anwärter auf den Öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz überwacht; was natürlich diese Organisation in finanzielle und personelle Schwierigkeiten brachte. Der Etat für 1974 sieht daher tausend neue Planstellen für die Spitzel vor. Welche Mittel hierbei angewandt werden, zeigt ein Fall aus Hannover, wo der Verfassungsschutz einen ehemaligen Fürsorgezögling (Deckname „Freitag“) von der Bundeswehr abwarb, um ihn u. a. kaltschnäuzig beim Hannoverscher Spartakus-Vorsitzenden einbrechen und Unterlagen stehlen zu lassen (Aktion „Maiglöckchen“).

In einer anderen Stadt wurden sämtliche Unterschriften, die die DKP für ihre Kandidatur zur letzten Bundestagswahl gesammelt hat, vom Verfassungsschutz registriert.

In Niedersachsen, Bayern und NRW wurden von Mai bis August dieses Jahres insgesamt über 30 000 Bundesbürger karteikartenmäßig überprüft.

Sicher, bei dieser antikommunistischen, antidemokratischen Offensive (die ja

letztlich nur Ausdruck einer Defensiv-Position ist) steht die CDU/CSU ganz vorn. Aber die SPD-Führung (ganz abgesehen davon, daß ein SPD/FDP-Senat die Berufsverbote in diesem Land wieder einführt) ist mit von der Partie. Exemplarisch Regensburg: Hier sollen der Rektor der Universität und andere Sozialdemokraten aus ihrer Partei ausgeschlossen werden, einzig und allein, weil sie zusammen mit vielen anderen Vertretern der öffentlichen Meinung dieser Stadt, darunter auch Kommunisten, ein Flugblatt gegen den faschistischen Putsch in Chile unterzeichneten. Kein Wort des Ekels und des Protestes hört man dagegen aus der Baracke, wenn der Ex-Generalsekretär der CDU, Heck, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung (die seit Jahren Bundesmittel an die chilenische Konterrevolution überwies) und des Bundestagsausschusses „Humanitäre Hilfe“ erstmals Repräsentanten der Mörder-Junta auf deutschen Boden holen will.

Heck („In der Frühlingssonne ist das Leben im National-Stadion von Santiago ganz angenehm“) hat die Führer der christdemokratischen Partei, Alewin und Frei, die beide maßgeblich an der politischen Vorbereitung des Putsches beteiligt waren und ihn ausdrücklich begrüßten, zum CDU-Parteitag vom 18. bis 20. November nach Hamburg eingeladen.

Kein Wort des Protestes aus der SPD-Baracke auch zu den ungeheuerlichen Vorgängen in Paderborn, wo die Polizei die Einnahmen einer Spenden-Aktion für die Unidad Popular mit der Begründung, es läge keine Sammelerlaubnis vor, beschlagnahmte. Beteiligt waren hierbei übrigens auch Beamte, die im Zusammenhang mit dem Streik bei Hella „eingesetzt“ wurden.

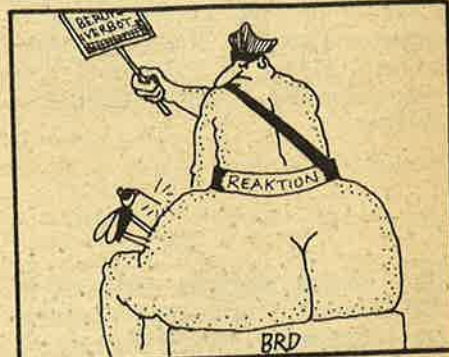
Richter vergattert

Wenn Berufsverbote gegen Kommunisten überhaupt noch begründet werden, dann manchmal mit der Behauptung, die DKP strebe eine Abschaffung der Gewaltenteilung an. Wie sieht es denn mit dieser Gewaltenteilung bei uns aus? die Trennung von Legislative und Exekutive gibt es ohnehin nur noch in unseren Märchenbüchern für Sozialkunde. Und die Trennung von Exekutive und Judikative? Hierzu ein Lehrstück aus Koblenz: Herrn Kohl schien es Ende August vonnöten, seinen rheinland-pfälzischen Richtern und Staatsanwälten auf einer nichtöffentlichen Tagung klarzumachen, was er von ihnen erwartet. Unmittelbar danach hob das Koblenzer Obergericht eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Neustadt auf, in der das Berufsverbot für Anne Lenhart mit der Begründung, aus ihrer DKP-Mitgliedschaft dürften ihr keine Nachteile erwachsen, für rechtswidrig erklärte. Das OVG Rheinland-Pfalz dagegen: „In aller Regel ist ein Mitglied der DKP ungeeignet für die Einstellung als Beamter im öffentlichen Dienst.“

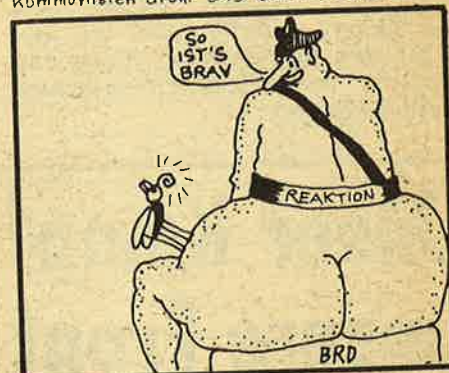
Bei der Begründung des Urteils wurde als „Beweis“ für die angebliche verfassungsfeindliche Haltung von Kommunisten in der Bundesrepublik auch deren positive Einstellung gegenüber den sozialistischen Ländern gewertet. Dazu betonte die DKP Rheinland-Pfalz: „Spätestens hier müßte allen Demokraten

klar sein, daß es nicht um die DKP alleine geht, sondern um die Politik der Entspannung und Verständigung überhaupt.“

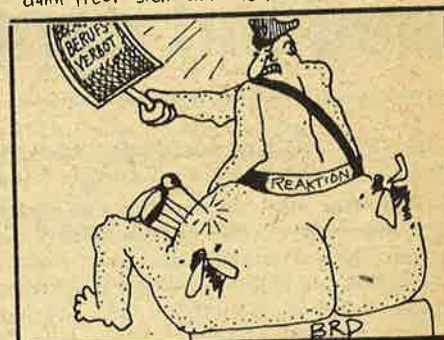
Hier wird jetzt auch in aller Deutlichkeit klar, in welchem außenpolitischen Rahmen diese Hexenjagd-Praxis steht. Zu einer realistischen Politik der Entspannung gegenüber den sozialistischen Staaten gezwungen, muß die Bundesregierung natürlich in deren Folge ein weiteres Erstarken der demokratischen und sozialistischen Bewegung im eigenen Land befürchten. Berufsverbote



Fortschrittlichen Demokraten, Sozialisten und Kommunisten droht das BERUF VERBOT



Wenn wir vor dem Berufsverbot KUSCHEN, dann freut sich die Reaktion



Wenn wir uns EINZELN zur Wehr setzen, vernichten sie uns einzeln



Nur, wenn wir uns GEMEINSAM dagegen stellen, wird das Berufsverbot fallen!

Horst
Bethge
Erich
Roßmann
(Hrsg.)

Der Kampf
gegen das
Berufsverbot

Dokumen-
tation
der Fälle
und des
Widerstands



Kleine
Bibliothek



Pahl-
Rugenstein
Verlag

Soeben erschienen ist diese Dokumentation mit dem Protokoll der Hamburger Konferenz mit internationaler Beteiligung gegen die Berufsverbote vom 12. Mai 1973 und einer umfassenden Zusammenstellung von Fällen sowie Stellungnahmen von Organisationen und Parteien zum Berufsverbot. (360 Seiten, 12,80 DM)

sollen der Riegel davor sein. Zudem werden Antikommunismus und Antisowjetismus geschürt, um den Verlauf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in der Reaktion genehme Bahnen zu lenken. So wird dann ständig auch mit dem Verbot marxistischer Organisationen, DKP, SDAJ, MSB Spartakus gedroht. Am deutlichsten F. J. Strauß auf dem CSU-Parteitag: Auseinandersetzungen mit ultralinken und maoistischen Gruppen seien nicht lohnend und würden nur von dem einzigen „ernstzunehmenden

Gegner, der DKP, ablenken“, die „in den vergangenen eineinhalb Jahren, besonders aber in den letzten 6 Monaten, große Erfolge zu verzeichnen hat“. Diese Partei befinde sich „in sicherem Vormarsch“ und sei „weit gefährlicher als diejenigen, die auf dem Markte lauthals den Umsturz fordern“. Gegen sie müsse deshalb mit allen zur Verfügung stehenden staatlichen Mitteln vorgegangen werden. Die Bundesregierung, so sagte Strauß, habe die verfassungsmäßige Pflicht, Karlsruhe anzurufen. „Die Feststellung der Verfassungswidrigkeit muß erfolgen.“ Was danach die Bundesregierung praktisch tue, könne gemäß politischer Opportunität und außenpolitischen Überlegungen entschieden werden. Jetzt komme es entscheidend darauf an, ein Verfassungsurteil gegen die DKP in der Hand zu haben.

RCDS und „KSV“ gemeinsam für Berufsverbot

Die hier wieder zum Ausdruck kommende Sympathie der Rechten für die Maoisten (Genscher: „Ich möchte die KPD in der politischen Landschaft nicht missen“) wird mit folgendem Flugblatt des „KSV“ zum Berufsverbot des Bonner Psychologen Hans Hermen neuen Aufschwung erhalten:

Die KSV-Zelle Psychologie und ihre Sympathisanten haben schon im Sommersemester gegen die Einstellung von HH votiert und werden auch dabei bleiben. Denn, Kommilitonen, halten wir uns doch die Politik, die HH vertritt, die der DKP, vor Augen, dann werden wir sehen: Wer sich für HH entscheidet, entscheidet sich auch...

- für die Okkupation der CSSR im August 1968, von Breshnew mit der Theorie der „begrenzten Souveränität der Völker“ „legitimiert“, von der DKP begrüßt, ein Schritt, der Lenins Prinzipien der friedlichen Koexistenz ins Gesicht schlägt (keine Einmischung in innere Angelegenheiten, Unabhängigkeit der sozialistischen Staaten voneinander)
- für die faschistische Behandlung, für die Verrückterklärung reaktionärer Intellektueller in der UdSSR (...)

Deshalb heißt für HH eintreten, dafür eintreten, daß er als Assistent die Studenten für die imperialistische Wissenschaft und Politik zu begeistern sucht. Für Neuausschreibung der H1-Stelle!

Und nun Original-Ton RCDS:

„Die Billigung und Vertretung der Ansichten des Spartakus begründet also erhebliche Zweifel, ob Hermen jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten wird...“

Aber gerade jüngste Fälle zeigen erneut, daß sich diese Maßnahmen nicht nur gegen Mitglieder der DKP, der SDAJ oder des MSB Spartakus richten.

...betet nicht und ist auch sonst recht radikal

Unter den rund 170 bisher dokumentierten Berufsverboten befinden sich eine große Zahl von SPD-Mitgliedern und parteilosen Demokraten. (Allerdings: „An die Nichteinstellung von Beamten aus unserer Partei kann ich mich eigentlich nicht erinnern.“ So die NPD-Funktionärin Marga Jungmann.) Zum Beispiel:

Der Lehrer Ulrich Adamus, Mitglied der Jungsozialisten aus Oeventrup, Kreis

Arnsberg, wird vom nordrhein-westfälischen Kultusminister Girgensohn (SPD) nicht zum Beamten auf Lebenszeit ernannt. Ihm wird in einer nicht-öffentlichen Gemeinderatssitzung zur Last gelegt, er bete nicht mit den Kindern und sei auch sonst recht radikal.

Ein anderes Beispiel:

Der 27jährige Volksschullehrer Reinhard Kordatzki, Mitglied der SPD, wurde von der niederbayrischen CSU-Landesregierung aus dem bayrischen Schuldienst entlassen. Kordatzki lehrte seit einem Jahr an der Volksschule des niederbayrischen Ortes Patersdorf. Die angebliche Verfassungsfeindlichkeit Kordatzkis wird u. a. durch folgende „Beweise“ belegt: Er habe sich geweigert, zu Beginn seiner Unterrichtsstunde mit den Kindern zu beten (Kordatzki ist konfessionslos!); vor seinem Wohnhaus habe einmal eine rote Fahne gehangen; er habe während seines Studiums mit den „Roten Zellen“ sympathisiert.

Oder:

Ersi Voutsinos, Düsseldorf, Griechin. Weil sie „erklärte Gegnerin des Athener Regimes“ ist, wurde ihre Ernennung zur Aushilfslehrerin von der Schulabteilung des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Bäumler wieder rückgängig gemacht.

Und das dickste Ding:

Inge Loy, GEW-Mitglied aus Weissenburg (Unterfranken), Lehramtsbewerberin, aktives Mitglied des Katholischen Pater-Leppich-Kreises, ist von Berufsverbot bedroht, weil sie sich über die Ziele einer anderen politischen Gruppierung lediglich informieren wollte. Am 17. August 1973 teilte ihr die Bezirksregierung von Unterfranken mit, daß „über Ihre Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Widerruf nicht entschieden werden“ könne, „solange Ihre Stellungnahme nicht vorliegt... ob Sie Mitglied des MSB Spartakus sind oder waren und welche Einstellung Sie zu den Zielen des MSB einnehmen“. Begründung: „Nach einer Mitteilung des Bayerischen Staatsministeriums des Inneren haben Sie am 27. 1. 1972 an der Mitgliederversammlung des MSB... teilgenommen. Der MSB verfolgt verfassungsfeindliche Ziele.“ Am 3. 9. 1973 verlangte die Behörde durch die Bestätigung eines Ortsgeistlichen den Nachweis zu erbringen, daß Inge Loy noch immer aktives Mitglied des Pater-Leppich-Kreises sei. Die Anwälte von Inge Loy schreiben an die Regierung von Unterfranken: „Uns ist keine Rechtsgrundlage bekannt, wonach die Stellungnahme zu den Zielen einer politischen Vereinigung, deren Mitglied unsere MandantIn weder war noch ist und die sie folglich nicht kennt, verlangt werden kann und wonach für die Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Widerruf die Bestätigung eines Ortspfarrers verlangt werden kann.“

Leider nicht zum Lachen.

Daß es bei solcher Entwicklung auch immer mehr Sozialdemokraten mulmig wird, ist klar, veröffentlichte doch bereits die FAZ einen ausführlichen Leserbrief des Braunschweiger Professors Ruge, in dem das Berufsverbot für einen ihrer Minister gefordert wird. Mit der Begründung, das Karlsruher BVG-Urteil zur Mitbestimmung habe das niedersächsische Hochschulgesetz für ver-



Während der Aktionswoche gegen die Berufsverbote Ende Oktober beteiligten sich Zehntausende in rund hundert Städten an den vielfältigsten Aktionen der lokalen Initiativen. In Hamburg zum Beispiel wurden Thesen zum Berufsverbot an die öffentlichen Gebäude geheftet. In Münster hielt u. a. Dr. Thomas Neumann, dem das NRW-KuMi die Betätigung an der Münsteraner Uni verbieten will, eine Gastvorlesung.



fassungswidrig erklärt, sei auf den verantwortlichen Minister von Oertzen der Ministerpräsidentenerlaß anzuwenden. Derweil verschärft der früher in dieser Frage vergleichsweise zurückhaltende Oertzen selbst seine Berufsverbots-Praxis.

Gemeinsam für sofortige ersatzlose Aufhebung der Berufsverbote

Aber die Bewegung gegen diese verfassungsfeindliche Politik, gegen die fortwährende Aushöhlung des Grundgesetzes wird breiter und stärker. Immer mehr Untergliederungen von SPD und FDP, Bundes- und Landtagsabgeordnete dieser Parteien, Gewerkschaften, hunderte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, 600 Pfarrer und zahllose andere Bürger, nicht zu vergessen Stellungnahmen aus unseren Nachbarstaaten fordern die ersatzlose Aufhebung des Ministerpräsidentenerlasses.

Beschluß des Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Holz und Kunststoff „Das von den Innenministerien der Länder verhängte Berufsverbot ist unverzüglich einzustellen. Begründung: Viele Bundesbürger, Vereinigungen und Organisationen fordern die Aufhebung des Berufsverbots. — Die Praktizierung des Ministerpräsidentenerlasses bestätigt eindeutig, daß fast ausnahmslos gegen Mitglieder der DKP und andere demokratische Kräfte vorgegangen wird, während die Nazis ungeschoren bleiben.“

Das DGB-Organ „Welt der Arbeit“ schreibt:

„Die Sorge ist nicht unbegründet, daß solche Praktiken, wenn man erst einmal damit angefangen habe, morgen auf Sozialdemokraten und Gewerkschafter angewendet werden könnten.“

Und Friedrich Neunhöfer, der Vorsitzende der Deutschen Jungdemokraten, stellt fest:

„Die Berufsverbote sind ein Versuch, Positionen mit anderen als demokratischen Mitteln abzuschirmen, die auf demokratische Weise nicht mehr lange zu halten sind. Sie sind keine Maßnahme zum Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung, sondern ein Angriff auf sie; sie sind ein erstes, noch winziges Stückchen Faschismus. Darum bekämpfen wir sie.“

Bei diesem Kampf um die Verteidigung demokratischer Freiheiten darf niemand abseits stehen. „Wer heute zu Kommunistenhatz und Berufsverboten schweigt“, heißt es im Referat des Dortmunder Spartakus-Meetings, „macht sich nicht nur mitschuldig, morgen steht er vielleicht selbst schon auf der Abschußliste! Opportunismus zahlt sich nicht aus. Wer sich nur aus Angst vor dem Berufsverbot nicht im MSB organisiert, schwächt die Kampffront gegen das Berufsverbot und auch seine eigene Kampfposition.“

Und Wolf Hochherz, selbst vom Ministerpräsidentenerlaß betroffener Lehrer, sagt hierzu: „Dieses Berufsverbot wird nicht ewig halten. Aber es fällt nicht dadurch, daß wir zurückweichen. Sicherlich sind Berufsverbote bedeutende Hindernisse im Kampf für eine demokratische Schule. Aber die Jahre des Adenauer-Erlasses sind vorbei — das sieht man an der Solidaritätsbewegung gegen die Berufsverbote.“



Hamburg, Mai 1973: Konferenz mit internationaler Beteiligung der Initiative „Weg mit dem Berufsverbot“. Zahlreiche Repräsentanten der öffentlichen Meinung aus unseren westeuropäischen Nachbarstaaten und Vertreter anerkannter internationaler Organisationen bekunden ihre Solidarität mit den vom Berufsverbot betroffenen Bundesbürgern. In den folgenden Monaten werden die ausländischen Stimmen lauter. So protestiert zum Beispiel der Vorsitzende der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen (AIJD), Joe Nordmann, bei Willy Brandt gegen diese „Verletzungen der fundamentalen Menschenrechte“. Der BRD-Zweig der AIJD, die Konsultativstatus bei UNO-Gremien hat, legt der Weltorganisation Anfang November eine Petition in Sachen Berufsverbote vor. Besonders in Frankreich ist man besorgt über die Entwicklung diesseits des Rheins. George Marchais erklärte bei seinem Besuch in der BRD, obwohl es ähnliche Tendenzen gäbe, sei in Frankreich eine derartige Hexenjagd-Politik kaum denkbar. Die demokratische Bewegung dort ist einfach zu stark: 7 Prozent der FKP-Mitglieder sind Lehrer und Professoren. Das sind rund 35 000, für die sich die Herausgabe einer eigenen Zeitung lohnt. Auch die Genossen der Bruderverbände des MSB Spartakus aus Frankreich und Finnland haben uns bei ihrem Besuch ihrer aktiven Solidarität versichert. Weil auch die Bourgeoisie internationalen Erfahrungsaustausch betreibt — über die besten Methoden der Unterdrückung der sozialistischen Bewegung —, empfindet man das Berufsverbot auch im Ausland als elementare Bedrohung. Diese Solidarität ermutigt dazu, sich nicht einschüchtern zu lassen.

Zu Benda gehen

Verdächtig oft hört man aus dem Lager der entschiedensten Verfechter der Berufsverbote die Aufforderung an ihre Opfer, sie sollten doch endlich nach Karlsruhe gehen. Das könnte ihnen so passen! Notstands-Benda darf in dieser Frage nicht das letzte Wort sprechen. Die Rechtslage ist von der Verfassung und früheren höchststrichterlichen Entscheidungen klar umrissen. Ob ihr Genüge geleistet wird, entscheidet der demokratische Massenkampf!

Die verfassungsrechtliche Kernfrage, ob die vom Grundgesetz garantierten Rechte einer Partei gem. Art. 21 nicht dem Beschluß vom 28. 1. 1972 entgegenstehen, ist dem Grund nach längst entschieden. Das Bundesverfassungsgericht hat am 21. 3. 1961 festgestellt, daß bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts niemand die Verfassungswidrigkeit geltend machen könne, daß das Parteienprivileg sich auf die mit allgemein erlaubten Mitteln arbeitende parteioffizielle Tätigkeit der Funktionäre und Anhänger erstreckte und

daß diese Tätigkeit „im Rahmen einer verfassungsmäßig verbürgten Toleranz“ erfolge (BVerfGE 12, 296 ff.). Diese Auffassung wurde bestätigt in den Entscheidungen BVerfGE 13, 46 ff., 13, 123 ff. und 17, 155 ff. Auch das Bundesverwaltungsgericht hat im März 1973 befunden: Vor dem Verbot einer Partei kann sich niemand zum Nachteil eines Angehörigen des öffentlichen Dienstes darauf berufen, die noch nicht verbotene Partei sei verfassungswidrig oder setze sich jedenfalls nicht „für die bestehende demokratische Staatsaufassung“ ein.

hochschule

2000 Studenten beim Dortmunder Meeting des MSB Spartakus

Gemeinsamer Kampf – niemand darf abseits stehen!

Aktionsschwerpunkte des Semesters festgelegt

Über 2000 Studenten aus dem gesamten Bundesgebiet waren dem Aufruf des MSB-Bundesvorstandes gefolgt und am 20. Oktober nach Dortmund gekommen. Sie waren gekommen, um unter den Losungen „Für die eigenen Interessen kämpfen – mit der Arbeiterklasse verbünden – Solidarität mit dem anti-imperialistischen Befreiungskampf!“ zu diskutieren, zu welchen politischen Schwerpunkten die Studenten-

bewegung der BRD im Wintersemester Aktionen durchführen wird. Rund die Hälfte der Teilnehmer waren MSB-Mitglieder, die andere Hälfte Nichtorganisierte, Sympathisanten des MSB. Die breite Beteiligung machte das Meeting zugleich zu einem Beweis für den Einfluß und die Kampfkraft des MSB Spartakus, für die Stärke der gesamten demokratischen Studentenbewegung.

Auftakt des Meetings war ein ausführliches politisches Referat des Bundesvorstandes, in dem der Bundesvorsitzende Christoph Strawe die Situation der Studenten in der BRD analysierte und daraus die zentralen Kampfaufgaben der nächsten Wochen und Monate ableitete. Dieses „Dortmunder Referat“ wurde bereits in einer Extraausgabe der roten blätter abgedruckt und wird in einer Auflage von 100 000 Stück an den Hochschulen der BRD verbreitet. Dieses Referat mündete in die Aufforderung, Aktionen zu den folgenden acht Kampfaufgaben durchzuführen:

- für die internationale Solidarität, gegen den Imperialismus, gegen Kolonialismus und Faschismus, gegen die Massaker und politischen Verfolgungen in Chile
- gegen die Kalten Krieger und NATO-Strategen, für sofortige konkrete Abrüstungsschritte!
- für die völlige Aufhebung der Berufsverbote, gegen das Meinungsmonopol der Herrschenden!
- für Bafög-Erhöhung für 500 Mark sofort, gegen Mieterhöhungen!
- gegen Numerus clausus, für Bildung statt Bomben!
- gegen Studienreglementierung — für demokratische Ausbildungsziele
- für Mitbestimmung und Demokratie an der Hochschule und im Betrieb!
- für die Verfaßte Studentenschaft mit Beitragshoheit, Satzungsautonomie und dem Recht zur freien politischen Betätigung!

Im weiteren Verlauf des Dortmunder Meetings erläuterten und konkretisierten die Teilnehmer diese Forderungen, sie gaben Erfahrungsberichte aus den Kämpfen der letzten Zeit, machten Vorschläge für konkrete Aktionen.

Höhepunkt des Meetings: die Chile-Solidarität!

Zum Höhepunkt des Massenmeetings wurden die Reden der chilenischen Gäste. Minutenlang, rhythmischer Beifall, Sprechchöre „Unidad Popular!“ und „Hoch die Internationale Solidarität!“ erfüllten die Dortmunder Westfalenhalle, als Gustavo Becerra-Schmidt, Kulturattaché der Botschaft der Regierung Allende in der BRD, das Podium betrat. Er betonte, daß es die wichtigste Aufgabe der Solidaritätsbewegung in aller Welt ist, einheitlich den Kampf gegen die faschistische Junta zu führen und zu unterstützen. Entschieden wies er alle pseudorevolutionären Besserwisser zurück, die den Putsch in Chile als Beweis für das Scheitern des „friedlichen Weges“ zum Sozialismus heranziehen wollen. „Die Reaktion in Chile putschte nicht, weil die Politik der Unidad Popular gescheitert ist, sondern gerade weil sie so erfolgreich war!“ ... „Die Volkseinheitsregierung ist nicht gescheitert, sie hat nur eine Schlacht verloren. Und deshalb: der Kampf geht weiter!“

Schwerpunkte im Wintersemester



Aktionen:

- für die internationale Solidarität gegen die Imperialisten, gegen Kolonialismus und Faschismus, gegen die Massaker und politischen Verfolgungen in Chile
- gegen die Kalten Krieger und NATO-Strategen, für sofortige konkrete Abrüstungsschritte!
- für die völlige Aufhebung der Berufsverbote, gegen das Meinungsmonopol der Herrschenden!
- für Bafög-Erhöhung für 500,- Mark sofort, gegen Mieterhöhungen!
- gegen Numerus clausus, für Bildung statt Bomben!
- gegen Studienreglementierung — für demokratische Ausbildungsziele
- für Mitbestimmung und Demokratie an der Hochschule und im Betrieb!
- für die Verfaßte Studentenschaft mit Beitragshoheit, Satzungsautonomie und dem Recht zur freien politischen Betätigung!

Meeting der Zweitausend:

**Werdet für Eure Interessen
aktiv — engagiert Euch!**



Das Dortmunder Referat des SPARTAKUS-Bundesvorstandes

100 000 dieser zwölfseitigen Extra-Ausgabe der „roten blätter“ erschienen unmittelbar nach dem Meeting. Für eine Solidaritätsspende ist sie an jedem Büchertisch des Spartakus oder beim Bundesvorstand erhältlich. Jeder Student ist aufgefordert, die hier abgedruckten zentralen Dokumente, das Referat und den Aufruf an die Studenten der BRD, mit den Genossen des MSB Spartakus zu diskutieren!

Stürmischen Beifall gab es dann ein zweites Mal, als ein Mitglied des ZK der Kommunistischen Jugend Chiles in der Halle eintraf. Der Genosse wies darauf



Gustavo Beccera

hin, daß die faschistischen Machthaber den Demokratisierungsprozeß, der von der Volksregierung auch an der Hochschule eingeleitet worden war, zunichte machen. Der Terror der Junta wütet auch an den Universitäten: Bücher werden verbrannt, Offiziere als Rektoren eingesetzt, ganze Fachbereiche geschlossen, demokratische Studenten und Hochschullehrer werden verfolgt, gefoltert, ermordet.

Zugleich aber, das betonte der Genosse, ruft der Terror der Faschisten den Widerstand der Volksmassen hervor, vergrößert er die Breite der Opposition: „Wir wissen, daß sich eine einheitliche Führung des Widerstandes gebildet hat. Alle Parteien der Unidad Popular und der linke Flügel der Christdemokraten haben sich zusammengeschlossen. Das chilenische Volk kämpft weiter! Niemand wird seine Erfahrungen mit den drei Jahren Regierung der Volkseinheit zerstören können!“

Die 2000 Teilnehmer des Meetings machten sich den Appell der chilenischen Gäste, die Solidarität mit dem chilenischen Volk zu verstärken, zu eigen. Sie verabschiedeten einhellig einen Aufruf an die Studenten der BRD. Ihre Aufforderung: „Macht jede Hochschule zum Zentrum der Solidarität mit Chile!“

Gegen soziale Demontage

Im Mittelpunkt des Treffens stand auch der Kampf für die unmittelbaren sozialen Interessen der Studenten. Die inflationären Preissteigerungen der nationalen und internationalen Konzerne treffen nicht nur die Arbeiter und Angestellten dieses Landes. Die Arbeiterklasse der BRD steht in den letzten Monaten im Kampf gegen die Verschlechterung ihrer Realeinkommen, für Inflationsausgleich und bessere

Arbeitsbedingungen. Von den Arbeitern müssen die Studenten lernen und sich an ihre Seite stellen. Gegen überhöhte Mieten, fehlende Wohnheimplätze, völlig unzureichende Stipendien muß — darin waren sich die Zweitausend in Dortmund einig — unverzüglich ein einheitlicher Kampf geführt werden. Sie erklärten sich solidarisch mit den Genossen aus Münster, die berichteten, wie sie dort erfolgreich ein leerstehendes Haus besetzten und auf breite Zustimmung in der Bevölkerung stießen; sie stimmten Reinhard Pfeiffer zu, Mitglied im vds-Vorstand, der die zentrale Forderung für alle Hochschulen der BRD begründete: „Erhöhung der Förderungshöchstsätze sofort auf 500 DM und der Elternfreibeträge sofort auf 1200 DM!“

Kampf gegen das Berufsverbot

Den Kampf für die eigenen Interessen führen, das hieß für die Teilnehmer des Meetings auch, die Bewegung gegen die Berufsverbote zu stärken und weiterzuentwickeln, hierin einen Schwerpunkt des Semesters zu sehen. In der Diskussion kam auch ein vom Berufsverbot Betroffener zu Wort, der junge Bonner Wissenschaftler Hans Hermesen. Der Institutsrat des Psychologischen Instituts hatte ihn für eine Assistentenstelle vorgeschlagen, doch die Reaktionäre in Uni- und Kultusbürokratie verweigern die Einstellung. Zunächst hatte man Hans Hermesen mitgeteilt, seine fachliche Qualifikation sei unbestritten, aber er sei ja DKP-Mitglied; nun heißt es plötzlich, er sei unqualifiziert! Die Gesinnungsschnüffelei, die Diffamierung fortschrittlicher Lehrer und Hochschullehrer hat ein weiteres Opfer gefunden. Die Zweitausend bekundeten ihre uneingeschränkte Solidarität mit

Hans Hermesen. Sie verabschiedeten außerdem eine Resolution, in der die Studenten der BRD aufgefordert werden: „Weg mit dem Berufsverbot! Unterstützt die Aktionswoche vom 25. bis 29. Oktober! Beteiligt Euch an örtlichen Initiativen gegen Berufsverbote! Für Demokratie in Betrieb und Hochschule! Für die ungehinderte Verbreitung des Marxismus!“

An der Seite der Arbeiterklasse

Eine der zentralen Losungen des Meetings war „Mit der Arbeiterklasse verbünden!“ Daß es sich dabei nicht um eine abstrakte Parole handelt, sondern daß dieses Bündnis in der Praxis immer mehr wirksam wird, brachten zahlreiche Beiträge des Meetings zum Ausdruck.

Begeistert aufgenommen wurden vor allem die Grußworte des Parteivorstandes der DKP, die vom Stellvertretenden Vorsitzenden der Partei, Herbert Mies, überbracht wurden. Die Zweitausend beantworteten seine Rede mit einer Grußadresse an den Hamburger Parteitag der DKP. Darin heißt es: „Die Studentenbewegung ist in ihrer Entwicklung untrennbar verbunden mit dem Aufschwung der Arbeiterbewegung und damit auch mit dem Aufschwung ihrer marxistischen Partei. Deshalb richten sich die Erwartungen und Hoffnungen auch vieler Studenten an Euren Parteitag.“

Daß Studenten- und Arbeiterbewegung immer enger zusammenwirken, daß sie sich nicht mehr länger auseinanderdividieren lassen, wurde auch in anderen Beiträgen deutlich. Die Grüße der fortschrittlichen Lehrlinge, jungen Arbeiter und Schüler der BRD überbrachte der Bundesvorsitzende der SDAJ, Rolf-Jürgen Priemer. Große





2000 Studenten beim Dortmunder Meeting des MSB Spartakus

Sympathien gab es auch für Otto Meyerling, Betriebsrat bei Hoesch. Er war einer der acht Arbeiter, die im Frühjahr 1973 von Hoesch entlassen werden sollten, weil sie sich aktiv für die Interessen der Kollegen eingesetzt hatten — und die dann durch den Kampf eben dieser Kollegen wieder eingestellt werden mußten. Otto Meyerling berichtete den Teilnehmern des Meetings, daß sich in der ganzen Arbeiterklasse eine Bewußtseinsveränderung vollzieht: die Arbeiter und Angestellten dieses Landes erkennen immer mehr, daß der Kampf der Studenten gegen die herrschende Bildungspolitik von ihnen unterstützt werden muß, weil ein demokratisches Bildungswesen auch und gerade in ihrem Interesse liegt. Denn: „Wem schadet denn vor allem der Numerus clausus? Doch in erster Linie den Arbeiterkindern, deren Eltern nicht das Geld haben, ihre Kinder im Ausland studieren zu lassen!“

Kampfesgrüße der Bruderorganisationen aus Frankreich, Finnland und der DDR

Genossin Helene Chambaz, Mitglied der Nationalen Leitung der UECF, und Genossin Kay Sevón, Internationaler Sekretär der nationalen Leitung der SOL,

berichteten über den Kampf der Studentenbewegung in ihren Ländern, betonten die brüderliche Verbundenheit ihrer Organisationen mit dem MSB. Begeistert begrüßt von den 2000 wurden die Vertreter der FDJ aus der DDR, der Union der Kommunistischen Studenten Frankreichs (UECF) und des Sozialistischen Studentenverbands (SOL) aus Finnland. Sie hielten sich vom 19. bis 25. Oktober in der BRD auf, um die Arbeit des Spartakus kennenzulernen. Bernhard Tschernig, Mitarbeiter des Zentralrats der FDJ, weckte noch einmal Erinnerungen an die X. Weltfestspiele, betonte die Bedeutung der sozialistischen Länder gerade für die anti imperialistische Bewegung in den kapitalistischen Ländern, denn: „Wofür Ihr kämpft, das ist bei uns schon Wirklichkeit. In der DDR sind Marx, Engels und Lenin an den Hochschulen.“

Mit den Ergebnissen arbeiten!

Über Ziele, Inhalt und Ergebnisse des Dortmunder Meetings informierte der MSB-Bundesvorstand in der Mittagspause des Treffens auf einer Pressekonferenz. Einer der anwesenden Journalisten, ein Mitarbeiter des ZDF, zeigte sich „besorgt“, ob der MSB Spartakus

es sich nicht zu einfach macht, wenn er zentrale Kampfaufgaben für das gesamte Bundesgebiet formuliert — da gäbe es doch große Unterschiede zwischen Hessen und Bayern, Hamburg und Baden-Württemberg...

Christoph Strawe konnte ihn beruhigen: der MSB wird der letzte sein, der regionale und lokale Unterschiede im politischen Kräfteverhältnis übersieht, aber er wird nicht auf die Taktik der Herrschenden hereinfallen, die Kraft der Studentenbewegung zu zersplittern. Bei allen Verschiedenheiten gibt es grundlegende Gemeinsamkeiten, die für Studenten in Kiel und Konstanz, in Hamburg und Köln von Bedeutung sind. Hierfür, für den organisierten Kampf der Studentenbewegung in der ganzen BRD, hat das Dortmunder Meeting die Akzente gesetzt.

Jetzt kommt es darauf an, diese zentralen Schwerpunkte in konkrete Aktionen umzusetzen, sie an den einzelnen Hochschulen zu verwirklichen. Darum:

Lest und diskutiert das Dortmunder Referat!

Lest und diskutiert das Studentenaktionsprogramm des MSB!

Für die eigenen Interessen kämpfen — mit der Arbeiterklasse verbünden — Solidarität mit dem ant imperialistischen Befreiungskampf!

Bruderverbände zu Gast beim MSB SPARTAKUS

In der Zeit vom 29. 9. bis 25. 10. 1973 waren drei Studiendelegationen ausländischer Bruderverbände beim MSB SPARTAKUS in der Bundesrepublik zu Gast. Der MSB SPARTAKUS wollte ihnen einen Einblick in die Lage an den Hochschulen und den Kampf der Studenten in der BRD vermitteln und sie mit der Arbeit des MSB SPARTAKUS und der anderen demokratischen und marxistischen Kräfte in der BRD vertraut machen.

Die Delegationen der Bruderverbände besuchten verschiedene MSB-Gruppen.

Eine Delegation der Freien Deutschen Jugend aus der DDR mit Bernhard Tschernig, Mitarbeiter des Zentral-

rates der FDJ, und Heinz Koch, Mitglied der Bezirksleitung der FDJ Rostock, hielt sich in Bremen auf. Die Delegation des Sozialistischen Studentenverbandes SOL Finnlands mit Kay Sevon, der Internationalen Sekretärin der nationalen Leitung des SOL, und Ranni Paulannen, Mitglied der Internationalen Sektion des SOL, besuchte die SPARTAKUS-Gruppen in Hamburg, während die Delegation der Union der (UECF) mit Hélène Chambaz, Mitglied der nationalen Leitung der UECF, und Bruno Scheurer, Mitglied der Universitätskommission der UECF, bei der Marburger Gruppe des MSB zu Gast war.



SOL

Kay Sevon: „Wir sind sehr zufrieden mit unserem Aufenthalt. Beeindruckend, wie gut die Mitglieder an der Basis, mit denen wir sprechen konnten, die Politik des Verbandes vertreten können. Das Meeting war uns die Bestätigung dafür, wie klug und initiativ die klare Linie des II. Bundeskongresses des MSB verwirklicht wird. Das Programm war sehr vielseitig und gründlich. Besonders wichtig für uns: auch die Arbeit der DKP kennenlernen zu können. Der gemeinsame Meinungsaustausch mit anderen Bruderorganisationen war sehr nützlich. Ein weiterer wichtiger Impuls für die Festigung der schon „traditionellen“ Freundschaft von SOL und MSB.“



UECF

Hélène Chambaz: „Es war anstrengend, aber sehr interessant und aufschlußreich. Wir sind sehr zufrieden. Der Aufenthalt in Marburg und die Teilnahme am Meeting haben erlaubt, Euren Kampf besser kennenzulernen. Sehr nützlich war das vierseitige Gespräch in Bonn. Die Gespräche mit der DKP, der SDAJ, dem AStA und dem SHB in Marburg haben dazu beigetragen, einen Einblick in die politische Gesamtsituation in Eurem Land zu bekommen. Trotz unterschiedlicher Bedingungen gehen die politischen Ziele und Forderungen der demokratischen Studentebewegung in unseren Ländern in die gleiche Richtung. Die Vertiefung unserer Zusammenarbeit ist deshalb sehr wichtig.“



FDJ

Bernhard Tschernig: „Wir sind Euch sehr dankbar für das Programm. Wir wußten natürlich auch vorher schon über Eure Erfolge und auch die ganze Kompliziertheit Eures Kampfes. Trotzdem oder gerade deshalb war das eigene Erleben und Dabeisein sehr interessant und aufschlußreich. Wir haben viel gelernt. Die Genossen in Bremen haben sich viel Mühe gegeben. Das Meeting war eine beeindruckende Sache. Sehr wichtig: die Gespräche in Bonn. Wir wünschen Euch viel Erfolg in Eurem Kampf.“

Am Sonntag, dem 21. 10. 1973, fand in Bonn in den Räumen des MSB-Bundesvorstandes ein gemeinsames Gespräch zwischen den Studiendelegationen der Freien Deutschen Jugend (FDJ) aus der DDR, der Union der kommunistischen Jugend Frankreichs (UECF), des Sozialistischen Studentenverbandes Finnlands (SOL) mit dem Sekretariat des Bundesvorstands des MSB Spartakus statt. Die Studentendelegationen der drei Jugend- und Studentenorganisationen aus der DDR, Frankreich und Finnland halten sich auf Einladung des MSB-Bundesvorstandes vom 19. bis 25. 10. 1973 in der Bundesrepublik auf, um die Arbeit des MSB Spartakus und die Lage an den Hochschulen kennenzulernen.

Gemeinsam wertete man das X. Festival in Berlin (DDR) als einen Meilenstein bei der Festigung der Einheit der antiimperialistischen Jugendbewegung in der Welt. Besonders die Breite der Bewegung in der Vorbereitung auf das Festival, die in den kapitalistischen Ländern eine neue Qualität erreicht hat, muß als realer Gewinn betrachtet werden. Nicht umsonst versuchten die Herrschenden dort diese Bewegung entweder totzuschweigen, oder sie durch Verleumdungen und antikommunistische Angriffe zu spalten. Von den Teilnehmern aus den kapitalistischen Ländern wurde besonders hervorgehoben, wie die wachsende Stärke des realen Sozialismus, die sie in Berlin (DDR) augenfällig erleben konnten, sie in ihrem eigenen antiimperialistischen Kampf, in ihrem Bemühen um die Einheit der Jugendbewegung voranbringt. Die Rolle der Freien Deutschen Jugend als Gastgeber für die Weltjugend wurde übereinstimmend gewürdigt.

Die Vertreter aller vier anwesenden Jugend- und Studentenorganisationen erklärten ihre Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes gegen die terroristische Junta. In der Breite der Solidaritätsbewegung in den einzelnen Ländern zeigen sich auch die realen Erfolge, die das Festival für die Einheit der Jugendbewegung gebracht hat. Insbesondere unterstützten die vier Organisationen alle Solidaritätsaktionen auf der Grundlage der von den europäischen Solidaritätskonferenzen in Paris, Helsinki und Prag erarbeiteten Vorschläge. Die Vertreter der anwesenden Organisationen waren sich in der Verurteilung der erneuten Aggression der israelischen Imperialisten gegen die arabischen Völker einig. Angesichts der 200 000 politischen Gefangenen des Thieu-Regimes in Südvietnam und der ständigen Verletzungen des Pariser Friedensabkommens durch das Thieu-Regime, der ständigen Bombardierung der befreiten Gebiete, betonten alle Anwesenden die Notwendigkeit, die Solidarität mit dem vietnamesischen Volk zu verstärken.

Gemeinsam treten die vier Jugend- und Studentenorganisationen in ihren Län-

dern für Frieden und Sicherheit in Europa ein. Auf dem Weg dahin betrachten sie das aggressive Militärbündnis NATO als ein ebenso ernsthaftes Hindernis wie die Versuche, die westeuropäischen Länder im Rahmen der EWG unter der Herrschaft multinationaler Konzerne zu einem neuen imperialistischen Machtzentrum im Rahmen der NATO zusammenzuschließen.

Mit aller Schärfe treten sie allen Plänen der Bildung einer westeuropäischen Atomstreitmacht entgegen. Sie halten die Einheit der Völker im gesamteuropäischen Rahmen im Bemühen um Frieden und Sicherheit für vordringlich.

Gemeinsame Erklärung

Die Vertreter des MSB Spartakus informierten ihre Gäste über die Praxis der Berufsverbote für Kommunisten und andere Demokraten an Schulen, Hochschulen und anderen staatlichen Institutionen, von denen insbesondere auch Mitglieder des MSB Spartakus betroffen sind. Die Vertreter aus Finnland und Frankreich stellten fest, daß es in ihren Ländern undenkbar ist, Kommunisten und andere konsequente Demokraten auf Grund ihrer marxistischen Weltanschauung aus dem Lehrbetrieb auszuschließen. So sei z. B. ein beträchtlicher Teil der Grundschullehrer in beiden Ländern Mitglied der kommunistischen Partei. Derartige Praktiken der brutalen Unterdrückung des Marxismus, der Errichtung eines Wissenschafts- und Meinungsmonopols der Bourgeoisie in einem Land wie der BRD, das einen wichtigen Machtfaktor in Europa darstellt, sind eine echte Bedrohung für die Demokraten in allen kapitalistischen Ländern Europas.

Die Vertreter der drei ausländischen Delegationen versicherten ihre Solidarität mit allen vom Berufsverbot Betroffenen und mit allen, die gegen die Berufsverbote kämpfen. Sie wollen im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Öffentlichkeit in ihren Ländern über diese Praktiken in der Bundesrepublik informieren.

Die Vertreter des SOL, der UECF und des MSB Spartakus stellten übereinstimmend fest, daß sich die soziale Lage der Studenten in ihren Ländern zunehmend verschlechtert, daß bei einem zu-

nehmenden Mangel an Studienplätzen, einer ständig schlechteren materiellen Ausstattung des Bildungswesens, bei zunehmender Verschlechterung der Lebensbedingungen der Studenten, die Qualität der wissenschaftlichen Ausbildung beständig abnimmt und in keiner Weise den gesellschaftlichen Erfordernissen entspricht.

Der Gedankenaustausch mit den Vertretern der FDJ bestärkte sie in ihrer Ansicht, daß das positive Beispiel des Bildungswesens im Sozialismus noch mehr zu nutzen sei, um den Studenten Ausmaß und Ursachen der Misere zu verdeutlichen, ihnen eine reale Alternative aufzuzeigen, ihnen die Notwendigkeit des Kampfes für tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen zu begründen und ihnen klarzumachen, daß nur der Sozialismus imstande ist, die Lebensinteressen der Studenten umfassend zu verwirklichen.

Angesichts der gemeinsamen Bedingungen des Kampfes gegen die Bildungspolitik des Monopolkapitals wurde die Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen der Studenten der kapitalistischen Länder Europas betont.

Gleichzeitig stellte sich in diesen Ländern die Notwendigkeit, ein demokratisches Aktionsprogramm für die Studentenbewegung zu entwickeln. Deshalb ist es kein Zufall, daß etwa zur gleichen Zeit der MSB Spartakus sein Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten und der SOL sein Studentenkampfprogramm vorlegten, daß die UECF die Studenten für den Kampf für ihre unmittelbaren Forderungen gegen die Bildungsmisere mobilisiert und sie damit an das gemeinsame Regierungsprogramm der Linkskräfte heranführt. Es kam zu einem intensiven Erfahrungsaustausch über die Arbeit der vier Organisationen unter den Studenten und an den Hochschulen. Dabei stellten die Vertreter der Organisationen aus den kapitalistischen Ländern zahlreiche ähnliche Probleme und Gemeinsamkeiten im Herangehen an deren Lösung fest. Ausgehend von der gleichen Stoßrichtung ihres Kampfes betonten alle Delegationen die Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens. Die vier Verbände unterstrichen übereinstimmend die konstruktive Rolle des ISB und WBDJ bei der Weiterentwicklung der Einheit und der Stärkung der antiimperialistischen Jugend- und Studentenbewegung. Sie betonten die Notwendigkeit der weiteren intensiven bilateralen Zusammenarbeit. Sie konnten die volle Übereinstimmung ihrer Organisationen über den weiten Kreis der behandelten Fragen feststellen.

MSB

Für den MSB Spartakus
Christoph Strawe

SOL

Für den SOL
Kay Sevón

FDJ

Für die FDJ
Bernhard Tschernig

UECF

Für die UECF
Hélène Chambaz

Wovon soll ich leben? – Kampf der Inflationspolitik des Groß- und Rüstungskapitals! Erhöhung der BAFöG-Sätze jetzt!

„Was will man von mir? Soll ich jobben oder studieren?“ fragt die Lehrerstudentin Renate Römisch auf einer Pressekonferenz des vds. Die Frage ist wahrhaftig nicht unberechtigt. Zu Beginn dieses Semesters erhielt sie ohne Begründung den Bescheid, daß ihr Bafög von 333,— DM ab sofort auf 182,— DM monatlich gekürzt werde. Schon die 333,— DM reichten nicht hin und nicht her. Wie sie jetzt mit 182,— DM und einer Miete von 165,— DM auskommen soll, weiß Renate nicht; ihr Vater, Chemiefacharbeiter, kann sie nicht ausreichend unterstützen: Wenn sie ihr Studium nicht ganz aufstecken will, muß sie es einschneidend einschränken, muß kellnern gehen oder Zeitungen austragen. Renate Römisch ist wahrhaftig kein Einzelfall. Tausende von Studenten bekommen in diesen Wochen die Preissteigerungen doppelt zu spüren. Der Bafög-Satz wurde seit Jahren nicht den inflationären Preissteigerungen angepaßt, für die Studenten kommt zu der realen auch die nominelle Stipendienminderung, wenn ihre Eltern in Lohnkämpfen Preissteigerungen auffangen konnten. Das Wissenschaftsministerium erklärt lapidar: „Eine Erhöhung der Förderbeträge und Freigrenzen der Ausbildungsförderung nach der Finanzplanung des Bundes wird erst im Wintersemester 1974/75 möglich sein.“ Das bleibt nicht unwidersprochen. Der vds und der MSB SPARTAKUS rufen zu Aktionen auf. Die Kacke ist am dampfen.

Die Postboten im Bonner Tulpenfeld haben in diesen Wochen viel zu tun: Zehntausende von Studenten schicken Herrn Dohnanyi vds-Postkarten, mit denen sie deutlich machen: Wir finden uns mit unserer sozialen Lage nicht ab! Zehntausende zeigen auf Klebeplaketten ihre Forderungen: „Gemeinsam für Bafög-Richtsatz 500,— DM, Elternfreibetrag 1200,— DM sofort!“ Mit Plakaten, Anzeigen und Flugblättern werben die Studenten unter der arbeitenden Bevölkerung für Unterstützung in ihrem Kampf.

Und so sieht es an einzelnen Hochschulorten aus:

Marburg:

Bei 12 000 Studenten 1100 Wohnheimplätze. Die Studenten befinden sich im Mietstreik. Gegen Vermieter, die mehr als 7,— DM pro Quadratmeter verlangten, wurden 80 Anzeigen erstattet. Ohne Benachrichtigung der Kläger stellte der Staatsanwalt die Ermittlungen ein. Einer der für Mietwucher zuständigen Staatsanwälte selbst, so deckte der AstA auf, vermietet 15 Zimmer an Studenten zum Quadratmeterpreis von bis zu 11,40 DM.

Dortmund:

Aus Protest gegen eine mehr als 20prozentige Mieterhöhung sind die Bewohner eines Dortmunder Studentenheims in den Mietstreik getreten. Mit Wirkung vom 1. November sollen die Studenten statt bisher 90,— nun 110,— DM monatlich Miete bezahlen.

Düsseldorf:

1500 neue Studienanfänger für alle Hochschulen haben kein Zimmer. Aktionen laufen. Mancher muß für ein 13 qm großes Zimmer 290,— DM zahlen; oder 33 Stunden Haushaltshilfe für freies Wohnen leisten. Bafög-Anträge werden wegen zu hoher Anzahl nicht vor dem 1. 12. bearbeitet.

Karlsruhe:

Durch Stadtanierung verlieren in der nächsten Zeit 600 Studenten ihre Wohnungen. In Einzelfällen wurde das Bafög von einem Semester auf das andere um 300,— DM gekürzt.

Kiel:

Bei 11 500 Studenten gibt es nur 800 Wohnheimplätze. Kosten 120,— DM. Auf dem freien Wohnungsmarkt 120,— bis 160,— DM. Aktionen gegen drei führende Makler laufen.

Gemeinsam für

BAFöG-Richtsatz

500^{DM}

Elternfreibetrag 1200 DM

SOFORT



Bielefeld:

Eine Umfrage für den gesamten Raum Westfalen-Lippe mit Ausnahme Paderborn ergab: Im August gab es 4800 Bafög-Förderungen. Im Oktober 4074. 65 Prozent der Studenten bekamen Bafög. Die Förderungszuschüsse im August: 1 549 312,— DM, Oktober 1 244 317,— DM. Der durchschnittliche Zuschußbetrag pro Student und Monat: August 324,80 DM, Oktober 292,40 DM.

Wenn die Studenten jetzt für ihre Forderung nach 500 DM Bafög und Anhebung der Elternfreibeträge auf 1200,— DM gemeinsam auf die Straße gehen, ist klar: Hier geht es vorerst nur um die Wahrung des sozialen „Status quo“, um einen Inflationsausgleich. Von einer kostendeckenden Ausbildung (die das Deutsche Studentenwerk mit 620,— DM angibt), kann hier noch nicht die Rede sein. Mit den gegenwärtigen Aktionen werden für diese Forderung erst die Voraussetzung geschaffen; jetzt gilt es mit einer breiten Massenbewegung,

die auch die Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung gewinnen muß, die ärgste soziale Notlage zu mildern. Aber auch zwei andere Aspekte hat der gegenwärtige Kampf:

- Der Antistreich-Paragraph 20 des Bafög muß ersatzlos gestrichen werden. Wir wehren uns gegen den Versuch, mit Hilfe von materiellen Pressionen bestimmte politische Aktivitäten einzuschränken.
- Die Auszahlung des Bafög darf nicht an Regelstudienzeiten gekoppelt werden. Wir wehren uns gegen das Bafög als Instrument zur Formierung der Hochschule.

Für diese sozialen Forderungen werden die Studenten die Unterstützung breiter Bevölkerungskreise gewinnen, wenn es ihnen gelingt, klarzumachen, daß ihre Forderungen nicht durch irgendwelche Bildungssteuern oder Kürzungen ande-

1971

Elterneinkommen (ein Kind)	850,-
<u>Bafög</u>	<u>420,-</u>

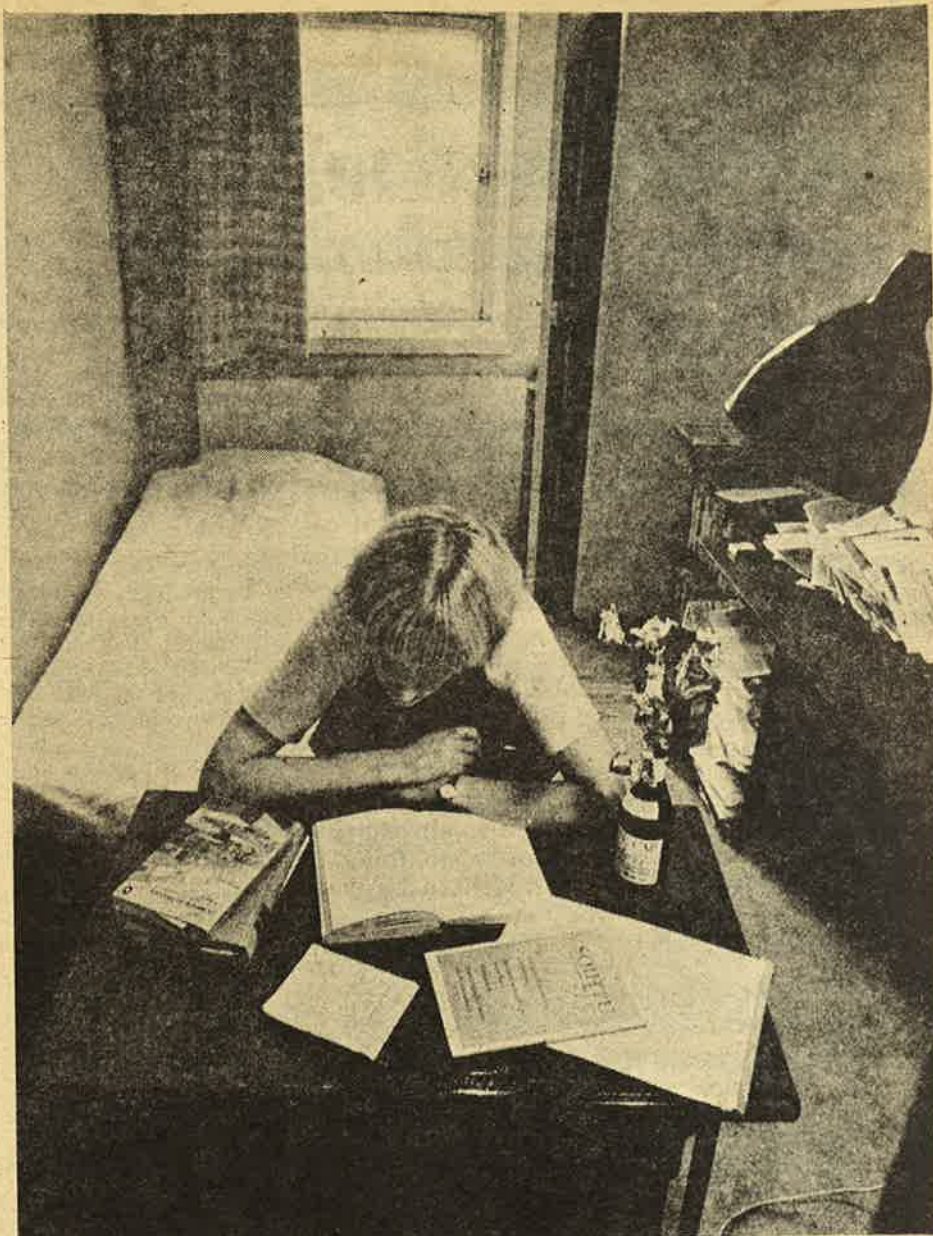
1972

Lohnerhöhung 9 %	930,-
— Preisanstieg 8 %	
— Lohnsteuererhöhung 2,5 %	
— Versicherungserhöhung 1,5 %	
Elterneinkommen	820,-
in Preisen von 1971	
<u>Bafög</u>	<u>372,-</u>
<u>Bafög (in Preisen von 1971)</u>	<u>340,-</u>

1973

Lohnerhöhung 9 %	1010,-
— Preisanstieg 8 %	
— Lohnsteuererhöhung 2,5 %	
— Versicherungserhöhung 1,5 %	
Elterneinkommen	792,-
in Preisen von 1971	
<u>Bafög</u>	<u>324,-</u>
<u>Bafög (in Preisen von 1971)</u>	<u>300,-</u>

rer Sozialmaßnahmen finanziert werden dürfen, sondern durch Beschneidung der Konzernprofite, vor allem aber durch Kürzung des Rüstungshaushalts.



Die Verbesserung der sozialen Lage der Studenten ist auch ein wichtiger Schwerpunkt des finnischen sozialistischen Studentenverbands SOL, aus dessen Studentenaktionsprogramm wir dieses Foto entnehmen.

facit 31

MSB Spartakus
Beiträge zur marxistischen
Theorie und Politik

ca. 100 Seiten, 2,50 DM

Bestellungen an:
Weltkreis-Verlag
46 Dortmund, Brüderweg 16

Paul Schäfer: Kapitalismus, wissenschaftlich-technischer Fortschritt und staatsmonopolistische Hochschulformierung

Stefan Voets: Demokratische Alternative in der Schule? — (Zur Auseinandersetzung um die hessischen Rahmenrichtlinien)

Gerd Schubring: Zur Arbeitsmarktpolitik im Kapitalismus

* * *

Dokumentation: Chile: Die vollständigen Thesen der KP Chiles zu ihrem XV. Parteitag
Die 23 Thesen des DGB zur Hochschulreform

„Die Forderung von 500 Mark ist also wirklich das mindeste!“

Wir fragten wahllos in der Bonner Mensa vier Studenten nach ihrer persönlichen sozialen Lage. Zufrieden war keiner von ihnen. Einer der vier war kein Bafög-Empfänger, versicherte aber, aktiv in der Sozialkampagne mitzuarbeiten. Denn darauf kommt es an: Alle Studenten, auch die keine Beihilfen erhalten, müssen jetzt handeln. Hier die drei anderen Gespräche:

Was studierst du?

Geographie. Im dritten Semester.

Bist du Bafög-Empfänger?

Ja.

Wieviel bekommst du denn?

350,— DM.

Bekommst du darüber hinaus von deinen Eltern noch etwas?

Ja, den Rest bis 420,— DM aufgestockt.

Das reicht dir wahrscheinlich nicht? Wie finanzierst du denn den Rest?

Ja, ich geh ab und zu mal jobben, so übers Wochenende, für die Wach- und Schließgesellschaft.

Was verdienst du denn da die Stunde?

So 2,60 DM.

Was bezahlst du an Miete?

Ja, ich bezahl Miete 170,— DM inklusive allem.

Was ist denn das für ein Zimmer?

Das ist ein Altbauzimmer mit Öfen und das muß ich ja beheizen und so, die Leute machen nichts, weil es einfach nicht den Bedürfnissen entspricht. Die sanitäre Anlage ist sehr schlecht und die Toilette im Keller mit sehr viel Mietparteien usw.

Hast du einen weiten Weg zur Uni?

Nein, eine Viertelstunde, das geht an sich.

Was machst du denn in deiner Freizeit? Kommst du da mit deinem Geld aus, wenn du mal so abends ausgehst?

Na ja, ich muß mich einteilen, notgedrungen.

Wo würdest du denn sagen, wo dir das Geld am meisten fehlt?

Wo? Ach, bis jetzt bin ich an sich noch ganz gut zurechtgekommen, weil ich von zu Hause aus immer gewohnt war, sehr wenig Geld zu bekommen und ich bekomme noch Essen von zu Hause mit, wenn ich nach Hause fahre usw., insofern komme ich ganz gut zurecht.

Was macht denn dein Vater? Fällt es ihm schwer, dir noch den Rest zu geben und hat er noch weitere Kinder, die er unterstützen muß?

Ja, der hat 'ne Menge Kinder, die er unterstützen muß, aber schwerfallen, na ja, es klappt, glaube ich.

Was macht er denn?

Er ist praktischer Arzt. Er hat noch 6 Kinder, die er unterstützt. In diesem Semester bekomme ich 80,— DM weniger Bafög, das kommt dadurch, daß mein Vater eine Zeitlang keine Sprechstundengehilfin hatte und so mehr verdient hat und drei Geschwister von mir jetzt auch verdienen.

★

Sag bitte mal wie du heißt.

Reiner Witzgall.

Was studierst du?

7. Semester Soziologie.

Wieviel Bafög bekommst du und wie verdienst du den Rest dazu, oder bekommst du auch etwas von deinen Eltern?

Ich bekomme im Moment 340,— DM Bafög im Monat und das ist gekürzt worden von 1971 bis heute von 395,— auf 340,— DM. Von zu Hause bekomme ich kein Geld. Das heißt, ich muß mir im Monat etwa 300,— DM dazuverdienen.

Wie machst du das, wieviel Zeit nimmst das in Anspruch?

Das kostet mich durchschnittlich am Tag 3 bis 4 Stunden. Ich versuche mir mein Geld auch sinnvoll dazuzuverdienen, indem ich im AStA mithelfe und ich kann nur sagen, daß einen so etwas ganz sicher vom Studium abhält.

Was hast du für ein Zimmer, wieviel bezahlst du dafür? Bist du zufrieden mit deinem Zimmer?

Ich bin im Moment eigentlich recht zufrieden mit der Qualität des Zimmers, d. h. ich habe zum erstenmal seit meinem Studium seit 2 Monaten ein Zimmer, wo also auch die sanitären Anlagen so dem Niveau entsprechen, was man heute verlangt. Ich muß dafür recht viel bezahlen. Ich zahle Miete und Nebenkosten im Monat 195,— DM, und ich muß sagen, im Vergleich zu früher, wo ich also bescheidener gelebt habe, unter Verhältnissen, die sehr miserabel waren, kann ich nur sagen, daß also so ein Zimmer nicht übertrieben ist, also auch für Studenten, und gerade für einen Studenten, der unter dem Druck seines Studiums steht und verlangen kann, daß er unter sozial durchschnittlichen Bedingungen leben kann.



Kannst du vielleicht sagen, was du von der Bafög-Situation der Studenten hältst, also von der Einfrierung auf 420,— DM und auch den Betrag, den du meinst, den die Studenten im Monat eigentlich brauchen würden?

Also erst einmal, die Tendenz, das merkt wohl jeder Bafög-Empfänger, daß ihm seine Studienförderung doppelt gekürzt wird. Auf der einen Seite durch die Geldentwertung, auf der anderen Seite durch die Verringerung der Bruttobeträge selbst noch einmal. Da bin ich sicher kein Einzelfall. Daß es durchgesetzt werden muß, die Bafög-Sätze auf ein kostendeckendes Niveau zu bekommen. Es ist ganz klar, daß die Organisationen der Studentenschaft sich dafür einsetzen und ich sie voll darin unterstütze. Wie hoch das sein muß, das kann ich nicht sagen, es gibt da ja Untersuchungen, also beim Deutschen Studentenwerk, die auf 600,— oder 640,— DM liegen. Diese Beträge sind ganz sicher nicht zu hoch gegriffen. Aber die Forderung von 500,— DM ist also wirklich das mindeste. Man darf dazu ja auch nicht vergessen, daß es nicht nur darauf ankommt, jetzt einen neuen Höchstförderungssatz festzulegen und durchzusetzen, sondern zu erreichen, daß möglichst viele Studenten auch möglichst viel Geld bekommen, d. h. den Höchstförderungssatz, den dann statt jetzt vielleicht 5 Prozent nur noch 3 Prozent bekommen, nützt den Studenten und Bafög-Empfängern auch nichts.

★

Ich heiße Gabi Bieler.

Welches Fach studierst du?

Ich studiere Germanistik und Pädagogik.

In welchem Semester?

Ich bin im ersten Semester, ich habe gerade erst angefangen.

Und du bekommst den vollen Bafög-Satz?

Ja, ich denke schon, mein Vater hat es ausgerechnet, der meint, ich krieg also den vollen Satz, 420,— DM.

Hast du schon was bekommen?

Natürlich nicht, das gibt's wohl erst im Januar, hab' ich gehört.

Und wie finanzierst du dich im Augenblick?

Ja, von dem Geld, was ich im Sommer verdient habe und mein Vater versucht noch ein bißchen was dazuzugeben.

Und wie sieht das dann für die weiteren Monate aus, wenn du nicht hinkommst mit dem Bafög?

Ja, ich werd' dann eben so sehen, daß ich dann mit meinem Geld in gewisser Weise hinkommen muß, daß ich dann eben, wenn ich abends ausgehe und so, mir das von anderen Leuten geben lasse.

Was bezahlst du denn an Miete?

Miete habe ich allerdings ziemlich wenig, das kostet nur 90,— DM. Das ist aber Zufall, ich habe von anderen gehört, die bezahlen 190,— DM im Monat. Ich weiß aber noch nicht, ob ich da bleibe, denn ich habe keine Dusche. Ich

muß allerdings Strom extra bezahlen. Das ist so eine kleine Mansarde, drei Stockwerke hoch und über einer Kneipe.

Willst du dir eine Arbeit suchen während des Semesters?

Ja, da hab' ich auch schon dran gedacht, vielleicht im Krankenhaus arbeiten, daß ich dadurch noch etwas dazu verdiene.

Aber wie sieht das dann mit deinem Studium aus? Wirst du beides schaffen, oder hast du da Schwierigkeiten?

Das weiß ich eben noch nicht. Ich kann das noch nicht beurteilen. Bloß fürchte ich, daß es da Schwierigkeiten geben wird.

Was machst du denn in deiner Freizeit? Gehst du da öfter ins Kino oder abends in 'ne Kneipe, wie sieht das dann finanziell für dich aus?

Da kann ich ja gar nicht hingehen, ich weiß ganz genau, daß ganz gute Filme laufen, aber da kann ich nicht hingehen, da hab' ich das Geld nicht für. Das ist meistens zu teuer. Wenn man irgendwo einen Kaffee trinken geht, das kostet meistens schon 1,30 DM. Das einzige, wo man hingehen kann, das ist eben der Erfrischungsraum von der Uni.

Macht es deinem Vater Schwierigkeiten, dich zu finanzieren?

Ja, ich habe noch drei Geschwister und zwei sind noch in der Schule und eine studiert in England. Das muß mein Vater auch finanzieren.

Und was macht dein Vater beruflich?

Er ist bei der Bahn, er ist also Hauptsekretär bei der Bahn, das ist ja auch nicht gerade viel, was er da verdient.

Wohnkampf in Münster

Kohlen für die Frauenstraße

In Münster ist ein siedender Topf zum Platzen gekommen! Die Wohnungsnot in Münster, die die Misere in anderen Städten noch übertrifft, hat sich entladen in einer massiven Konfrontation zwischen den Betroffenen (Studenten und Bevölkerung) und den Schuldigen dieser Misere (Makler, Spekulanten und deren Handlanger im CDU-Stadtrat).

Die Lage auf dem Wohnungssektor in Münster wurde immer unerträglicher. Schon Anfang 1972 ergab eine Sozialumfrage des AStA der Uni MS (die 93,7 Prozent aller Studenten erfaßte), daß nur 30 Prozent eine Miete unter 100 DM bezahlten, 19 Prozent bezahlten zwischen 100 und 120 DM, 51 Prozent aller Studenten mußten mehr als 120 DM für die Miete aufwenden, 20 Prozent sogar mehr als 200 DM.

Im WS 1972/73 lagen 300 Studenten praktisch auf der Straße. In diesem Winter wächst die Uni um weitere 3000 Studenten, an der PH und Fachhochschule sind es 1000. 2000 Studentenwohnheimplätze, die den Wohnungssuchenden vom letzten Jahr versprochen waren, sind heute noch nicht fertiggestellt.

Und der CDU-Stadtrat behauptete dreist und frech, in Münster gäbe es keine Wohnungsnot — 4000 wohnungssuchende Studenten, 2000 wohnungssuchende Familien —.

Dieser CDU-Stadtrat, durch Geschäftssinn, Geisteshaltung und sogar personelle Verflechtung aufs engste mit den Spekulanten verbunden, hilft diesen

durch großzügige Abbruchgenehmigungen für noch guten Wohnraum, Grundstücksschiebereien und offenen Betrug. So wurde einem Bürger die Ausbaugenehmigung verweigert, indem man dem Planungsausschuß gefälschte Baupläne vorlegte. Zwei Gründe gab es dafür:

1. Das Grundstück liegt direkt neben dem des CDU-Ratsherrn Hoffschulte.
2. Die Gefährdung der Vermietung an Gastarbeiter sei nicht auszuschließen, und Studenten und Gastarbeiter „gefährden“ das Wohnklima in den guten Wohngegenden Münsters (so CDU-Ratsherr Halberstadt in einer Gerichtsverhandlung).

So konnte in einer Beigeordnetenversammlung geäußert werden, „daß die Entscheidung über den Abbruch (eines stadteigenen Hauses) unverzüglich getroffen werden müsse, da sonst eine Besetzung kaum zu verhindern sei“ (Protokoll einer Beigeordnetensitzung am 12. 6. 1973). So erteilte die Stadt von März bis Oktober dieses Jahres 84 Abbruchgenehmigungen, um Maklern und Hausbesitzern den Bau von teuren Eigentumswohnungen und Bürohäusern zu ermöglichen.

Als nun nach Aufforderung des AStA an die Stadt, dem Mißbrauch von Wohnraum entgegenzutreten und die leerstehenden Häuser mit Wohnungssuchenden zu belegen, innerhalb von fünf Tagen drei guterhaltene Häuser abgerissen wurden (eines war vor drei Jahren mit Zentralheizung versehen worden), platzte den Studenten der Kragen.

Nach einer Versammlung von wohnungssuchenden Erstsemestern wurden am 3. 10. zwei leerstehende Häuser mit insgesamt 40 Zimmern besetzt, die zwei Münsteraner Maklern, die seit langem dieses miese Geschäft betreiben, gehören: das erste um 11 Uhr morgens, das zweite am Nachmittag um 15 Uhr, beide in der Frauenstraße. Die Besetzer entsprachen damit dem Willen des Gesetzgebers, „mietgünstige und erhaltungswürdige“ Wohnungen zu schützen. In einem Haus wurde eine zentrale Zimmervermittlung für Studenten eingerichtet.

Sofort begannen die Besetzer zusammen mit Kommilitonen und Genossen mit der Renovierung (Streichen, Tapezieren, Einrichten) der teilweise von den Maklern demolierten Einrichtung.

Die Bevölkerung Münsters unterstützte diese Notaktion. Sie erkannte, daß es um die gemeinsamen Interessen geht.

- So haben 60 Familien den Hausbesetzern Möbel geschenkt.
- So wurden über 800 DM für die Renovierung gespendet,
- und:

Kumpels von der Zeche Viktor-Eckern aus Castrop-Rauxel brachten 1 1/2-Tonnen Kohlen in ein besetztes Haus. So übten Ruhrarbeiter große materielle Solidarität mit den von der Wohnungsnot betroffenen Studenten. Angesichts der Sympathien der Bevölkerung für diese Aktionen wagte es die Polizei nicht, einzugreifen. So mußte am 8. 10. ein Abbruchunternehmen unverrichteter Dinge wieder abziehen. Die Arbeiter dieser Firma wollten sowieso nichts demolieren, nur der Firmenchef selbst zerstörte eine Fensterscheibe, bevor er von der Polizei an weiteren Aktionen gehindert wurde.

Auch auf anderer Ebene kam eine breite Solidarisierung zustande. Die DKP versicherte ihre volle Unterstützung, und auch die SPD solidarisierte sich. Der Ortsverein MS-Mitte spendete 100 DM. SPD-MdL Prof. Küchenhoff nannte die Praktiken der Spekulanten „verfassungswidrigen Eigentumsmißbrauch“.

An einem Tag der offenen Tür am 14. 10. konnte sich die Bevölkerung von dem guten Zustand der Häuser überzeugen. Daß ein Abbruch dieser Häuser bei der Wohnungsnot eine Provokation sei, bekundeten mehrere Bürger sogar den anwesenden Rundfunkreportern.

Die Solidarisierung kam natürlich nicht von allein. Der Aktionsrat Wohnungsnot, der AStA die Mieterinitiative Münster (MIM) und Genossen informierten



Die Kohlen sind eingekellert, die Kumpels aus Castrop-Rauxel unterhalten sich mit den neuen Hausbewohnern über die Zukunftspläne der Studenten. Unten: Nachbarn spendeten ausrangierte Möbel.



in der Stadt und in der Uni vor und nach der Besetzung über Infostände, Flugblätter und Leserbriefe. Die Lügen und Verdrehungen in der örtlichen Presse wurden sofort in Infos richtiggestellt. Die Enthüllungen über die rechtswidrigen Praktiken der CDU-Verwaltung in der Öffentlichkeit (s. o.) tat ein übriges, für den nötigen Druck zu sorgen.

So in die Enge getrieben, fand sich die Stadt genötigt, zu verhandeln. In einem Gespräch mit Senatsvertretern der Universität fand sie sich bereit, über 19 leerstehende Wohnungen und 150 leerstehende Neubauten zu verhandeln. Der DGB wird wahrscheinlich mit den Münsteraner Asten und der Mieterinitiative die Studentenwohnungsvermittlung zur kommunalen Wohnungsvermittlung ausweiten, um dem Maklerunwesen das Handwerk zu legen.

Das sind erste sichtbare Erfolge im Münsteraner Wohnkampf. Er zeigt, daß, wenn wir die Unterstützung der Bevölkerung gewinnen, wenn wir gemeinsam kämpfen, Erfolge erringen können.

Die Hausbesetzer haben noch keinen Mietvertrag. Die Wohnungsnot ist nach wie vor unerträglich. Unsere weiteren Forderungen sind klar:

1. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über das Verhalten der Stadt, an dem unter anderen Gewerkschaften, Mieterverbände, die Mieterinitiative und Vertreter der Asten beteiligt sind.
2. Totaler Abbruchstopp, bis die Wohnsituation in Münster sich entscheidend verbessert hat.
3. Information der Bürger Münsters über die „Sanierungspläne“.
4. Forcierung des sozialen Wohnungsbaus.

Aufruf des vds

Wohnungsnot und Bafög-Misere bestimmen in diesen Tagen die Situation an den Hochschulen. Für Zehntausende von Studienanfängern beginnt das Studium. Doch überall gibt es Tausende, die noch nicht studieren können. Sie haben keine Wohnung. 4000 wohnungssuchende Studenten gibt es in Münster, 1500 in Dortmund, weit über 1000 in Frankfurt. Um von ihrer jetzigen Wohnung zur Hochschule zu kommen, müssen sie oft weit über 40 km fahren. Zehntausende von Studenten wissen nicht, wie sie mit dem Geld auskommen sollen. In den letzten Wochen haben sie neue Förderungsbescheide bekommen. Empört stellen sie fest: während die Preise steigen, werden die Förderungsbeträge erneut drastisch gesenkt.

Was ihre Eltern in den vergangenen Jahren an Lohn- und Einkommenssteigerungen erkämpft haben, wird jetzt den Studenten, die Bafög bekommen, wieder abgezogen. Denn: Allen Protesten von seiten der Studenten, von seiten der Gewerkschaften zum Trotz ist die Freigrenze für das Einkommen der Eltern seit 1971 unverändert.

Nicht vor Ende 1974 — so haben es Bund und Länder vorgesehen — sollen die Bafög-Sätze und Freibeträge angehoben werden. Für viele Studenten bedeutet das: Im nächsten Jahr kommt eine finanzielle Katastrophe auf sie zu. 6,4 Prozent betrug die Inflationsrate im September 1973, über 7 Prozent waren es im Sommer. Schon sind neue Preiserhöhungen angekündigt. In einigen Großstädten — so zum Beispiel in Köln — sollen die Tarife für den öffentlichen Nahverkehr kräftig angehoben werden.

Bundesminister Dohnanyi werde sich bemühen, „den Termin für die Anhebung der Fördersätze vorzuziehen“. So lauten die neuesten Informationen aus dem Wissenschaftsministerium. Doch zugleich heißt es: „Ob die Anpassung vorgezogen werden kann, ist noch nicht abzusehen.“ So sollen die betroffenen Studenten darauf vorbereitet werden, daß ihre Forderungen immer wieder drastischen Sparprogrammen zum Opfer fallen.

Ganz deutlich zeigt sich: Wenn Dohnanyis Versprechen keine leeren Worte bleiben sollen, wenn wir im Kampf um unsere sozialen Interessen Erfolge erzielen wollen, dann müssen wir selbst aktiv werden. In unseren Aktionen müssen wir nachweisen: Wenn es um die Interessen der Konzerne geht, wenn es darum geht, die Bundeswehr zum Stützpfiler der NATO in Westeuropa auszubauen, dann ist genug Geld da. Nur wenn es um die sozialen Interessen der Bevölkerung geht, wird gespart.

In Münster haben wohnungssuchende Studenten in den vergangenen Tagen leerstehende Häuser besetzt. Ihre Forderung: Die Vernichtung von Wohnraum muß gestoppt werden. In Münster gibt es Tausende von Wohnungssuchenden aus der arbeitenden Bevölkerung. Weil die Studenten in Münster ihre Unterstützung fanden, sind die rechten Kräfte in Münster jetzt in Bedrängnis geraten.

2,3 Millionen Wohnungen fehlen in der Bundesrepublik. 800 000 Menschen leben in Baracken und anderen menschenunwürdigen Behausungen. Oft sind es Arbeiter und Studenten gemeinsam, die über Nacht aus ihren Wohnungen geworfen werden. Gemeinsam erleben sie: In den letzten Jahren ist eine Reihe von sozialen Verbesserungen erkämpft worden. Doch an der Profitwirtschaft im Wohnungswesen, im gesamten Bereich der sozialen Versorgung hat die staatliche Sozialpolitik nichts geändert. Durch das „neue Mietrecht“ vom Dezember 1971 zum Beispiel wurde der Mietwucher nicht eingeschränkt, sondern als „angemessene wirtschaftliche Verwertung“ des Wohnraums gesetzlich sanktioniert.

Auch im Kampf für höhere Ausbildungsförderung, gegen die inflationäre Preistreiberei der Konzerne stehen wir nicht allein. Gerade in diesen Tagen erreichen die Aktionen in den Betrieben für Teuerungszulagen einen neuen Höhepunkt. Arbeiter werden entlassen, weil sie für Lohnerhöhungen eintreten. Studenten wird die Ausbildungsförderung gestrichen, wenn sie gegen den materiellen Bildungsnotstand an den Hochschulen streiken.

Allein werden wir unsere Forderungen nicht durchsetzen. Doch wenn wir uns auf die gemeinsame Kraft aller stützen, die von der sozialen Misere betroffen sind, können wir es schaffen. Machen wir deutlich: Es sind in erster Linie Kinder aus der arbeitenden Bevölkerung und anderen sozial benachteiligten Schichten, die von Wohnungsnot und Bafög-Misere betroffen sind. Machen wir alle gemeinsam, Arbeiter, Schüler, Studenten, deutlich:

Wir werden uns nicht damit abfinden, daß Milliarden in die Taschen der Konzerne und in die Rüstung fließen. Wir werden auf unsere berechtigten sozialen Forderungen nicht verzichten.

Jetzt kommt es darauf an, durchzusetzen, daß überall konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation eingeleitet werden. Alle leerstehenden Wohnungen müssen sofort Wohnungssuchenden zur Verfügung gestellt werden.

Treten wir dafür ein, daß die Ausbildungsförderung sofort erhöht wird. Bereits 1971 lag der Bafög-Höchstsatz erheblich unter den tatsächlichen Lebenshaltungskosten. Um die Preissteigerungen der letzten Jahre auszugleichen, um die Einkommensfreigrenzen den Lohn- und Einkommenssteigerungen anzupassen, fordern wir als ersten Schritt zur kostendeckenden Ausbildungsförderung:

Sofortige Anhebung des Bafög-Höchstsatzes auf 500 DM!

Sofortige Anhebung der Freigrenze für das Einkommen der Eltern auf 1200 DM!

Vom preußischen Allgemeinen Landrecht zum Hochschulrahmengesetz

Das Hochschulrahmengesetz soll Anfang Dezember mit der ersten Lesung in den Bundestag gehen. Mitte Oktober hatte es bereits der Bundesrat behandelt. Zwar stellten die CDU/CSU-Vertreter Hunderte von Änderungsanträgen, dennoch wurde deutlich: Im Prinzip sind alle etablierten Parteien mit dem Dohnanyi-Entwurf als zentralem Formierungsinstrument einverstanden.

Die Widersprüche an den Hochschulen sind derart, daß es der herrschenden Klasse noch immer nicht gelungen ist, den Rahmen für die Hochschulformierung zu zimmern. Die mit dem HRG beabsichtigte Einordnung der Hochschulen in die gesamte staatsmonopolistische Planung und Regulierung kann das Dilemma der materiellen Misere ganz und gar nicht beseitigen.

Auf der letzten Sitzung der Ministerpräsidenten, auf der gleichzeitig die Verschärfung der Berufsverbote beschlossen wurde, bestätigten die werthen Herren den Bildungsgesamtplan — jedoch ohne das dazugehörige Bildungsbudget. Mittlerweile ist bekannt, daß neue Korrekturen am Bildungsgesamtplan vorgenommen werden müssen, da die Finanzdecke oben und unten zu kurz ist. H. Schmidt soll auf die Finanznöte der Länder eine Antwort parat haben: „Stellt doch weniger Lehrer ein.“

Kampf gegen das HRG heißt daher, den arbeiter- und studentenfeindlichen Charakter der kapitalistischen Bildungsplanung, des ne zu entlarven, und die Forderungen unseres Studentenaktionsprogramms zur Beseitigung des Bildungsnotstandes in Massenaktionen zu verankern.

„Wissenschaftlicher Schutzwall zwischen der Börse und ihren Feinden...“

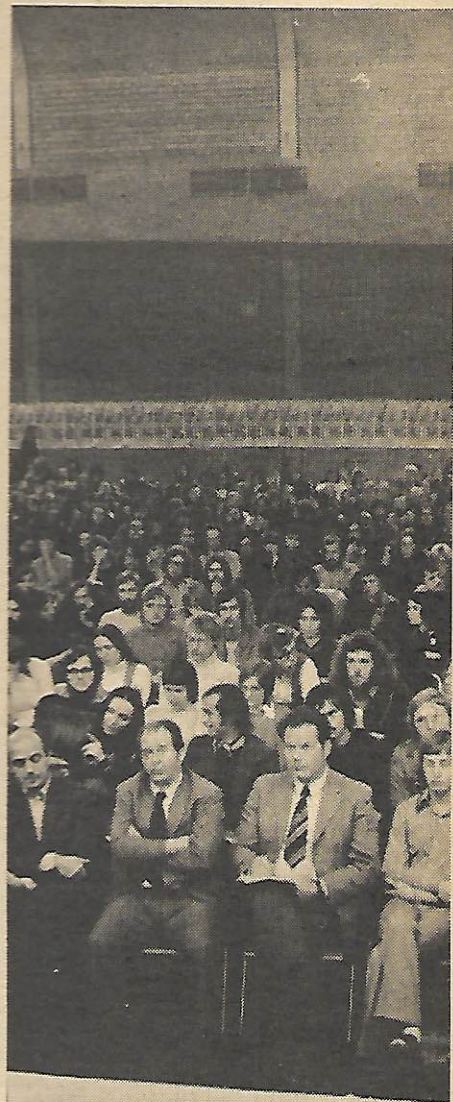
Das Hochschulrahmengesetz stellt den Versuch dar, die alleinige Herrschaft von Monopolkapital und Reaktion an den Hochschulen zu zementieren und gegenüber den Kräften des Fortschritts in die Offensive zu kommen. Die Hochschulen sollen wieder zu einem „wissenschaftlichen Schutzwall zwischen der Börse und ihren Feinden“ werden.

Deshalb also die Tendenz zur privat-

kapitalistischen Veranstaltung der Ausbildung und die stärkere Ausrichtung der Studiengänge auf die Bedürfnisse der Großkonzerne. Schon spricht ein Ministerialrat aus dem BaWü-Kultusministerium davon, daß es darum ginge, das duale System auf den Tertiärbereich zu übertragen. Den Bedenken des BDI gegen Gesamthochschulen, gegen ihre „Theorielastigkeit“ und „Leistungs nivellierung“ soll durch den Ausbau von Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien, durch Berufsakademien Rechnung getragen werden. Dort sollen z. B. statt „praxisfremden, halben Diplomkaufleuten, ganze Betriebswirte“ ausgebildet werden.

Wir halten es da mit K. Liebknecht, der schon Anfang dieses Jahrhunderts die Privatisierung der Universitäten oder einzelner Lehrstühle angriff: „Sie — die Unis — leiden schon gerade genug unter dem Banner derjenigen Mächte, die gegenwärtig mit ihnen herumschurigeln, ihnen das offene Lebenslicht nehmen und der freien Forschung nach Möglichkeit das letzte Tor verschließen möchten. Das ist gerade genug, und wir haben wahrlich keine Sehnsucht nach weiteren Schwierigkeiten der Art, nach einem weiteren Einfluß kapitalistischer Mächte auf die Universitäten.“

Die von den staatlichen Vertretern des Monopolkapitals geforderte engere Verzahnung von Allgemeinbildung und Berufsausbildung führt nicht zu einer Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs, sondern zu immer neuen Barrieren. Man denke nur an die Stufenausbildung der Lehrlinge und die nunmehr geplante Stufenausbildung im tertiären Bereich selbst. Für die geistigen Arbeiter führt diese Entwicklung zugleich zu einer Verstärkung ihrer Abhängigkeit vom Großkapital und damit ihrer sozialen Unsicherheit und Fremdbestimmung ihrer Arbeit. Deshalb muß es uns darum gehen, Grundlagenkenntnisse und nötige Fähigkeiten zu erwerben,



Wo hat der Dohnanyi bloß die vielen Studenten auf dem Umschlag seiner PR-Broschüre her? Die Masse der Hochschüler lehnt das HRG ab.

die auf eine demokratische Veränderung der Berufspraxis zielen.

Wir fordern integrierte Gesamthochschulen, in denen allen Studenten eine breite Grundlagenausbildung vermittelt werden muß. Durch die verstärkte Kontrolle der Hochschulen durch die arbeitende Bevölkerung und ihre Organisationen muß ein Gegengewicht zur privatkapitalistischen Formierung der Hochschulen geschaffen werden.

Das Schlagwort, mit dem Dohnanyi seine Studienreglementierung verkaufen will, heißt Entrümpelung der Studiengänge. Doch was ist das?

Ist Entrümpelung, wenn H. Maier in Bayern an den Schulen die Unterrichtszeit in einigen Kernfächern stark verkürzt und damit den Lehrermangel auf neue Weise erträglich macht? Ist Entrümpelung die Aussiebung kritischer, marxistischer Lehrmeinungen an den Hochschulen? Kann man noch von Entrümpelung reden, wenn — wie aus vorliegenden Studienreformplänen ersichtlich, die Zahl der Pflichtstundenzahl radikal erhöht wird, der bisherige Lernstoff nur komprimiert durchgezogen werden soll? Wir können Dohnanyi sagen, wo entrümpelt werden müßte:

Nazis 'raus

Erst müssen alle Nazis und Neonazis, die sich nach 1949 wieder in den Hochschuldienst einschleichen konnten, alle Militaristen und Revanchisten verschwinden.

Zweitens könnte der von bürgerlichen Ideologen verbratene Unsinn eingeschränkt werden. So volkswirtschaftliche Theorien, von denen eine wie die andere nicht zur Erklärung der Ursachen der Inflation und ihrer Beseitigung taugt.

Weiter könnte eine Entrümpelung der öffentlichen Haushalte — die Kürzung des Rüstungsetats — zu einer entscheidenden Verbesserung der materiellen Studienbedingungen beitragen und somit die Studienzeiten garantiert senken helfen. Und was die ganze Studienreglementierung anbetrifft, die sich ja an dem Beispiel der DDR orientieren soll, so ist zu sagen: Erst muß das Bildungs-

Bildungsprivileg brechen

privileg der Reichen und Besitzenden durch die Schaffung eines einheitlichen Bildungssystems ohne Sackgassen für Arbeiterkinder gebrochen werden, erst müssen dem gesellschaftlichen Fortschritt entsprechende humanistische, antiimperialistische Bildungsziele verwirklicht werden — dann können auch Studienzeiten exakt festgelegt werden.

Doch dazu muß eine entscheidende Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Bündnispartner stattgefunden haben. Unsere demokratischen Ausbildungsziele sind eine scharfe Waffe gegen das

HRG. Von diesen Prinzipien lassen wir uns leiten in den sich verstärkenden Auseinandersetzungen um die Reform des Studiums.

So müssen wir die Funktion der Chemiekonzerne bei der Umweltvergiftung und bei der Ausplünderung der „Dritten Welt“, ihre schmutzige, historische Rolle aufdecken und von daher ihre Studienreformpläne angreifen.

Wir müssen darauf insistieren, daß in der Medizin, die gesellschaftlichen Ursachen von Krankheiten behandelt werden und mit den Gewerkschaften dafür kämpfen, daß Werksärzte und Mediziner im Interesse der arbeitenden Menschen wirksam werden können.



Indem wir die Unzufriedenheit der Studenten über den bornierten Wissenschaftsbetrieb aufgreifen, uns zu ihrem Sprecher machen und sie in den allgemeinen, antimonopolistischen Kampf über die Kontroversen am Fach einbeziehen, verbinden wir zugleich auf richtige Weise Studium und Politik.

Um unsere inhaltlichen Forderungen durchzusetzen, werden wir gegen den dominierenden Einfluß des Großkapitals und des Staates in den zentralen Studienreformkommissionen kämpfen und uns für die gleichberechtigte Mitbestimmung von Lehrenden und Lernenden und die Einbeziehung der Gewerkschaften einsetzen.

Eine entscheidende Frage für das Monopolkapital ist das Zweckbündnis mit den Professoren vom BuF. Ihre gemeinsame Losung ist auch diejenige, die das Wallstreet-Gesindel mit der Militärjunta verbindet: „Tod dem Marxismus.“

Hatten auf dem Deutschen Hochschullehrtag 1908 noch verschiedene Dozenten als geradezu unwürdig und beschämend bezeichnet, daß sie gegen eine Lehre polemisieren müssen, der man grundsätzlich die Vertretung auf den Universitäten verweigert, so sehen die BuF-Professoren ihre einzige Rettung darin, den Marxismus völlig von den Hochschulen fernzuhalten. Kann man

noch deutlicher die Verkommenheit dieser imperialistischen Apologeten machen?

Es ist klar: bei Weglassung aller Pluralismus-Phrasen bleibt für die herrschende Klasse nur noch übrig: Gewalt und Afterwissenschaft.

Wir lassen uns nicht durch die Karlsruher Überregierung einschüchtern, die die „voraussetzungslose, freie Wissenschaft“, die allerdings nur in Gestalt von Herrn Löwenthal, Hatto Schmidt und Nipperdey daherkommen darf, durch die Mitbestimmungsverurteilung absichern wollen.

Es gilt jetzt erst recht, den Kampf für den Marxismus in allen Fachbereichen

Herausforderung

Minister Dohnanyi hat bisher nicht auf den offenen Brief des MSB Spartakus geantwortet (siehe rote blätter 13). Wir fordern ihn daher auf, sich an einer Hochschule und zu einem Termin seiner Wahl einem öffentlichen Streitgespräch mit dem Spartakus zu stellen. Themenvorschlag: Die aktuelle hochschulpolitische Situation. Sicher wird's nicht ganz so angenehm wie der Plausch mit den Krümelmonstern von der Sesamstraße.

zu entwickeln. Die BuF-Mafiosi müssen restlos isoliert werden. Jede Mitbestimmungposition müssen wir für das Voranbringen des Massenkampfes nützen — Einschränkungen wie die Friedenspflicht werden wir nicht hinnehmen.

Kampf für den Marxismus entwickeln

Mit den Arbeitern kämpfen wir gemeinsam für die Mitbestimmung auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Weder Berufsverbote noch Bücherverbrennungen, weder Studienreglementierung noch Staatsanwalt können das Vorranschieben demokratischer, marxistischer Ideen aufhalten.

Den Ausweg aus der Krise sieht das Großkapital in der politischen Disziplinierung der Studenten. Ein Hauptangriff gilt gegenwärtig der verfaßten Studentenschaft und dem politischen Mandat. Wie dreist diese Herrschenden mittlerweile werden, zeigt der Oktroi einer Studentenschaftssatzung durch den Unipräsidenten in Tübingen.

Dort heißt es: „Wahlvorschläge sind zurückzuweisen, die einen Vorbehalt oder beleidigende Bemerkungen über Bewerber, Dritte oder Behörden enthalten.“ Das ist nichts anderes als das Wieder-aufleben der Bestimmungen über die

akademische Disziplin des Preußischen Allgemeinen Landrechts. Dort steht unter der Nr. 15 zu lesen: „Beleidigungen, der zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung bestimmten Personen... ziehen langwierige Karzer- und nach Bewandtnis — ... selbst Festungsstrafen nach sich.“

Wir werden allerdings solche preußisch-reaktionären Zustände nicht dulden! Wir werden unsere Forderungen nach der gesetzlichen Verankerung der verfaßten Studentenschaft mit Beitrags-hoheit, Satzungsautonomie und dem Recht zu freier politischer Betätigung durchsetzen. Ein AstA, der eine Massenbasis hat, kann das politische Mandat wahrnehmen — das ist unser Grundsatz.

Wir werden den Studenten in den konkreten Auseinandersetzungen um die Ausbildungsförderung, um den nc, und die verfaßte Studentenschaft, um Studien- und Prüfungsordnungen deutlich machen, welche unmittelbaren Auswirkungen das HRG hat.

In diesen Kämpfen gilt es zugleich, die gemeinsamen, positiven Forderungen zu

entwickeln, die dem Kampf der Studenten gegen die Hochschulformierung insgesamt eine Perspektive geben. In den Ländern, in denen die finstere Reaktion mit Landeshochschulgesetzen bereits zugeschlagen hat, werden wir



Sie seifen ein — sie schlagen Schaum ...

den Kommilitonen sagen, daß die ultra-reaktionären Gesetze im Prinzip weiter bestehen bleiben können und daß sie deshalb ihren Kampf für eine demokratische Ausbildung und freie politische Betätigung weiterführen müssen.

Wir haben ihre Erwartungen in eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung in Aktionen umzusetzen, denn nur durch das eigenständige Handeln kann der nötige Druck erzeugt werden. Auf die erste Lesung des HRG im Dezember muß die gebührende Antwort gegeben werden: Massenaktionen an allen Hochschulorten!

Um der Demagogie der Herrschenden zu begegnen, müssen wir auf die Straße, in die Öffentlichkeit gehen. Dabei müssen wir das konsequente Eintreten für unmittelbare, konkrete Ziele und die Organisation von Lernprozessen über die weiterreichende antimonopolistische revolutionäre Perspektive des Kampfes verbinden.

Wir erklären: Hochschulen sind keine Drillanstalten! Wir lassen uns nicht zu „erfinderischen Zwergen“ oder wandelnden Enzyklopädien oder bewußtlosen Kapitalistenknechten machen. Unser Platz ist an der Seite der Arbeiter. Deshalb bleibt unsere Orientierung: Für eine Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, der Lehrlinge, Schüler und Studenten!



Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten



- ☐ Ich bitte um Informationsmaterial über den MSB
- ☐ Ich möchte zu einer Spartakus-Mitgliederversammlung am Ort eingeladen werden
- ☐ Ich möchte Mitglied im MSB Spartakus werden
- ☐ Ich bitte um ein Probeexemplar der roten blätter
- ☐ Ich abonniere die roten blätter (Preis je Exemplar 1,— DM)
- ☐ Ich abonniere facit (Preis je Exemplar 2,50 DM)
- ☐ Ich bestelle Exemplare des Programms für das gemeinsame Handeln der Studenten „Für die eigenen Interessen kämpfen — mit der Arbeiterklasse verbünden“ (Preis: mind. 50 Pfennig)

Name _____

Vorname _____

Hoch- bzw. FH-Schule _____

Ort _____

Straße _____

Unterschrift _____

Ausschneiden und einsenden an MSB SPARTAKUS, 53 Bonn, Postfach

„Ein Beispiel geglückter Reform“

Wenn es nicht nach ihren Vorstellungen abgeht, beschwören gewisse Leute gern „die Verantwortung der Streitkräfte“. So hielt es die FAZ nach dem faschistischen Militär-Putsch in Chile für ausgemacht: „Im Augenblick der höchsten Gefahr konnten sich die Streitkräfte ihrer Verantwortung nicht länger entziehen.“

Und Helmut Schmidt — markig auch in seiner Rolle als Schulmeister der Nation — hat das Patentrezept für die bundesdeutschen Hochschulen lange parat: „Wenn wir es nicht schaffen, den aus den Fugen geratenen Universitäten zu zeigen, wie eine militärische Uni einwandfrei arbeiten kann — wer denn dann?“

Schon vor zwei Jahren hatte der Präsident der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Otto A. Friedrich, besorgt empfohlen, „nach Mitteln und Wegen zu suchen, jungen Menschen... überzeugend Sinn, Zweck und Notwendigkeit der Verteidigung und Erhaltung von Streitkräften deutlich zu machen“. Und unlängst klagte Generalmajor v. Reichert, daß mittlerweile „54 Prozent der Hochschul-Studenten“, mithin die Mehrheit der „künftigen Führungsschicht“, die Bundeswehr als „eine überflüssige bis schädliche Einrichtung“ betrachten.

Mittel und Wege waren schnell gefunden. Neben den sogenannten Wehrkundeerlassen der Länder, die der Bundeswehr Zugang zu den Schulen verschaffen, sollen die gerade eröffneten Bundeswehrhochschulen (BWHS) der „um sich greifenden Entspannungseuphorie“ entgegenwirken. Den BWHS kommt die Aufgabe zu, das ins Wanken geratene Feindbild aufzumöbeln und neue „wissenschaftliche“ Techniken zur Herrschaftssicherung zu entwickeln. Sie sollen als Kadenschmiede des militärisch-industriellen Komplexes die Nachwuchssorgen der Bundeswehr an Offiziersanwärtern beseitigen helfen und Schlüsselmänner von rechter Gesinnung für Wirtschaft und Gesellschaft bereitstellen.

Aber die Rüstungsexperten in CDU und SPD haben noch weitere Pläne mit der BWHS. Sie soll laut „Wehrkunde“ als „ein Beispiel geglückter Reform“ Schule machen und „positiv auf die gesamte Hochschulreform wirken“. Darin sieht das Bundeswehr-Blatt eine „politische und moralische Pflicht und Schuldigkeit“. Und mit gekonnter Rhetorik stellt es dem Leser die Beantwortung der Frage anheim, ob „denn nicht an der einen oder anderen Stelle unseres Hochschulsystems exemplarisch gezeigt werden (müsse), wie die normalen oder vielleicht idealen Studienbedingungen auszusehen hätten“.

Seit dem 1. Oktober wird eben das vor-exerziert. Für den Erfolg des „Experiments“ garantieren schon die 564 Millionen DM, die die beiden BWHS in

Hamburg und München in den nächsten drei Jahren zu verpulvern haben. Daneben nehmen sich die 4,5 Millionen DM für den Ausbau der Universität, die der Hamburger Senat zum gleichen Zeitpunkt gestrichen hat, natürlich lächerlich aus.

Der Numerus clausus wird für die

BWHS als einzigen Hochschulen im Bundesgebiet nicht gelten. Über Raum- und Personalmangel braucht niemand zu klagen: Eine Lehrkraft unterrichtet 12 Studenten. Jedem Bundeswehrstudenten steht ein volles Offiziersgehalt zur Verfügung, je nach Dienstgrad zwischen 1200 und 1800 DM. Mietfreies Wohnen inbegriffen.

Freilich, das Experiment läuft hinter Kasernenmauern ab und seine Ordnung ist die Kasernenhofordnung.

Die BWHS ist interne Einrichtung der Streitkräfte und damit dem Verteidigungsminister direkt unterstellt. Selbstverwaltungskompetenzen sind nicht vorhanden, die Aufsicht führt der Staat. Struktur und Hierarchie der BWHS sind durch die Soldatengesetze bestimmt. An der Spitze steht der Präsi-



dent, der vom Verteidigungsminister abkommandiert ist.

Die Studenten sind von der Mitbestimmung bei Hochschulfragen faktisch ausgeschlossen — wie es das BVG-Urteil vorsieht. Die Berufung des Lehrpersonals und die Bestimmung der Lehrinhalte obliegt der Mehrheit der Professoren und Assistenzprofessoren in den jeweiligen Gremien. Sitzungen der Fachbereichsräte sind „grundsätzlich nicht öffentlich“. Selbstverständlich ist dafür gesorgt, daß sämtliche Beschlüsse auch ohne die Zustimmung der Studenten zustandekommen können.

Asta, Studentenparlament und Fachschaftsräte existieren für die BWHS nicht. Es gibt auch keine politische Studentenorganisationen. Statt dessen haben sich die Studenten von einem „Leiter des Studentenbereichs“ vertreten zu lassen, der ihnen durch Befehl von oben vor die Nase gesetzt wird.

Für „unvorstellbar“ hält es die „Wehrkunde“ denn auch, daß es zu Streiks, Seminarsprengungen, Wandzeitungen und anderen Erscheinungen der Rebellion kommen könnte (Nr. 11/1972). Schon gar nicht, daß „Offiziere der Bundeswehr z. B. gegen einen ihrer Meinung nach unliebsamen ausländischen Gast demonstrieren... Das gilt auch für Demonstrationen von Soldaten in Zivil... Politische Betätigung im Hochschulbereich während des Dienstes ist untersagt“ (Nr. 7/1973).

Die an den BWHS erprobten Formierungsmaßnahmen sollen später als „in der Praxis bewährt“ auf die „zivilen“ Hochschulen übertragen werden. Schon jetzt sind wesentliche Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes an den BWHS verwirklicht. Regelstudienzeiten, Studienjahr, Verschulung des Studiums, gesicherte Stimmenmehrheit der Professoren in den Gremien, Fachaufsicht des Staates, Disziplinierung der Studenten. Das HRG wird nur noch die Integration der Hochschulen in die BWHS per legem nachzuvollziehen haben.

Kein Wunder also, wenn die BWHS besondere Anziehungskraft auf reaktionale Professoren ausüben. Nachdem die Berufungen bis zur Eröffnung geheimgehalten wurden, lassen die inzwischen bekanntgewordenen Namen darauf schließen, daß die BWHS fest in der Hand des Bundes Freiheit der Wissenschaft sind: Prof. Horst Sanmann, Hamburg (BFW), Prof. Knoll, Bochum (BFW); Prof. Ansprenger, Westberlin (arbeitet mit der Notgemeinschaft und der CDU zusammen); Prof. Forndran, Wehrsoziologe aus Neuss (hat über Rollback-Strategie in Lateinamerika gearbeitet); Prof. Groothoff, Köln; Prof. Helga Haftendorn, Hamburg (hat zusammen mit Prof. Schwarz für die CDU Strategien zur Verhinderung der KSZE entwickelt u. v. a.

Das Studium erfolgt in drei Studienjahren, schließt je nach Studiengang verschiedene Praktika in „Großorganisationen“, Betrieben, Volkshochschulen, Vorschuleinrichtungen ein und endet

nach mehreren Zwischenprüfungen mit einem Diplom, das zivil anerkannt wird. Diese intensive militärische Schulung von Kadern garantiert, daß nach zwölfjähriger Dienstzeit zuverlässige Multiplikatoren in alle Schlüsselpositionen der Gesellschaft geschleust werden können. Studenten der Pädagogik sollen später „in Lehre und Unterricht, in Ausbildungs- und Berufsberatung sowie in Planung, Organisation und Verwaltung von Aus-, Fort- und Weiterbildung in Betrieben, Industrieverbänden, Kammern und Gewerkschaften“ tätig werden. Betriebs- und organisationswissenschaftlich ausgebildete Offiziere werden als Manager in der Industrie oder in der staatlichen Verwaltung eingesetzt. „1500 diplomierte, ausgediente Offiziere, die ab 1984 jährlich die Bundeswehr verlassen, sind kein Pappenstiel. Wenn man dann noch bedenkt, daß sie anschließend im Bundeswehr-Reservisten-

verband oder in den örtlichen Sektionen der „Gesellschaft für Wehrkunde“ organisiert werden können, ist deutlich, welche militaristischen Kader sich der militärisch-industrielle Komplex damit schafft.“ So Horst Bethge auf der Konferenz gegen die BWHS in Hamburg.

Um diesen Tendenzen entgegenzutreten, muß der Kampf für die Schließung der BWHS auch nach deren Eröffnung weitergeführt und intensiviert werden. Die BWHS müssen als Schaltstelle des Militarismus und als Angriff auf die Entspannung entlarvt werden. Wir sollten die Studenten daran erinnern, daß ihr aktives Eintreten dazu beigetragen hat, die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau durchzusetzen. Die Studenten haben mehrheitlich sehr wohl verstanden, daß ihre unmittelbaren Interessen nur durch konkrete Abrüstungsmaßnahmen in der BRD zu erreichen sind.

Die Bundeswehrhochschule — ein Beispiel für die Militarisierung der Gesellschaft

Bericht von der Hamburger Konferenz

Am 1. Oktober haben die beiden BWHS in Hamburg und München den Lehrbetrieb aufgenommen. Zwei Tage zuvor hatten zahlreiche Verbände und Organisationen auf einer Konferenz im Hamburger Curio-Haus „Die BWHS — ein Beispiel für die Militarisierung der Gesellschaft“ die Errichtung von BWHS als Vorstoß gegen die Entspannung kritisiert und deren sofortige Schließung verlangt. Grußworte und Beiträge zeigten, daß die Konferenz von einem breiten Bündnis demokratischer Kräfte unterstützt und getragen wurde: vom Bund demokratischer Wissenschaftler bis zu Betriebsjugendsprechern, von Judos und Jusos bis zum DGB-Kreis-

vorstand Hamburg, von der DKP und SDAJ bis zu den Asten, dem vds und der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Soldaten.

Helga Schuchardt, FDP-MdB, wies darauf hin, daß die Planung der BWHS „im wesentlichen unter Ausschluß der Öffentlichkeit, auch der Parlamente“ erfolgt sei.

Der Bundesvorsitzender der Jungdemokraten, Friedrich Neunhöffer, nannte die BWHS „ein Teufelsei, das der Demokratie ins Nest gelegt wurde“. Wissenschaft lasse sich nicht nach dem Prinzip „Befehl — Gehorsam“ organisieren.

Auf die Tatsache, daß ein großer Teil der Jugend um eine angemessene Ausbildung kämpfen müsse, während die BWHS Unsummen von Steuergeldern verschlinge, ging der Vertreter der SDAJ mit zahlreichen Beispielen ein. Horst Bethge, bildungspolitischer Sprecher der DFU, untersuchte in seinem Beitrag die BWHS vor dem Hintergrund der europäischen Sicherheit. Er nannte Einzelheiten aus den Fachcurricula der BWHS und erste Namen aus den Berufungslisten.

In den Arbeitsgruppen wurden die Konsequenzen und Gefahren der BWHS gründlich analysiert.

Um diesen Gefahren zu begegnen, beschlossen die Teilnehmer der Konferenz in einer Schlußresolution, weiter zusammenzuarbeiten und den Kampf gegen die BWHS fortzuführen. In der nächsten Zeit soll dazu vor allem der Hamburger Bürgerschaftswahlkampf genutzt werden. Die Konferenz forderte — die Schließung der BWHS' — die für den Auf- und Ausbau der BWHS vorgesehenen Steuergelder müssen dem Bildungsetat zugeführt werden;

— Priorität für die Bildung — nicht länger für die Rüstung!

Bücheler / Hager / Meyer / Schöning

Militarisierung des Bildungswesens

am Beispiel
bundeswehreigener Hochschulen



Texte zur Demokratisierung
Antifaschistische Arbeitshefte des Röderberg-Verlags

Die Broschüre (60 Seiten) ist beim Röderbergverlag, 6 Frankfurt/M. 1, Postfach 4129 für 2,50 DM erhältlich.

Erfolgreicher Abschluß der MSB-Jahreshaupt- versammlungen

Am Vortag des Dortmunder Meetings, am 19. Oktober, trat der Bundesvorstand des MSB Spartakus zu seiner 5. Tagung zusammen. Schwerpunkt der Beratungen war eine Bilanz der Jahreshauptversammlungen (JHV), die in den letzten Wochen überall im Verband abgeschlossen wurden. Steffen Lehdorff führte hierzu u. a. aus:

Unser Verband ist aus den JHV's organisatorisch und politisch gestärkt hervorgegangen. In organisatorischer wie politischer Hinsicht gibt es jedoch noch Niveauunterschiede, die unabhängig von der Größe der Gruppe und von der Art und Größe der Hochschule sind. Unser Verband, der auf dem 2. Bundeskongreß 3000 Mitglieder hatte, ist bis zum Ende des SS auf über 3500 Mitglieder angewachsen. Gleichzeitig ist die organisatorische Einheitlichkeit und Geschlossenheit des Verbandes, wie sie sich u. a. in den Vorstandswahlen ausdrückte, weiter gewachsen. Die politische erfolgreiche Entwicklung des Spartakus kommt darin zum Ausdruck, daß in der Vorbereitung und Durchführung der JHV's die Aufgabenstellung des 2. Bundeskongresses besser als während des SS erkannt wurde und wichtige Schritte zur Verwirklichung der Kongreßbeschlüsse eingeleitet wurden.

In weiten Teilen unseres Verbandes ist in der Vorbereitung und Durchführung der JHV's eine kritische Rechenschaftslegung durchgeführt worden, in die wesentlich mehr Mitglieder als früher aktiv einbezogen wurden. Die Rechenschaftslegung war um so fundierter und bot um so bessere Grundlage für die Arbeitsplanung, je mehr die Aussagen des 2. BK und weitere wichtige Verbandsdokumente, vor allem das Karlsruher Referat als Ausgangspunkt und Richtschnur genommen wurden.

Auch die Arbeitsplanung der Gruppen hat insgesamt große Fortschritte gemacht. Die Vorbereitung der Semesterarbeit, vor allem das Herausfinden der Brennpunkte auf Hochschul- und Fachbereichsebene und der gemeinsamen Schwerpunkte der gesamten Gruppenarbeit ist gründlich und konkreter als früher durchgeführt worden. Häufig ist allerdings die Masse der Genossen noch nicht aktiv genug in diese Vorbereitungsarbeit einbezogen worden.

Ein weit verbreiteter Hauptmangel der Arbeitsplanung besteht darin, daß das Studentenaktionsprogramm bereits im



Jahreshauptversammlung an der Fachhochschule Bremen

Stadium der Ausarbeitung der Politik noch immer nicht voll ausgeschöpft wurde. Die Konfrontation der Lage in der Hochschule mit den Forderungen des Studentenaktionsprogramms, wie wir sie im Schlußteil des Referats zur Vorbereitung der JHV's als wesentlichen Schritt der Arbeitsplanung gefordert haben, soll die Gruppen, Sektionen und die einzelnen Genossen ja befähigen, mehr zu agieren, anstatt nur zu reagieren, d. h. in der Politik mehr Initiative zu entwickeln und sich auf die auftretenden Situationen an der Hochschule, im Fach und in der Politik

überhaupt, rasch und flexibel einzustellen und unsere revolutionären Positionen zu vertreten.

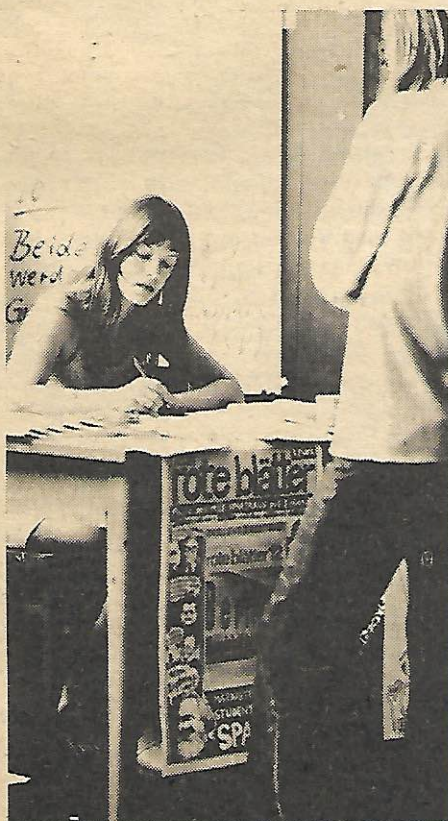
Bereits im Karlsruher Referat haben wir betont, daß das Studentenaktionsprogramm für die Sektionen und für die gesamte Gruppe gewissermaßen eine gemeinsame politische Plattform darstellt. Die Verbindung von Gruppen- und Sektionsarbeit oder besser: Der Beitrag der Sektion zur Arbeit des gesamten Gruppenkollektivs kann nur auf dem Boden des Studentenaktionsprogramms richtig geleistet werden.

Etwas unterentwickelt in der Arbeitsplanung ist häufig die organisatorische Seite unserer Politik. Häufig wird nicht genau genug angegeben, welche konkreten Schritte und Maßnahmen getan werden müssen, um die beschlossene Politik umzusetzen.

Wenn etwa im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit keine abrechenbare Ziele für den Vertrieb der Roten Blätter aufgestellt werden und auch die notwendige Zuarbeit für die Redaktion der Roten Blätter nicht berücksichtigt wird, oder gar für die Mitgliederwerbung keine abrechenbare Ziele aufgestellt werden, muß das rasch korrigiert werden.

Die Arbeit mit dem Studentenaktionsprogramm auf dem Boden einer kontinuierlichen Massenarbeit ist mehr denn je der Dreh- und Angelpunkt zur Erfüllung unserer Aufgaben. Das ist im Kern die Konsequenz, die der Bundesvorstand aus der Einschätzung der JHV's und der Verbandsentwicklung seit dem 2. BK gezogen hat.

Um auf diesem Weg sichtbare Zeichen zu setzen, die Studenten an die Kerngedanken des Studentenaktionsprogramms heranzuführen, der Studentenbewegung zentrale Orientierungspunkte zu setzen, die Kraft unseres Verbandes zu konzentrieren und die Bedeutung unserer Organisation zu betonen, werden wir morgen in Dortmund das Meeting durchführen.





Aktion Hindernislauf

Wer in den ersten Tagen des Wintersemesters in die Hamburger Hochschule für bildende Künste kam, fand den Weg durch eine Hindernisstrecke versperrt, die Aufschriften wie „Schulsystem“, „Numerus clausus“ und „Rüstung“ trugen. Durch Schautafeln und Verteilung von Materialien wurde diese besondere Art des Aufzeigens der Bildungsmisere ergänzt. An der Hamburger Hochschule für bildende Künste selbst wurden zu diesem Semester von 700 Bewerbern nur 172 zugelassen. Foto: MSB

Studien-Reform

Abgelehnt haben die Bundesassistentenkonferenz und der Verband Deutscher Studentenschaften eine Beteiligung an dem von der Westdeutschen Rektorenkonferenz gemeinsam mit der Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh) durchgeführten Studienreformkongreß Chemie. In einer gemeinsamen Erklärung stellen BAK und VDS fest, es sei „kein Zufall“, daß als erstes Beispiel zur Erprobung des Instrumentariums zur Reform der Studiengänge ein Fach gewählt wurde, in dem die Industrie wie nirgendwo sonst ihre Interessenvertretung in Forschung und Lehre

in einem System von Verbänden, Fonds und sog. wissenschaftlichen Gesellschaften zentralisiert hat.“ Auf der Grundlage der von der GDCh (Vorsitzender: ist der BASF-Aufsichtsratsvorsitzende Timm) und der DECHEMA entwickelten Vorschläge zum Chemiestudium versuchten laut BAK-/VDS die Chemiekonzerne in der BRD eine „Schmalspurausbildung für die Masse der Studenten durchzusetzen, die für die Konzerne eine enorme Einsparung bedeutet und ihnen einen Einsatz der Studenten nach dem Konzern-Verwertungsinteressen ermöglicht“. Das von der WRK vorgeschlagene Prinzip den Studienreformkongreß im Verhältnis von Lehren-

den zu Lernenden wie 1:1 zusammenzusetzen wurde, da WRK und BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie) im Falle einer Teilnahme von VDS- und BAK-Vertretern „Gefahren für den Erfolg des Kongresses“ fürchteten, dahingehend realisiert, daß Studenten und Assistenten — soweit sie überhaupt eingeladen wurden von Fachbereichen und „reaktionären Professoren“ (BAK/VDS) benannt wurden: Studenten und Assistenten, deren Auffassungen den Veranstaltern genehm waren.

Westeuropäische Lehrgewerkschaften

Das erste größere Treffen von Vertretern der Lehrgewerkschaften Westeuropas fand vom 15. bis 20. Oktober in Bergneustadt statt. Im Mittelpunkt der Beratungen standen Gespräche über ein einheitliches bildungspolitisches Vorgehen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft.

Sozialpädagogen im Streik

Die Sozialpädagogen der Fachhochschule Hamburg streiken, nachdem sie bereits das SS 73 drei Wochen früher beendet hatten, weil die Behörde sie zwingen wollte, drei Wochen länger zu studieren. Die Studenten hatten sich aufgrund der miserablen Studienbedingungen — keine theoretische Bestimmung der Funktion der Sozialarbeit und Sozialpädagogik, unqualifizierte und zu wenig Dozenten, 25—30 Wochenstunden, zu viele Studienfächer und Scheine; in einer Urabstimmung mit 75% für diesen Boykott ausgesprochen.

Wenige Tage vor Studienbeginn erreichte 555 von 750 Studenten ein Schreiben der Behörde für Wissenschaft und Kunst, in dem die Aberkennung des SS 73 ausgesprochen wird, wegen Nichterfüllung der vollen Studienzzeit, obwohl die Studenten alle Scheine erbracht haben!

Die Studenten forderten auf der 1. Vollversammlung am 1. Oktober u. a.:

- Bedingungslose Anerkennung des letzten Semesters;
- Schluß mit der Disziplinierung der Studenten durch Scheinverweigerung;
- Vorbehaltlose Anerkennung von Gruppenbenotungen.

Gemeinsam mit der ÖTV, die ihren Mitgliedern Rechtsschutz zugesagt hat, klären die Studenten jetzt, wie sie juristisch gegen den Willkürakt des Hamburger SPD/FDP-Senats vorgehen können. Auch die Bevölkerung wurde informiert. Innerhalb von zwei Tagen sammelten die Sozialpädagogen 3000 Solidaritätsunterschriften.

Veng und Peng für Hummel-Hummel SPARTAKUS

Man soll's nicht glauben. Auch Spartakisten (Hamburger) machen Ferien. Diesmal ging's nach Südfrankreich. Nach Noves, einem kleinen Ort am Gebirgsfluß Durance, mitten in einem fruchtbaren Obst- und Gemüseanbaugelände. Mit 3000 „Seelen“, einem kommunistischen Bürgermeister, 14 Kommunisten im Gemeinderat (von 23 Abgeordneten). Auf Einladung des Gemeinderats steuerten wir unser Ziel an. Per Eisenbahn und Zelt. Zusammen mit Freunden des MSB, mit Freunden unserer Politik.

Da gab es z. B. Gespräche mit der FKP, die uns über ihre Kommunalarbeit informierte, uns die Gesamtsituation Frankreichs schilderte (das „gemeinsame Regierungsprogramm“ war vorherige Mindestlektüre).

Da gab es z. B. Diskussionen mit der CGT. Sie vermittelten uns einen starken Eindruck einer klassenbewußten Gewerkschaftsorganisation.

Und da gab es z. B. die Besichtigung des Industriegebiets Fos sur Mer. Staatsmonopolistischer Kapitalismus par excellence wurde uns da vorgeführt. Über die hohe Zahl der Unfalltoten schwiegte der Herr Öffentlichkeitsreferent aus.

Große, wichtige politische Erfahrungen könnten wir sammeln in dieser Zeit. Aber nicht nur für diese Zeit. Heute bestimmen sie auch unsere politische Argumentation. „Im Sommer... in Frankreich... wie die FKP auf die Schwierigkeiten der Kleinbauern eingeht...“ Sätze, die so in unsere tägliche politische Arbeit einfließen, beim persönlichen Gespräch mit Kommilitonen, bei der Diskussion um Fragen der Aktions-einheit...

Da gab es viel zu lachen. Selbstverständlich. Die meisten von uns hatten kaum Französischkenntnisse. Aber wir kamen durch, mit „veng“ und „peng“, mit „pastiss“ und „fromaasch“. Wenn's schwierig wurde, bei Diskussionen oder Gesprächen mit der Dorfbewölkerung, hatten wir unsere charmannten Übersetzerinnen. An dieser Stelle sei diesen Genossinnen nochmals herzlich gedankt.

Es gab viel zu lachen. Bei den (unblutigen) Stierkämpfen z. B. Wir kämpften mit. Selbstverständlich. Aber ein heißer Tip ging durch unsere Reihen: die Entfernung zwischen uns und der Ballustrade immer geringer zu halten als die zwischen uns und dem Stier. Wenn's nicht so war, holte sich zwar mancher

Genosse eine Prämie. Gab sie aber zehn Minuten später wieder aus — für die Arztkosten.

Es gab viel zu lachen. Bei einem freiwilligen Ernteeinsatz (Traubenlese) z. B. Die schönen, vollen, reifen meinten wir pflücken zu müssen. Die verhuzelten, vergammelten seien die besten, wurden wir belehrt.

Zum Beispiel: Mit „Match International“ wurde in der „Marseillaise“, der Regionalzeitung der FKP, ein Freundschaftsspiel zwischen Olympiques Noves und unseren Fußballfans Hummel Hummel Spartakus kommentiert. Das Spiel (1:1 übrigens) machte Spaß. Aber auch über dieses Spiel kamen jugendliche der demokratischen Bewegung



zweier kapitalistischer Länder zusammen.

Dies alles ist nicht nur schöne Erinnerung. Es ist vielmehr: Auftrag und Handlungsanweisung für unsere weitere kollektive politische Arbeit. Vergessen wir die Diskussionen mit jenen nicht, die als Nicht-Organisierte oder SHB-Genossen beim MSB „mitgemacht“ haben. Vergessen wir den Aspekt der Ingetration mancher (v. a. junger) Genossen nicht, die Intensivierung auch des persönlichen Kennenlernens untereinander. Der Zusammenhang unserer Gruppe wurde weiter gestärkt.

Fassen wir zusammen: Zur Nachahmung empfohlen.

Karl Deiritz



Gespräch mit CGT-Kollegen und „Match International“



SHB verfassungsfeindlich?

Auch der Bundesvorstand der Jungsozialisten hat sich mit Entschiedenheit gegen alle Versuche, den SHB in eine verfassungsfeindliche Ecke zu drängen, gewandt. Die Jusos sehen bei CDU/CSU und Teilen der SPD das Bestreben, die Berufsverbote auf den SHB auszudehnen. Die Jusos betonen, daß sie diese Kampagne auf das schärfste bekämpfen werden.

Auf einer Pressekonferenz nahm gestern der Bundesvorstand des SHB zur kleinen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion Stellung, in der von der Bundesregierung verlangt wird, den SHB als verfassungsfeindlich zu bezeichnen. SHB-Bundesvorsitzender Nördhoff erklärte, daß sich der SHB stets in Theorie und Praxis für eine Demokratisierung aller Lebensbereiche einsetzt und seit jeher das Grundgesetz gegen alle Angriffe der wirtschaftlich Mächtigen und ihrer politischen Repräsentanten in der CDU/CSU verteidigt.

★

„Ascho“

Die sofortige Aussetzung der auf dem Verordnungswege geplanten reaktionären „Allgemeinen Schulordnung“ (Ascho) hat das „Komitee gegen die Allgemeine Schulordnung“ in einem Brief an Kultusminister Meier verlangt. Das Komitee, bestehend aus Gewerkschaftsjugend, der AG sozialdemokratischer Lehrer, den Jusos, den Falken, der SDAJ und dem Politischen Arbeitskreis Schulen, verurteilte das durch die Verordnung ausgesprochene Verbot jeglicher politischer Betätigung von Schülern und damit verbundene Schulstrafen, die auf ein Ausbildungsverbot hinausliefen. Dadurch würden die Schüler „zum Gegenstand einseitiger politischer Beeinflussung durch CSU-Politiker und ihrer Hintermänner“. Auch der Landesverband Bayern der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft protestierte gegen das Durchpeitschen der Ascho.

★

Junta-Schule

Weil er einen roten Stern von einhalb Zentimeter Durchmesser auf seinem Kragen trägt, soll Reinhard Maier aus der 13. Klasse des Münchener Albert-Einstein-Gymnasiums entlassen werden. So wollen es der Direktor und Kultusminister Maier.

Was würde Albert Einstein dazu sagen? Wäre es nicht besser, der Schule einen neuen Namen zu geben? Etwa: Junta-Gymnasium?

Ein Narr, der Böses dabei denkt

Wie ein Kölner Rechter
billig zu einem VW kam

Dies ist die Geschichte einer christlich-demokratischen Studentengruppe, die auszog, wieder einmal Stimmen zu fangen. So geschehen im Juni 1973 zu Köln. Die Geschichte erzählt von den Anstrengungen, die unternommen wurden, von den Ideen, auf die man gestoßen ist, und vom Ergebnis, das bei vielen Verwunderung hervorgerufen hat. Wohl gemerkt — eine Geschichte, deren Wahrheitsgehalt im Dunkeln liegt, deren Stationen vermutet werden.

RCDS-Mitglied gewann Auto

Der Gewinner der von einem Mitglied des Ringes Christdemokratischer Studenten (RCDS) veranstalteten Tombola zur Anhebung der Wahlbeteiligung bei der Wahl zum 19. Kölner Studentenparlament steht fest: Andreas N. ist Medizinstudent im vierten Semester, kommt aus Bonn und zählte schon vor seinem Gewinn zu den Befürwortern der umstrittenen Tombola. Andreas N. will wie sein Vater Arzt werden, ist Mitglied des RCDS und der Jungen Union und hochschulpolitisch engagiert.

Kölner Stadt-Anzeiger 11. Juli 1973

1. Station. Am Freitag, dem 25. Mai 1973, kommen am späten Nachmittag in einem Altbau in der Lindenstraße drei um die Zukunft der Kölner Uni besorgte Kommilitonen zusammen. Der Zeitpunkt ist nicht zufällig gewählt — in genau einem Monat beginnen die Wahlen zum 19. Kölner Studentenparlament. Aber womit die Stimmen für die ihnen nahestehende Studentengruppe vermehren? Auf erfolgreiche Fachschaftsarbeit verweisen? Nur wo? Auf die maklerfreie Vermittlung zweier Großraumappartements zum Spottpreis von 320,— DM stolz zurückblicken? Wahrscheinlich auch kein Volltreffer. Die Herren haben eine bessere Idee.

2. Station. Am Dienstag, dem 29. Mai 1973, wandern ca. 250 Briefe zur Hauptpost. Adressat: Mitglieder und finanzkräftige Mäzene einer großen Kölner Partei. Inhalt (hier konnte auf ein bereits bewährtes Muster zurückgegriffen werden): Sehr geehrte Herren, der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) an der Universität zu Köln wendet sich vertrauensvoll an Sie. Bereits im vergangenen Jahr haben viele Verständnis für unser Anliegen gezeigt, und so hoffen wir, auch dieses Mal bei Ihnen Gehör zu finden... Wir sind bereit, durch persönlichen Einsatz, der fast unsere ganze Frei-

zeit in Anspruch nimmt, diese Arbeit zu leisten, weil wir als junge Menschen einen Damm gegen den Radikalismus an den deutschen Hochschulen errichten wollen...

Daher benötigen wir für den SP-Wahlkampf '73: Einen VW-Käfer...

Es hat sich gezeigt, daß mit Ihrer Hilfe und großem materiellen Einsatz an unserer Kölner Universität viel erreicht werden kann...

3. Station. Eine Woche später: Mit einigen Interessenten wird das Projekt durchgesprochen. Bevor man investiert, wollen die Erfolgschancen realistisch abgecheckt werden. Die Idee mit dem Wahl-Käfer findet Zuspriechung: Nicht von höherer Stimmenzahl für den RCDS, sondern nur allgemein von höherer Wahlbeteiligung sprechen. Ziel: Die hochschulpolitisch wenig informierten und Interessierten an die Wahlurnen bringen, Kommilitonen, die beim Ankreuzen (ohne Kreuz keinen VW!) am ehesten die schönen, unpolitischen Sprüche im Ohr und nicht die politische Praxis der Kandidaten im Kopf haben. Die schönsten Sprüche zu Wahlkampfzeiten klopft der RCDS.

4. Station. Zwei Tage vor Pfingsten wird bei einem „Geschäftssessen“ in der Bastei die Sache perfekt gemacht: Eine von der großen gesellschaftspolitischen Bedeutung der Arbeit an der Hochschule überzeugte Kölner Autofirma erklärt sich bereit, einen orangefarbenen VW mit 1500,— DM Preisnachlaß zur Verfügung zu stellen.

5. Station. Ab jetzt spielt sich alles in der Öffentlichkeit ab. Christdemokrat Egbert Bischoff, Chef der „Aktion Sorgenkind Wahlbeteiligung“, stellt die Initiative „Wählen — einen Käfer gewinnen“ der Presse vor.

Rund 4000 Studenten holen sich während der Wahlzeit ein Los, ca. 400 stellen ihren Abschnitt dem Spartakus zur Verfügung, der den VW nach Vietnam schicken will. Die Auslosung findet unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

6. Station. Alle 14 Kandidaten des RCDS sind gewählt worden. Am 4. Juli 1973 erscheint ein Flugblatt, das den Besitzer des Loses Nr. 16-354 als Gewinner des VW ausweist. Ein besonderer Gag: Dieses Los ist nur gültig bis zum 9. Juli 1973, 24.00 Uhr. Andreas N. hat sich rechtzeitig gemeldet!

Und die Moral von der Geschichte, von der nur der RCDS weiß, ob sie sich in der beschriebenen oder einer anderen Form ereignet hat? Es gibt Kommilitonen, die meinen, der RCDS will uns für dumm verkaufen — in puncto Wahl-Käfer, in Sachen Studentenpolitik.

Hamburger Parteitag der DKP

Eine starke DKP liegt im Interesse der gesamten Studentenschaft

Vom 2. bis 4. November fand in Hamburg der Parteitag der DKP statt. Ein Bericht hierüber und ein Interview mit dem neuen Vorsitzenden der Deutschen Kommunistischen Partei, Herbert Mies, bringen wir in der Dezember-Ausgabe der roten blätter.

Die 2000 Teilnehmer des Dortmunder SPARTAKUS-Meetings übermittelten dem Parteitag eine Grußadresse, das wir hier abdrucken:

Wir, die Teilnehmer des Dortmunder Meetings, Mitglieder des MSB Spartakus und nichtorganisierte Studenten, grüßen die Delegierten des Hamburger Parteitags der DKP.

Gerade jetzt zu Beginn des Wintersemesters zeigt sich, daß der Bildungsnotstand in der BRD zu einer permanenten Erscheinung geworden ist. Tausende von Studenten, die Lehrer, Sozialarbeiter oder Ärzte werden wollen, finden keinen Studienplatz. Während die Bedingungen des Studiums sich immer weiter verschlechtern, werden die Studien- und Prüfungsordnungen immer weiter verschärft. Überall fehlt es an Wohnungen, die Inflation frißt nicht nur die Arbeiterlöhne, sondern auch die Stipendien der Studenten.

Unser Meeting dient dem Ziel, den Studenten der BRD zu demonstrieren, daß man angesichts dieser Entwicklung nicht resignieren darf, sondern kämpfen muß!

Wir wissen aber gleichzeitig, daß wir unsere legitimen Forderungen nur durchsetzen können, wenn es gelingt, das Bündnis von Studentenbewegung und Arbeiterbewegung gegen das Großkapital herzustellen.

Was erforderlich ist, ist eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der antimonopolistischen Klassen und Schichten. Wir wissen, daß die gesamte Arbeit Eurer Partei auf dieses Ziel ausgerichtet ist. Deshalb messen wir dem Parteitag der DKP eine große Bedeu-

tung auch für die Studentenbewegung zu. Die Studentenbewegung ist in ihrer Entwicklung untrennbar verbunden mit dem Aufschwung der Arbeiterbewegung und damit auch mit dem Aufschwung ihrer marxistischen Partei. Deshalb richten sich die Erwartungen und Hoffnungen auch vieler Studenten an Euren Parteitag.

- Die Erwartung, daß Ihr es Euch auch zur Aufgabe macht, unter den Millionen Arbeitern und Angestellten dieses Landes die Erkenntnis zu verbreiten, daß der Kampf der Studenten gegen die Bildungspolitik der Herrschenden gerechtfertigt ist,
- die Hoffnung, daß es Euch gelingt, in der Arbeiterklasse alle Versuche der Herrschenden zunichte zu machen, Arbeiter und Studenten gegeneinander auszuspielen,
- daß es Euch gelingt, über die Bedeutung einer demokratischen Bildungspolitik für die arbeitenden Menschen aufzuklären.

Von großer Bedeutung für ein gemeinsames Handeln von Arbeiterklasse und Intelligenz ist Eure Tageszeitung, die UZ. Sie ist die einzige Tageszeitung, in der die Studenten ihren Kampf wahrheitsgetreu und nicht entstellt wiederfinden.

Wir glauben, daß die UZ ein wichtiges Instrument zur Herstellung des Bündnisses von Arbeiter- und Studentenbewegung sein wird.

Wenn wir von diesem Meeting aus Eurem Hamburger Parteitag einen vollen Erfolg wünschen, dann tun wir das in der Überzeugung, daß eine DKP, die stark ist durch ihren Masseneinfluß in der Arbeiterklasse, im Interesse der gesamten Studentenbewegung liegt.



Herbert Mies auf dem Dortmunder Meeting

Max Reimann zum 75. der herzlichste Glückwunsch des SPARTAKUS

Max Reimann, der Ehrenvorsitzende der DKP, wurde am 31. Oktober 75 Jahre alt. Zeit seines Lebens ist er Kämpfer geblieben: für die Sache der arbeitenden Menschen, für den Frieden. Rund 25 Jahre hat er dafür in Konzentrationslagern, in Gefängnissen, in der Illegalität verbringen müssen. Daß dieser Kampf erfolgreich ist, beweisen das Erstarken der Kommunistischen Partei, der gesamten demokratischen Bewegung dieses Landes und die außenpolitischen Realitäten, die die Bundesregierung heute gezwungen ist, anzuerkennen. Daß dieser Kampf verstärkt weitergeführt werden muß, das beweisen nicht zuletzt die Berufsverbote, die ständige Einschränkung demokratischer Grundrechte. Darum wird Max Reimann heute wie seit Jahrzehnten gebraucht, mit seinen Erfahrungen, mit seiner Kampfkraft.

★

Ein großer Teil dieser Erfahrungen ist jetzt mit Max Reimanns Buch „Entscheidungen 1945 bis 1956“ (verlag Marxistische Blätter, 250 Seiten, 9,50 DM) für jeden zugänglich. Wir drucken eine kurze Passage nach; es geht um die Beratung des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat:

Die Sache begann ganz harmlos. Wir gingen aus dem Sitzungssaal, im Vorraum kam Adenauer auf mich zu und fragte: „Herr Reimann, was denken Sie jetzt über die Lage, in der wir uns befinden?“ Ich sagte ihm: „Folgen Sie unserem Rat und dem Willen unseres



bilden, um für ganz Deutschland ein einheitliches Grundgesetz zu schaffen! Gehen Sie jetzt hin, rufen Sie das Plenum zusammen und erklären Sie, daß wir an diesem Grundgesetz nicht weiterarbeiten, sondern uns mit den Vertretern der sowjetisch besetzten Zone verständigen wollen!“

In diesem Augenblick kam sein Sekretär, nahm ihn an die Seite und flüsterte ihm etwas ins Ohr. Der Sekretär hieß Blankenhorn, der spätere Bot-

der Beratungen, und nun geschah das Ungeheuerliche. Dr. Adenauer stellte sich hin und sagte: „Ich habe soeben eine Aussprache mit Herrn Reimann gehabt. Nach dieser Aussprache bin ich entschlossen, Ihnen zu empfehlen, das Grundgesetz so schnell wie möglich herzustellen.“

Wie als allen Wolken gefallen, meldete ich mich sofort zu Wort. Dr. Adenauer wollte mir das Wort nicht geben. Ich lief nach vorn ans Podium, wo Dr. Adenauer stand, drückte ihn an die Seite, nahm die Schelle in die Hand und klingelte, um mir Gehör zu verschaffen. Dann sagte ich den Mitgliedern des Parlamentarischen Rates das gleiche, was ich hier wiedergegeben habe. In meiner Erregung fügte ich hinzu — und genau damit traf ich ins Schwarze —, Blankenhorn habe doch den Draht nach London, und aus London habe er die Anweisung an Adenauer übermittelt, daß die Arbeit am Grundgesetz beschleunigt werden sollte. Die Westmächte, die in London ihre Außenministerkonferenz abhielten, erteilten den Mitgliedern des Parlamentarischen Rates, vor allem ihrem Vertrauensmann Dr. Adenauer, die Order, und diese parierten.

„Sie, meine Damen und Herren, haben diesem Grundgesetz, mit dem die Spaltung Deutschlands festgelegt ist, zugestimmt. Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben.“

Max Reimann am 23. Mai 1949 im Parlamentarischen Rat

Volkes, indem Sie sofort die Arbeit dieses Parlamentarischen Rates einstellen. Unternehmen wir gemeinsam den Versuch, mit den Politikern und den Organisationen des gesellschaftlichen Lebens der sowjetischen Besatzungszone einen einheitlichen parlamentarischen Rat zu

schafter in Frankreich. Nachdem er mit Dr. Adenauer gesprochen hatte, lief er schnell in eine Telefonkabine. Dr. Adenauer ging nun an mir vorbei, sagte kein Wort mehr, begab sich in den Plenarsaal, läutete die Mitglieder des Parlamentarischen Rates zur Fortsetzung

Bundeskongreß der SDAJ einberufen

Der vierte Bundeskongreß der SDAJ findet am 18. und 19. Mai 1974 in Hannover statt. Das beschloß am Wochenende der Bundesvorstand der SDAJ auf seiner siebten Sitzung in Dortmund. Hauptthema der Beratung waren die Ergebnisse der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten sowie die weitere Stärkung der SDAJ in Vorbereitung des bevorstehenden Bundeskongresses.

*

Mitbestimmung

Eine anteilmäßig gleiche Beteiligung aller Personengruppen der Hochschule in den Entscheidungsorganen empfiehlt die deutsch-schwedische Kommission zur Untersuchung der Fragen von Mitwirkung und Mitbestimmung in Schulen und Hochschulen. Nach zwei Jahren Arbeit, an deren Anfang die Berufung und der anschließende Ausschuß des Hamburger Lehrers Dreckmann (DKP) standen, legte die Kommission (Leiter: der Berliner Bildungsforscher Goldschmidt) Ende September einen 2500-Seiten-Bericht vor, in dem auch die Beseitigung der Dreigliedrigkeit des bundesdeutschen Schulwesens „als eines die sozialen Differenzen stabilisierendes Moments“ gefordert wurde. Der Leistungsdruck wurde betont, beschränke in beiden Ländern die Möglichkeiten zur Ausübung der Mitbestimmungsrechte.

*

SPARTAKUS beim Friedenskongreß

Als Mitglied der breiten BRD-Delegation reiste der stellvertretende Vorsitzende des MSB Spartakus, Steffen Lehnendorff, zum Weltkongreß der Friedenskräfte Ende Oktober nach Moskau. In den nächsten roten blättern werden wir seinen Bericht veröffentlichen.

*

Gespräch mit George Marchais

Während eines Empfangs der DKP in Essen im Anschluß an die Kundgebung kam es auch zu einem Gespräch zwischen George Marchais, den Mitgliedern des Sekretariats des Bundesvorstands des MSB Spartakus und dessen ausländischen Gästen. Genosse Marchais informierte sich über den Verlauf und die Ergebnisse des Spartakus-Meetings, über die demokratische Studentenbewegung in der BRD und wünschte ihr weiterhin große Erfolge.



George Marchais in der Bundesrepublik

Zum erstenmal kam George Marchais, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, Vertreter einer Volkseinheits-Bewegung, hinter deren gemeinsamem Regierungsprogramm bei den letzten Wahlen 46 Prozent aller Franzosen standen, in die BRD. George Marchais kam auf Einladung der DKP.

Auf einer Großveranstaltung am 20. Oktober in Dortmund, an der auch die Studenten des Dortmunder Spartakus-Meetings teilnahmen, hoben die Vorsitzenden der beiden Parteien vor 7000 Menschen die lange gemeinsame Kampftradition von französischen und deutschen Kommunisten hervor. Diese Kundgebung, so Genosse Marchais, „drückt den Willen unserer beiden Parteien aus, ihre Zusammenarbeit zu verstärken, um den neuen Anforderungen des Kampfes gegen die Vorherrschaft des Großkapitals und deren unheilvollen Auswirkungen gerecht zu werden.“ Kurt Bachmann in seiner Rede: „Notwendig ist die Erarbeitung einer gemeinsamen Strategie der Arbeiterbewegung gegen die internationalen Konzerne und die Entwicklung internationaler Organisationsformen des Klassenkampfes.“ George Marchais: „Unsere gesamte Erfahrung zeigt uns, daß es im Interesse der Arbeiter liegt, wenn es eine starke kommunistische Partei gibt, die für die Einheit der Arbeiterklasse, der werktätigen Massen und aller demokratischen Kräfte kämpft.“

Besonderes Gewicht legte der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs auf das Problem der Berufsverbote in der BRD. „Wir erheben schärfsten Protest gegen die Berufsverbote und andere antikommunistische Ausnahmeregelungen, die nicht wenige Genossen Eurer Partei treffen!“, rief er auf der Dortmunder Kundgebung. Und auf einer Pressekonferenz in Bonn antwortete er auf eine Journalistenfrage: „Viele Franzosen verstehen nicht, daß in der BRD eine Regierung, die sich selbst demokratisch nennt, mit Berufsverboten gegen Kommunisten vorgeht. In Frankreich gibt es viele tausende kommunistische Lehrer. Während der Periode der Illegalität der Kommunistischen Partei in der BRD haben wir für die Aufhebung des Verbots gekämpft. Nicht nur, weil unsere Parteien Bruderparteien sind, sondern weil die DKP eine wichtige Rolle im demokratischen Kampf national und international hat. Heute gilt unsere ganze Solidarität den von den Berufsverboten Betroffenen. Durch solche Verfolgungsmethoden schadet die BRD ihrem internationalen Ruf.“



Streik in Baden-Württemberg

Es geht um menschliche Arbeitsbedingungen

rote-blätter-Gesprächsrunde

Am 25. Oktober fand in Stuttgart eine „rote-blätter-Gesprächsrunde“ statt zum Thema: „Kampf um menschlichere Arbeitsbedingungen, neue Qualität des Arbeitskampfes?“

Gesprächsteilnehmer waren Heinz Hummler, Betriebsrat bei der „Trafalgar Union“ in Stuttgart, langjähriger aktiver Gewerkschafter und Mitglied der DKP, Bernd Redweik, Student der Agrarökonomie an der Uni Hohenheim, und Heiner Blasenbrei, Bundesvorstandsmitglied des MSB SPARTAKUS.

Heiner Blasenbrei: Rund 120 000 Metal-ler der Metallindustrie Nord-Württem-bergs und Nordbadens verliehen wäh-rend und nach der Schlichtung durch Warnstreiks ihren Forderungen nach einem neuen Lohnrahmentarifvertrag Nachdruck. Fast 90 Prozent der über 250 000 organisierten Kollegen sprachen sich in der Urabstimmung für Streik aus. Nach einwöchigem Schwerpunkt-streik der 50 000 Kollegen bei Daimler und Bosch in Stuttgart, befürworteten am Mittwoch 73 Prozent der Organisier-ten das Verhandlungsergebnis. Um was ging es nun inhaltlich, und kann das Ergebnis als Erfolg gewertet werden und welche Perspektiven ergeben sich für die kommende Lohnrundenrunde?

Heinz Hummler: Bei dem Lohnrahmen-tarifvertrag 2 in Nordbaden und Nord-Württemberg ging es in den 5 Haupt-punkten um die Verdienstsicherung und den Kündigungsschutz für Kollegen ab 50 Jahren. Es ging darum, eine 140prozentige Absicherung beim Akkord für jeden Kollegen zu erreichen, es ging darum, die Mindesttaktzeiten an den Bändern auf 1,5 Minuten zu begrenzen

und die Mitbestimmung der Betriebs-räte bei der Festlegung der Band-geschwindigkeiten und der Einteilung an den Bändern zu erreichen und es ging 5. darum, im Akkord und an den Bän-dern Erholungszeiten von mindestens 6 Minuten pro Stunde zu erreichen. Man muß feststellen, daß alle Teilerfolge des Verhandlungsergebnisses auf der Basis der Schlichtung und nicht der ursprüng-lich gewerkschaftlichen Forderungen erreicht wurden und man muß deshalb um so schärfer bewerten, daß in eini-gen Kernpunkten das Verhandlungs-ergebnis noch unter der Schlichtung liegt. Bei der Verdienstsicherung und dem Kündigungsschutz einigte man sich in Höhe des Schlichtungsspruches bei 55 und 53 Jahren. Es wurde auch die etwas wachsweiße Formulierung des Kündigungsschutzes in der Frage der 1,5-Minuten-Taktzeiten übernommen, die lediglich von mehr Abwechslung spricht. Die Erholungszeit wurde mit 5 Minuten pro Stunde festgelegt und entspricht dabei fast der ursprüng-lichen Forderung. Auch die Mitbestim-mung an den Bändern wurde voll ver-wirklicht. Die größte Differenz zwischen

Forderung und erreichtem Ergebnis liegt bei der Akkordabsicherung. Hier wurde an Stelle einer 140prozentigen Absicherung für jeden einzelnen Kol-le-gen nur eine Sicherung des Betriebs-durchschnittes in Höhe von 125 Prozent erreicht. Das ist eindeutig zu wenig!

Heiner Blasenbrei: Wäre es möglich ge-wesen, durch die Mobilisierung aller Kollegen im ganzen Tarifbezirk noch mehr herauszuholen?

Heinz Hummler: Das Ergebnis ist also besonders in dem Punkt der Akkord-absicherung völlig unbefriedigend. Ein Ortsbevollmächtigter unseres Tarifge-bietes erklärte dazu, die Stuttgarter Formel läßt eben alles beim alten, weil nur der Betriebsdurchschnitt garantiert wird. Deshalb gibt es auch Kritik aus den Betrieben, die ihre Einbeziehung in den Streik gefordert hatten. Es gab mehrere Resolutionen aus verschiede-nen Betrieben, die die bisherigen Maß-nahmen der IG Metall nicht für aus-reichend hielten und ihre Einbeziehung in den Streik forderten. Diese Einbezie-hung in den Streik hätte zweifellos ein besseres Ergebnis gebracht. Die Kritik dieser Kollegen kam auch in der ab-schließenden Urabstimmung zum Aus-druck. Den Unternehmern wurde de-monstriert, daß die gewerkschaftliche Kampfkraft ungemindert ist und daß die Kollegen in der Lohnbewegung noch konsequenter die gewerkschaft-lichen Forderungen durchsetzen wer-

den. In diesem Zusammenhang kamen auch bereits die ersten Stimmen aus den Betrieben, die verlangten, daß bei der Festsetzung der Lohnforderungen alle dafür ausschlaggebenden Faktoren dafür Berücksichtigung finden. Das sind einmal die Preissteigerungen des letzten Jahres, das sind die weggesteuerten Beträge, die insbesondere die Arbeiter und Angestellten getroffen haben und das ist die Produktivitätssteigerung, die insgesamt 7 Prozent beträgt. Ausgehend von diesen Tatsachen meinen viele Kollegen, daß hierfür eine 18- bis 20prozentige Lohnerhöhung notwendig ist. Die Kollegen sind bereit, jetzt die ganze gewerkschaftliche Kampfkraft dafür einzusetzen, um auch hier die notwendigen Erfolge zu erreichen. Ergänzend zum Ergebnis der Lohnrahmentarifvertragsverhandlungen muß noch gesagt werden, daß einige Kernpunkte des Manteltarifvertrages gleichzeitig mit abgeschlossen werden konnten. Das sind insbesondere im Dreischichtbetrieb 30 Minuten bezahlte Pause pro Schicht, besondere Zulagen für Spätarbeit ab 12.00 Uhr mittags, Kündigungsfristen bis zu 2 Monaten, Bezahlung des Nettolohns bei Betriebsunfällen bis zur 78. Woche und die Bezahlung von Kontoführungsgebühren. Insgesamt kann man mit der Einschätzung der IG Metall übereinstimmen, wenn sie sagt, „wir brauchen jeden, um den begonnenen Kampf weiterzuführen. Denn über eines haben wir nicht die geringste Illusion, die Klassengesellschaft mit all ihren Widersprüchen besteht weiter auch nach unserem erfolgreichen Arbeitskampf.“

Heiner Blasenbrei: Die Metallunternehmer glaubten ja, für solche „abstrakten Dinge“ würden die Arbeiter nicht kämpfen. Kann man sagen, daß mit diesem Kampf um menschlichere Arbeitsbedingungen die Arbeiterkämpfe eine neue Qualität erreicht haben?

Heinz Hummler: Die Arbeitshetze und das Arbeitstempo in den Betrieben und die Bedingungen, unter denen die Kollegen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, haben sich in einer derartigen Weise entwickelt, daß nahezu allen Kollegen klar war, daß diese Entwicklung nicht länger so weitergehen kann. Auch wenn die Scharfmacher, Schleyer vom Daimler-Benz-Konzern und andere, behaupteten, die Metallbosse wären bereit, den Prozeß der Humanisierung in der Arbeitswelt voranzutreiben, erkannten viele Kollegen, daß das einfach nicht wahr ist. Sie erkannten, daß für die Unternehmer einzig und allein der Profit zählt und wollten darum ein Ergebnis, das ihre Interessen deutlich berücksichtigt. Die Behauptung der Metallbosse, der Streik führe zu weiteren Preissteigerungen, verfiel bei den Kollegen nicht. Das überwältigende Ergebnis der Urabstimmung mit fast 90 Prozent Ja-Stimmen zeigt, daß die gesamte Kraft der Metallarbeiter in Baden-Württemberg in diesem Streik und in diesem Lohnkampf zusammengefaßt war und



daß sich die Kollegen der Bedeutung dieses Kampfes auch bewußt waren. Bei diesem Streik zeigte sich vor allem, daß nach den Lohnkämpfen der Jahre 1963 und 1971 die Arbeiter ihre Klassenposi-

Telegramm des Dortmunder Meetings an die streikenden Metaller:

„Die 2000 Teilnehmer des Studentenmeetings des MSB SPARTAKUS in Dortmund senden Euch solidarische Grüße für Euren Kampf für bessere und menschlichere Arbeitsbedingungen. An der provokatorischen Haltung der Unternehmer wird erneut deutlich, daß sie nur sich selbst und ihre Profite meinen, wenn sie von ‚Lebensqualität‘ reden. Wir versichern Euch, daß wir dafür eintreten werden, daß die Studenten in der BRD heute und in den kommenden Tarifauseinandersetzungen nach ihren Kräften unterstützen werden.“

tion besser erkannt hatten, als das früher der Fall war. In diesem Tarifikampf ging es um mehr als nur um Lohn. Es ging um die Frage, unter welchen Bedingungen die Kollegen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen und welche Rechte sie dabei im Betrieb, am Arbeitsplatz erreichen können. Von der Bedeutung her ist dieser Streik insbesondere in der Frage der Erreichung

weiterer Rechte der Mitbestimmung ohne weiteres neben dem Streik der Metallarbeiter von Schleswig-Holstein im Jahre 1956 einzureihen, indem es gelang, nach 16 Wochen Streik die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle durchzusetzen.

Heiner Blasenbrei: Worauf ist die zunehmende Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse seit den Septemberstreiks 1969 zurückzuführen?

Heinz Hummler: Die zunehmende Steigerung der Profite, die ihre Ursache hat in einer verstärkten Ausbeutung, die immer stärkeren Belastungen insbesondere auch steuerlicher Art, die auf die Kollegen zukommen, haben die Erkenntnis bei den Arbeitern gestärkt, daß sie nur das bekommen, was sie sich selber erkämpfen. Dieser Kampf bringt sie zwangsläufig in einen Konflikt mit den Unternehmern, deren Streben nach Maximalprofiten gleichzeitig verbunden ist mit dem Bestreben, die Löhne so niedrig wie möglich zu halten. Aus diesem Grund, verbunden mit der permanenten Inflation in der Bundesrepublik, ist die Spannung in den Betrieben dermaßen gestiegen, daß die Kollegen immer wieder zu Maßnahmen des Arbeitskampfes der aktiven Aktionen zur Durchsetzung ihrer Forderungen greifen.

Heiner Blasenbrei: Haben in diesem Kampf auch politische Fragen eine Rolle gespielt, also z. B. die zunehmen-



Auch hier, bei der Arbeiterjugendkonferenz der DKP, an der am 20. Oktober in Frankfurt rund 600 junge Arbeiter teilnahmen, ging es um menschliche Arbeitsbedingungen. Die Konferenz verabschiedete vier Sofortprogramme, die den dringenden Forderungen der Arbeiterjugend gerecht werden. Ihre Kernaussagen:

- Zur Absicherung einer demokratischen Bildungsreform auf Kosten der Rüstung. Mitbestimmung durch demokratische Organisationen insbesondere der Gewerkschaften.
- Zu einer Berufsausbildung im Sinne der arbeitenden Menschen und der Jugend.
- Für einen wirksamen Kündigungsschutz für Jugendvertreter und Lehrlinge. Gegen die Unternehmerwillkür bei den Rausschmissen von Jugendvertretern.
- Für einen Jugendarbeitsschutz, bei dem Gewerkschaften und Arbeiterjugend mitbestimmen.

den Angriffe auf demokratische Rechte oder auch internationale Ereignisse, wie z. B. der faschistische Putsch in Chile?

Heinz Hummler: Trotzdem die Kollegen natürlich zuerst mit ihren unmittelbaren Problemen beschäftigt waren, kamen auf allen Versammlungen immer wieder Meinungen zum Ausdruck, die die Solidarität mit dem chilenischen Volk und die notwendige Unterstützung der Unidad Popular im Kampf gegen die Putschisten in Chile zum Ausdruck brachten. Auch die Angriffe auf demokratische Freiheiten, wie den bekannten sogenannten 2. Schießerlaß wurden in vielfältiger Form geäußert. So verfaßten z. B. die Vertrauensleute der Trafo-Union in Stuttgart eine Entschliebung, in der sie zum Ausdruck brachten, daß sie mit Empörung von dem neuen Erlass des Innenministers Schieß, der sich gegen die streikenden Arbeiter richtet, Kenntnis nehmen und daß sie gegen solche undemokratischen Rechts- und gesetzwidrigen Maßnahmen, wie polizeilicher Bspitzelung und Registrierung von spontanen Aktionen der Arbeiter protestieren. Sie stellten fest, daß die Erlasse des Innenministers Schieß mit den demokratischen Grundrechten unserer Verfassung unvereinbar sind. Das zeigt, in welchem Maße die Kollegen erkannt haben, inwieweit die CDU-Landesregierung und die Unternehmer Hand in Hand gegen die berechtigten Interessen der Kolleginnen und Kollegen zusammenarbeiten.

Heiner Blasenbrei: Bereits beim Metallarbeiterstreik 1971 haben sich Studenten mit dem Kampf der Metallarbeiter solidarisiert und kam es zu Begegnungen von Arbeitern und Studenten, wo die weitgehende Interessenidentität und die Notwendigkeit des gemeinsamen organisierten Kampfes festgestellt wurden. Gab es diesmal solche Kontakte, und wie hat die Unterstützung durch die Studenten ausgesehen?

Bernd Redweik: Diesmal haben Kommilitonen während des Streiks die Streikzeitungen der IG Metall an der Hochschule verteilt. Das war eine sehr notwendige und gute Aktion, um auch die Studenten über die inhaltliche Auseinandersetzung, über den Lohnrahmentarif zu informieren. Bei Gesprächen vor den schwerpunktmäßig bestreikten Betrieben in Stuttgart, zwischen Genossen des MSB SPARTAKUS und Streikposten konnten gerade, was die Frage der Bildung, der Fortbildung und besonders der Förderung von Arbeiterkindern bei der Weiterbildung angeht, sehr starke inhaltliche Übereinstimmung festgestellt werden. Wir verkauften täglich die UZ-Tageszeitung vor den Betrieben. Von Streiktag zu Streiktag stieg die Zahl der verkauften Exemplare.

Heiner Blasenbrei: Kann man sagen, daß die Studenten in ihrem Kampf für eine eigenständige Interessenvertretung für die materielle Absicherung des Studiums für demokratische Ausbildungs-

ziele gegen die zunehmende Unterordnung des Wissenschaftsbetriebs unter die Profitinteressen der Monopole von den Arbeitern lernen können?

Heinz Hummler: Die wichtigsten Voraussetzungen für die Erfolge der Arbeiter sind ihre Organisiertheit, ihr einheitliches und geschlossenes, ihr diszipliniertes Auftreten bei der Durchführung ihrer Auseinandersetzungen, insbesondere Lohn- und Streikkämpfen. Ich meine, daß diese Grundsätze auch für die Studenten gelten müssen, wenn sie erfolgreich ihre Interessen durchsetzen wollen. Das bedeutet also, daß die Studenten sich in ähnlicher Form organisieren wie die Arbeiter in den Betrieben. Die Arbeiter sind zum größten Teil gewerkschaftlich organisiert, für die Studenten kommt es darauf an, in den verfaßten Studentenschaften mehr als bisher ihre Interessenvertretung zu organisieren. Grundsätzlich halte ich es natürlich für notwendig, daß darüber hinaus alle Studenten in den Bereichen, in denen sie während ihrer Studienzeit und vor allen Dingen, in denen sie beabsichtigen, nach ihrer Studienzeit zu arbeiten, auch am Gewerkschaftsleben teilnehmen, d. h. Mitglieder der betreffenden Gewerkschaft sind.

Heiner Blasenbrei: Welches Interesse haben die Arbeiter an der Herstellung des Bündnisses zwischen fortschrittlichen Studenten und Arbeitern?

Heinz Hummler: In der Vergangenheit war es so, daß aus den Reihen der Studenten sich die Schicht rekrutierte, die in den Betrieben die Ausführungsorgane des Unternehmers waren. Heute erwarten die Arbeiter, daß einmal auch ihren Kindern die Möglichkeit gegeben wird, an Universitäten sich aus- und weiterbilden zu können und zum anderen, daß die an den Universitäten Ausgebildeten als ihre Mitstreiter in den Betrieben auftreten, d. h., daß diese ihr Wissen und ihre Erfahrung in die gemeinsame Interessenvertretung aller in abhängiger Arbeit Stehenden mitbringen.

Heiner Blasenbrei: Wie läßt sich nach Eurer Meinung das Bündnis zwischen Arbeitern und Studenten entwickeln und vertiefen? Vielleicht könnt Ihr auch ein paar praktische Hinweise geben, wie der Beitrag der Studenten zur Herstellung dieses Bündnisses aussehen kann?

Bernd Redweik: Einmal ist es notwendig, daß die demokratische Studentebewegung über die Problematik in den Betrieben informiert wird, zum anderen muß sie ihrerseits die Arbeiterbewegung über ihre Probleme und ihren Kampf informieren. Die Studenten müssen mit den Arbeitern darüber sprechen, welche Stellung sie selbst später im Betrieb einnehmen werden und wie ihr Verhältnis zur Arbeiterbewegung aussehen soll. Sie müssen daraus Schlußfolgerungen ziehen. Die Studenten können an ihrem Arbeitsplatz, an der Universität gegen arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Lehrinhalte vorgehen im gemeinsamen Bemühen mit den Organisationen der Arbeiterklasse.

internationales

Chile Solidarität

Alle Kräfte mobilisieren! Helft!

Gab es bisher noch Zweifel am Wert der UZ als Tageszeitung, so sind sie am 19. Oktober 1973 widerlegt worden. Als einzige Zeitung der BRD druckte sie an diesem Tag die bedeutsamste und richtungsweisende Erklärung der Kommunistischen Partel Chiles „Der Appell an das chilenische Volk“. Diese, vom illegalen Führungskollektiv nach Diskussionen mit dem Widerstand beschlossene Erklärung ist Analyse und Handlungsanweisung zugleich. Nüchtern, aber nicht defätistisch. Kritisch, aber auf die Praxis bezogen, nicht zum akademischen „Strategie“-Disput verleitend. Eine harte Abrechnung mit den Verrätern und ihren Hintermännern, aber keine nach rückwärts gerichtete Anklageschrift.

Die Analyse dient der Fixierung der Aufgaben. Denn darum geht es jetzt Gerade dabei beweist die KP ihre großen theoretischen und praktischen Fähigkeiten, die wichtigste Voraussetzungen für den Wahlsieg der UP, deren jahrelangen erfolgreichen Kampf und für das Erstarken der KP und ihres Jugendverbandes zu Massenorganisationen waren. In einer Situation, in der mancher geneigt sein mag, den Kreis der Freunde eng, den der Feinde weit zu fassen und vom eingeschlagenen Weg der breiten Einheit, der Aktions-einheit Abstriche zu machen, heißt es im Appell:

„Wir müssen mit dem Terror gegen das Volk Schluß machen und den Weg für neue revolutionäre Ziele frei machen. Hierzu ist zu dieser Stunde die breite Einheit des Volkes notwendig... Die Einheit, um die Freiheit des Volkes zurückzuerobern. Die Einheit, um wieder den Weg der revolutionären Veränderungen zu beschreiten. In dieser Einheit hat jeder Mann, jede Frau oder Jugendliche unseres Volkes einen Platz, gleich, ob er gestern gegen uns war, verwirrt durch die Propaganda der reaktionären Kräfte.“

Damit aber ist der nichtchilenischen Solidaritätsbewegung auch die richtige

Orientierung gegeben: Ihr Ziel muß es sein, die gleiche Breite zu entwickeln.

Die Qualität jeder Solidarität mit dem chilenischen Volk wird natürlich in der Höhe der materiellen Hilfe in erster Linie gemessen. Genauso wichtiger Maßstab ist, ob es im jeweiligen Land gelingt, in der Stadt, an der Uni, im Betrieb, alle potentiellen Kräfte für die Solidarität zu mobilisieren. Großartige Zeichen sind bereits gesetzt: Die regierende Arbeiterklasse in den sozialistischen Staaten hat ihre Betriebe und Unis zu Kampfstätten gegen die Junta gemacht. Nur wenige Stunden nach dem Putsch bekundeten über eine halbe Million DDR-Berliner ihre Kampfsolidarität mit dem chilenischen Volk. Die gegen den US-Imperialismus erfolgreichen Vietnamesen der Demokratischen Republik erklärten den 16. September zum Trauertag für Allende. Die Regierungen der Dominikanischen Republik, Argentiniens und anderer nichtsozialistischer lateinamerikanischer Staaten (Veränderung des Kräfteverhältnisses!) ordneten dreitägige Staatstrauer an. In Frankreich und Italien, wo die Aktions-einheit vor allem auch im gewerkschaftlichen Bereich auf proletarischer Klassenlinie schon weit fortgeschritten ist, wurde der Aufruf der Gewerkschaften zum Generalstreik befolgt. Millionen Cubaner demonstrierten mehrfach ihre Solidarität. Weltgewerkschaftsbund, demokratische Weltjugendorganisationen, Sozialistische Internationale, ja auch das Weltsekretariat der Internationalen Union Christlicher De-



mokraten verurteilten den Putsch und riefen zu Aktionen auf, peinlich für den Herrn Eduardo Frei und seine Kumpen, die wie ihre deutschen Wahlfinanziers der CDU-Freunde Ehrerbietung gegenüber der antihumanen Militärkamarilla offen heraustrompeteten.

Auch in der BRD sind Spontaneität, Breite, Vielzahl der örtlichen Solidaritätsaktivitäten, Phantasie der Aktionsformen hervorzuheben. Auch wenn bei den örtlichen Aktionen oft Antikommunismusbeschlüsse zu kurzfristiger Makulatur wurden, erwiesen sie wieder einmal ihren nicht nur für die Einheit der Arbeiter verhängnisvollen, sondern auch ihren solidaritätsverhindernden und damit unmenschlichen Charakter. Vor allem im Interesse der Chilenen kann Empörung und Enttäuschung darauf nicht der Ratgeber für die weitere Arbeit sein, sondern nur Zähigkeit und Geduld. Der Hinweis, daß sich wieder einmal die sozialdemokratische Führung als proimperialistisch entlarvt habe, darf nicht die ständige Konfrontation mit den Forderungen ersetzen, der Junta keinerlei diplomatische Unterstützung zukommen zu lassen, großzügiges Asyl den Chilenen hier zu gewähren, jede materielle Hilfe für die Junta einzustellen, in jeder Form die Junta zu boykottieren.

Der Kampf um diese Forderungen muß angesichts der Abhängigkeit der Junta, die keinerlei Massenbasis hat, vom US- und westdeutschen Imperialismus auf allen Ebenen mit allen Mitteln geführt werden.

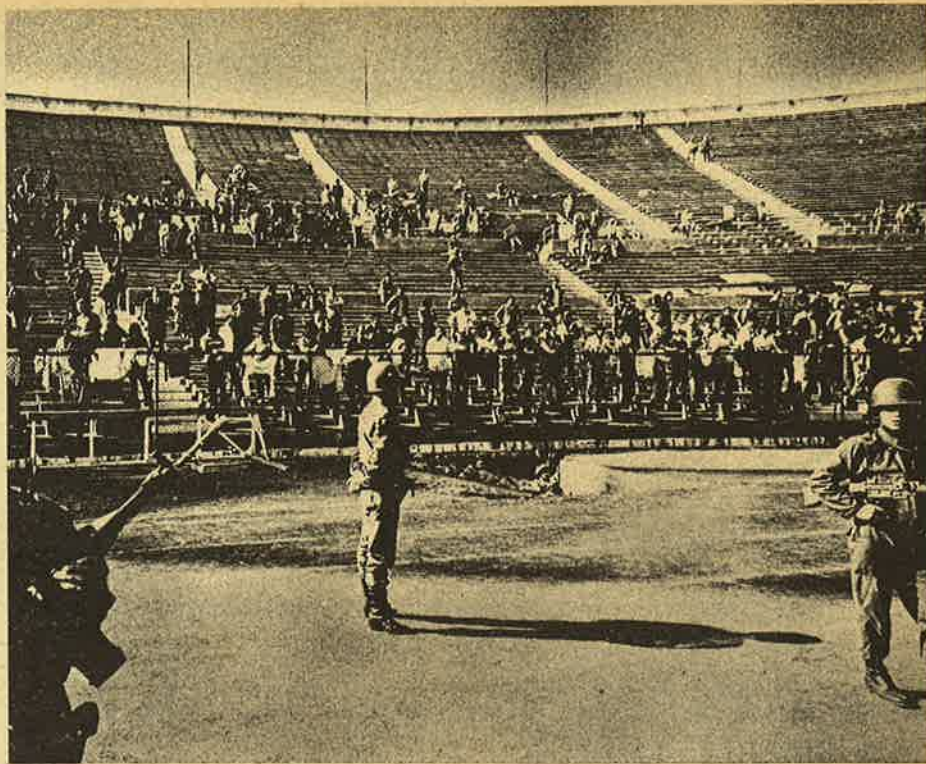
Die besondere Verpflichtung der Deutschen zur Solidarität muß herausgestellt werden. Denn die Verbrechen, die gerade Deutsche und Deutsch-Chilenen begangen haben, ihr Beitrag zum Sturz der Regierung Allende sind derart bedeutsam, daß sich daraus für alle, die Nation nicht mit Nazismus identifizieren, Solidarität mit Chile gebietet.

Die Solidarität ist keine rein kommunistische, keine rein sozialistische Angelegenheit, so wenig die UP eine rein kommunistische, eine rein sozialistische Regierung war — es war die Regierung, die die Organisationen und die Schichten des Volkes repräsentierte.

Diese notwendige Breite der Solidarität hat die Mainzer Konferenz, vom Antiimperialistischen Solidaritätskomitee einberufen, in ihrem Appell in die politische Form gegossen. Der verabschiedete Aktionskatalog weist die Möglichkeiten der Umsetzung.

Die Haltung zum Terror, zum Putsch in Chile ist die Scheidelinie — zwischen Demokrat und Antidemokrat, zwischen Moral und Verkommenheit. Noch ist nicht jedem das klar. Noch fühlt sich nicht jeder damit konfrontiert. Helfen wir dabei. Auch zu unserem eigenen Nutzen, zum Nutzen der Demokraten und Antiimperialisten hier.

Herbert Lederer



Ein Brief aus Santiago

Er wurde Anfang Oktober geschrieben. Wir erhielten ihn auf Umwegen. Er ist ein Dokument, das für sich spricht. Wir mußten viele Passagen auslassen, um die Genossen, die ihn geschrieben haben, nicht zu gefährden.

Der Brief sollte jeden Studenten veranlassen, die Solidarität mit Chile zur eigenen Sache zu machen.

„Liebe ...

Zuallererst: Wir sind gesund, wohl- auf und noch frei. Ich will Euch schon so lange schreiben, weiß ja, wie ungeduldig Ihr auf Nachrichten wartet, und vielleicht habt Ihr auch, nicht zu Unrecht, um unser Leben gebangt. Wie gesagt, schreiben wollte ich schon lange, aber jedesmal wenn ich mich hinsetze, kommt mir so vieles in den Sinn, daß ich nicht weiß, wo anfangen, und diesen Wahnsinn in Worte zu fassen, ist nicht leicht. Wenn ich morgens aufwache, denke ich manchmal, vielleicht ist alles nur ein Alptraum gewesen. Aber leider ist es reine Wirklichkeit, reinster, brutalster Faschismus, Terror, Unterdrückung, Verfolgung... Die ersten Tage und Wochen ging es hauptsächlich darum, sich selbst in Sicherheit zu bringen, d. h. Papiere verbrennen, Bücher verstecken und vergraben, und wenn man damit einmal anfängt, merkt man, daß einfach alles, was einen so umgibt, mit der Weltanschauung zusammenhängt, die man vertritt, Bücher, Notizen, Bilder, Anstecker, Kleidung, Platten etc. und zum anderen ging es natürlich auch darum, wieder Kontakt aufzunehmen, den Apparat wieder 'inganzzusetzen'... Wir haben wohl diese Schlacht, aber noch nicht den Krieg verloren. Nun also zu den Tatsachen. Der Putsch war anscheinend für den 17. 9. vorgesehen, worauf wir einigermaßen vorbereitet waren, was dann aber auf den 11. vorverlegt wurde, womit sie uns ziemlich über- rumpelt haben. Dennoch aber wurde überall heldenhafter Widerstand geleistet und besonders in den ersten Tagen hat es Tausende von Toten gegeben, Zivilisten und auch Uniformierte. Daß sie unseren Präsidenten

ermordet haben, darüber hegt Ihr ja wohl keinen Zweifel. Auch in unserem... Wohnviertel wurde nächtelang geschossen, und noch heute überfliegen uns andauernd Helikopter. Obwohl sie immerfort sagen, daß die Situation normal ist, daß sie alles unter Kontrolle haben, daß die Wirklichkeit doch etwas anders aus. Die Militärs sind alle bis auf die Zähne bewaffnet, sie tragen eine farbige Armbinde, die täglich gewechselt wird (sie behaupten, weil einige kriminelle Extremisten Uniformen gestohlen haben), außerdem werden ständig Hausdurchsuchungen gemacht, und nicht nur das, sondern ganze Wohnviertel werden nach Waffen und 'Extremisten' durchsucht und durchwühlt. Es folgt eine Umschreibung dafür, daß es den Faschisten nicht gelungen ist, die Parteien der UP zu zerschlagen, trotz der Festnahme von Corvalan. „Der Kontakt ist überall hergestellt, und nach den ersten heroischen Tagen wurde ein taktischer Rückzug angeordnet, in Übereinstimmung aller politischen Kräfte und jetzt heißt es Reorganisation, kleinere Aktionen auf 'Nummer sicher' und Vorbereitung...

Ja, und was ist nun in diesen Wochen hier über die Bühne gelaufen? Vielleicht oder sicherlich, habt Ihr sogar mehr Informationen als wir selber, aber ein Augenzeugenbericht macht das vielleicht anschaulicher. Mir selbst geht das ja so, wieviele Bücher habe ich über Faschismus gelesen, aber beim Bücherlesen klopft einem nicht das Herz, wenn jemand an die Haustür klopft... Zunächst also die Tatsachen. Alle fortschrittlichen Radios und Zeitungen wurden geschlossen. Alle fortschrittlichen Parteien wurden verboten. Die Nationale Partei und die CDP (die Christdemokraten, rb) wurden zunächst sozusagen auf Ferien geschickt. Wobei die Nationalen sehr gut dabei wegkommen, vor allem die Vertreter der Großbourgeoisie von der Junta herangezogen, die Christdemokraten aber völlig übergangen werden. Einige von ihnen wurden sogar festgenommen, andere — hauptsächlich Gewerkschafter — umgebracht, diese also Opfer ihres eige-

nen Bumerangs wurden. Das Parlament wurde aufgelöst, die Verfassung für nichtig erklärt, die Bürgermeister und alle Stadträte ihres Amtes enthoben. Von den Regierungsfunktionären natürlich ganz zu schweigen, sie werden alle mindestens der Kollaboration mit der marxistischen Regierung angeklagt, verfolgt, gesucht und verfolgt und der Militärjustiz gemäß bestraft. Erschießungen stehen an der Tagesordnung. So haben sie z. B. Viktor Jarra, ein bekannter Folklorist, im Fußballstadion, wo über 6000 Gefangene sind, erschossen, weil er gesungen hat.¹⁾ ... Auch die Universitäten wurden nicht verschont. Alle Rektoren wurden ihres Amtes enthoben, alle außer dem Rektor der Technischen Universität, von dem übrigens niemand mit Sicherheit weiß, wo er ist, man vermutet, daß er auf irgendeiner Insel gefangen gehalten wird, sind christdemokratisch oder national und dafür wurden überall Militärs ernannt. Alle Unis sind bisher noch geschlossen, nirgends wird gearbeitet. Dann auf dem Gebiet der Repression haben wir die Hausdurchsuchungen und massiven Entlassungen. Alles, was nach Fortschritt riecht, wird auf der Straße verbrannt, und was nicht niet- und nagelfest ist, lassen sie mitgehen. Dabei wollen sie den Eindruck des ehrlichen, aufrechten Soldaten erwecken, der gekommen ist, um die Moral wiederherzustellen. Die Entlassungen gehen in die Tausende, überall, in den Fabriken, Universitäten und staatlichen Institutionen. In dem Kupferbergwerk El Teniente sollen von etwas über 4000 Arbeitern 1300 entlassen worden sein. Dem ganzen setzen sie die Krone auf, indem sie freie Preispolitik einführen und gleichzeitig die Löhne und Gehälter einfrieren etc. ... Ein weiteres ihrer Glanzstücke ist, daß sie den Jungens die langen Haare abschneiden und den Mädchen die Hosen auf Kniehöhe! Sie haben in diesen drei Wochen mehr getan als die brasilianischen Gorillas in Jahren, aber je mehr Mist sie bauen, um so breiter wird unsere Bewegung und desto schneller werden wir sie zum Teufel jagen...

Dank unserer Radios wissen wir, daß die Solidarität in der ganzen Welt groß ist und wir brauchen sie mehr denn je. Und noch was, seid gewiß, daß das chilenische Volk nicht ruhen wird, bis es seine Freiheit und Unabhängigkeit wiederer kämpft hat... Freundschaft...

PS: Eben hörten wir im Radio, daß in Temuco in der Technischen Universität 600 Studenten vom Studium ausgeschlossen wurden. Im ganzen studieren dort wohl nicht über 1500 Studenten."

¹⁾ Ein sowjetischer Korrespondent berichtet aus sicheren Quellen, erst habe man Jarra, als er zur Gitarre gesungen hat und die KZ-Gefangenen mitsangen, im Estadio Nacional die Hände abgehakt; er habe mit schwacher Stimme weitergesungen, worauf ihm die Soldateska den Schädel zertrümmerte, ihn mit Kugeln durchsiebte und dann zur Abschreckung die Leiche vor den anderen Gefangenen aufhängte.

Die Junta übertrifft die Machthaber Brasiliens und Griechenlands

Keine akademische Diskussion! — Jede gespendete Mark geht an die Unidad Popular — Das geeinte Volk wird über die Faschisten siegen. Das Komitee Hamburger Jugendverbände zu den X. Weltfestspielen sprach am 6. Oktober im Gewerkschaftshaus Hamburg mit einem Vertreter der Unidad Popular, dem Genossen Banchemo, Mitglied des ZK der KP Chiles. Im Mittelpunkt standen Fragen zu den Kampfbedingungen des chilenischen Volks unter der faschistischen Diktatur und zum Stand der Solidaritätsbewegung in der BRD. Wir geben Teile des Gesprächs wieder:

Frage: Genosse Banchemo, die faschistische Militärjunta in Chile hat gedroht, die Unidad Popular „wie ein Krebsgeschwür auszurotten“. Aber sie droht nicht nur. Tausende sind verhaftet worden, gefoltert und ermordet. KZ werden eingerichtet, Bücher verbrannt. Man spricht davon, daß Patrioten auf Schiffe gebracht und auf hoher See ins Meer geworfen werden. Die Generäle haben den Terror erheblich verschärft; bedeutet das, daß sie unsicher geworden sind?

Gen. Banchemo: In Chile herrscht das Gesetz des Dschungels. Die Junta hat selbst den Terror der schwarzen Generäle Griechenlands, Indonesiens und Brasiliens übertroffen. Sie wendet schwere Artillerie und Raketen an bei der Bombardierung der Fabriken und der Niederschlagung der Arbeiter. Zugleich setzt sie Napalm gegen die Bevölkerung ein, die Widerstand leitet.

Die Junta hat viele Probleme. Sie kann die Probleme nicht lösen ohne die Unterstützung der Arbeiter und der Jugend. Mit dieser Unterstützung aber kann die Junta nicht rechnen.

Alle Parteien, alle Gewerkschaften und Jugendorganisationen sind verboten, die Universitäten sind geschlossen worden. Die Organisationen der UP aber werden sich nicht auflösen. Sie setzen ihren Kampf unter illegalen Bedingungen fort, sie reorganisieren die Volkskräfte, um die Niederlage der Junta herbeizuführen und die Errungenschaften des Volkes zurückzuerobern. Die chilenischen Kommunisten stehen in diesem patriotischen Kampf in der vorersten Reihe.

Die brutalen Aktionen waren aber nicht nur gegen die UP gerichtet, sondern

auch gegen viele Menschen in den Oppositionsparteien, so daß gegenwärtig die Trennungslinie nicht zwischen der UP und ihren Gegnern verläuft, sondern zwischen den Faschisten und der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung. Es geht jetzt darum, diese Mehrheit in eine kämpferische Kraft zu verwandeln, alles Sektierertum beiseite zu lassen und die Junta zu vernichten.

Frage: Der US-amerikanische Außenminister hat jede Unterstützung der Putschisten abgestritten. Ist der US-Imperialismus wirklich so unbeteiligt an den Ereignissen in Chile?

Gen. Banchemo: Der nordamerikanische Imperialismus ist tief in die Ereignisse in Chile verwickelt. In Zusammenarbeit mit den reaktionärsten Kräften in Chile hat er während der dreijährigen Regierungszeit der UP ein Komplott vorbereitet. Dies alles geschah nach dem Plan „Centaurus“. Es gab eine Spezialgruppe, die dem Nationalen Sicherheitsrat der USA unterstellt war und sich ausschließlich mit Chile befaßte. Unmittelbar engagiert waren die multinationalen Konzerne. Z. B. die Kennecott Comp — der vormalige Besitzer der wichtigsten Kupferminen. Von ihr wurden die Sabotageakte und die weltweiten Kupferembargos organisiert.

Ich habe gehört, daß die Hamburger Hafenarbeiter die Entladung der Schiffe verweigert haben. Sie haben eine würdige Haltung bewiesen. Die Monopole haben enorme Summen aufgewendet, um die UP zu stürzen. Sie haben alle subversiven Aktivitäten finanziert. Die Lastwagenbesitzer erhielten während ihres „Streiks“ mehr Geld als sie sonst verdienten — aus nordamerikanischen Kassen.



Es ist absolut sicher, daß dies ein Staatsstreich war, der vom US-Imperialismus organisiert und finanziert wurde.

Frage: Wie beurteilst Du die Haltung der Bundesregierung?

Gen. Banchemo: Für uns ist die Unterstützung durch Regierungen anderer Länder außerordentlich wichtig. Viele Regierungen haben heftige Kritik an der Junta geäußert, andere Regierungen schweigen. Sie unterstützen damit das, was in Chile vor sich geht. Ich bin ein ausländischer Gast und mir steht es nicht zu, über die Politik dieser Regierung zu urteilen, das ist Eure Aufgabe. Uns interessiert in erster Linie die Haltung der Völker, das ist das wichtige. Was denkt die Arbeiterklasse, was denken die Studenten? Natürlich, wenn sich die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik eindeutig gegen die Faschisten in Chile ausspricht und demonstriert, dann wird die Regierung gezwungen



sein, diese Meinung in Rechnung zu stellen. Das ist also ein Problem der demokratischen Kräfte dieses Landes.

Frage: Die Bundesregierung will ihre „Entwicklungshilfe“ auch in der jetzigen Situation auf jeden Fall weiterführen mit der Begründung, daß diese Hilfe dem chilenischen Volk zugute käme.

Gen. Banhero: In keiner Weise könnte das eine Hilfe für das chilenische Volk sein. Jedwede Unterstützung für eine Regierung, die sich aus Mördern zusammensetzt, kann niemals Hilfe für das Volk sein.

Frage: Einige Gruppen in der BRD diskutieren in erster Linie über die Formen des Kampfes in Chile. Sie werfen der UP vor, sie habe die Arbeiter nicht rechtzeitig bewaffnet.

Gen. Banhero: Die chilenische Arbeiterklasse war darauf vorbereitet, einem

Staatsstreich entgegenzutreten. Sie ging davon aus, daß ein Teil der Armee sich an die Seite der legitimen Regierung stellen würde. Aber das ist nicht der Fall gewesen. Es gab zwar Aktionen einzelner Gruppen der Armee, die für die Regierung der UP waren, aber sie wurden isoliert und niedergeschlagen. Die Arbeiter haben sich unter ungünstigen Bedingungen verteidigt. Man muß berücksichtigen, daß nicht alle Angehörigen der Armee Faschisten sind. Gegenwärtig gehorchen sie, unter dem Druck des Terrors und der ständigen Bedrohung. In den Streitkräften wird sich ein Differenzierungsprozeß entwickeln und unsere Propaganda wird darauf Einfluß nehmen.

Es ist notwendig, eine tiefe und ernsthafte Analyse vorzunehmen durch die Parteien der Unidad Popular, insbesondere durch die Kommunistische Partei.

Diese notwendige Diskussion muß mit kühlem Kopf geführt werden. Sie muß darauf gerichtet sein, begangene Fehler aufzudecken, um sie im Verlauf des Kampfes zu korrigieren.

Das chilenische Volk und seine politischen Führer werden darüber entscheiden, welche Kampfformen — einschließlich des bewaffneten Kampfes — angewendet werden. Dafür ist allein das chilenische Volk zuständig.

Wir rufen zur Wachsamkeit auf gegenüber der Gefahr akademischer Diskussionen, die das wichtigste, die Verbreiterung der Solidaritätsbewegung, an die zweite Stelle setzt. Die politisch-ideologische Diskussion darf in keinem Fall die Solidarität beeinträchtigen.

Frage: Der DGB hat Stellung genommen. Er hat die Terrormaßnahmen der Junta verurteilt und in einem Telegramm an die Faschisten Informationen über den Verbleib der Gewerkschafter und deren sofortige Freilassung verlangt. In welcher Weise kann nun materielle Hilfe geleistet werden und wie gelangt die an die richtigen Stellen in Chile?

Gen. Banhero: In vielen Ländern wird die materielle Hilfe schon organisiert. Es besteht die Absicht, an einer einzigen Stelle in einem westeuropäischen Land ein zentrales Konto einzurichten, auf dem alle Gelder gesammelt werden können.

Eins ist klar: Alle Hilfe, die es gibt, wird nach Chile gehen. Wir wollen, daß auch nicht eine Mark für die Solidaritätsbewegung selbst verbraucht wird. Es muß alles nach Chile!

Frage: Die Solidaritätsbewegung für Chile wird immer größer. Was sind die nächsten Aufgaben?

Gen. Banhero: In diesem Moment sind die fortschrittlichen Kräfte in der Welt, alle Menschen guten Herzens an der Seite des chilenischen Volkes. Sie fordern:

- die sofortige Beendigung des Terrors,
- die Achtung vor dem Leben der Patrioten,
- die Achtung des Lebens von Luis Corvalan, dem Generalsekretär der KP Chiles, sowie vieler anderer Führer der UP,
- die sofortige Freilassung Tausender von Gefangenen.

Wir sind sehr beeindruckt von der großen Solidarität der Jugend der BRD, die unter schwierigen Bedingungen große Kundgebungen veranstaltet hat und wir haben großes Vertrauen, daß sie diese Unterstützung fortsetzen wird.

Als Patrioten sind wir gleichzeitig Internationalisten und wir hoffen, daß die chilenischen Ereignisse dazu beitragen, die demokratischen Kräfte in diesem Land zu einen, um zu solchen Ergebnissen zu kommen, die der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik eine echte Hilfe bedeuten.

(Die Übersetzung besorgte Ernst Buschmann, Kommandeur der Edgar-André-Brigade im spanischen Bürgerkrieg und Mitarbeiter beim PV der DKP.)



Der faschistische Terror an den Hochschulen Chiles

Die Solidarität mit dem chilenischen Volk ist weltweit, die Verurteilung der faschistischen Junta millionenfach. Koordiniert mit den Jugend- und Studentenorganisationen auf der ganzen Welt riefen die studentischen Dachverbände Europas in Prag auf, dem Sitz des Internationalen Studentenbunds (IUS), jede Hochschule zum Zentrum der Chile-Solidarität zu machen.

Alle Fakultäten der Soziologie, der Pädagogik, des Journalismus in ganz Chile sind geschlossen. Alle technischen Fakultäten, die mit dem Gewerkschaftsverband CUT zusammenarbeiteten, sind geschlossen. Alle Studentenorganisationen wurden verboten. Alle Rektoren des Landes wurden durch Militärs ersetzt. Alle marxistischen und demokratischen Lehrinhalte wurden ausgemerzt. Fortschrittliche Lehrer und Professoren unterliegen einem Berufsverbot. Alle Examina und akademischen Grade aus den letzten drei Jahren wurden annulliert. Der Studentenfürher Enrique Boris wurde durch Folter getötet. Der Direktor der Technischen Universität von Santiago, Enrique Kirberg, wird auf der Insel Dawson gefangengehalten und gefoltert.

100 000 Briefe nach Chile

Eine Kampagne „100 000 Briefe an die chilenischen Patrioten“ führt gegenwärtig der vds im Rahmen einer weltweiten Aktion durch. Die Briefe, die vom vds mit Adressen versehen an den Hochschulen ausgegeben werden, werden von den Studenten der Bundesrepublik unterzeichnet und helfen so, die Informationssperre der Junta zu durchbrechen und bekunden den chilenischen Demokraten internationale Solidarität.



Appell von Gladys Marin

Entgegen ursprünglichen Befürchtungen ist Gladys Marin, Generalsekretärin des chilenischen kommunistischen Jugendverbandes und Mitglied des Politbüros der KP Chiles, nicht tot. Mitte Oktober gab sie einer mexikanischen Zeitung ein Interview, in dem sie unter anderem mitteilte, daß die Bomben, die die Faschisten auf den Präsidentenpalast „La Moneda“ abwarfen, eindeutig als US-amerikanisches Fabrikat identifiziert wurden. Am 22. Oktober veröffentlichte die „Humanité“ einen Appell von Gladys Marin:

„Eine neue Phase im Kampf um unsere Freiheit beginnt. Eine weltumspannende patriotische Einheit gegen die Diktatur. Die Organisierung der Massen, der Widerstand der Massen, der Kampf der Massen. Das ist unsere neue Lösung“, stellt Gladys Marin fest.

Die gegenwärtige Situation in Chile habe bewirkt, betont sie, „daß sich die christlichen Demokraten in den Kampf gegen die Diktatur einreihen. Unsere Aufgabe ist, alle Menschen, die die faschistische Militärdiktatur ablehnen, einzubeziehen. Das Volk sammelt seine Kräfte und organisiert sich.“

Gladys Marin ruft zur Stärkung der internationalen Solidarität auf: „Die Junta muß isoliert werden. Sie spürt das Gewicht der internationalen Isolierung. Wir, die wir leiden und gegen die Diktatur kämpfen, wir fordern Euch auf, die Bemühungen der internationalen Solidarität noch zu verstärken. Jetzt, sofort. Wir müssen das Leben von Luis Corvalan retten. Osiel Nunez, der Vorsitzende der Studentenföderation der Technischen Universität, ist seit dem 11. September eingekerkert. Wir wissen nicht, was aus ihm geworden ist, und wir fürchten um sein Leben.“

„Das Echo des X. Festivals der Jugend und Studenten in Berlin tönt noch in unseren Herzen. Wir sind mit einer Botschaft Pablo Nerudas nach Berlin gekommen. Neruda ist tot, aber seine Worte mahnen stärker als zuvor: Jugend der Welt, Eure Solidarität ist das Brot und das Wasser, das mein Land braucht.“



„Mit revolutionärem Enthusiasmus ...“

Auszüge aus der Rede des Ministerpräsidenten der Demokratischen Republik Vietnam und Mitglied des Politbüros der Partei der Werktätigen Vietnams, Pham Van Dong, auf einer Freundschaftskundgebung in der DDR-Hauptstadt Berlin.

Am 29. März dieses Jahres zog die letzte Einheit der amerikanischen Aggressionsarmee aus Südvietnam ab, die Besetzung des Territoriums Vietnams durch ausländische Truppen wurde dadurch beendet. Dies ist ein großartiger Sieg, der unserem Volk günstige Voraussetzungen und aussichtsreiche Perspektiven für die Fortsetzung des Kampfes um die Erhaltung und Festigung des Friedens, den sozialistischen Aufbau in Nordvietnam, um die Vervollendung der nationalen Unabhängigkeit und Demokratie in Südvietnam und die friedliche Wiedervereinigung des Vaterlandes schafft.

Jeder weiß, daß die Regierung der DRV und die Regierung der RSV das Pariser Vietnam-Abkommen immer konsequent respektieren und strikt einhalten. Währenddessen verletzen die USA und die Saigoner Administration systematisch und auf grobe Weise eine ganze Reihe von wichtigen Bestimmungen dieses Abkommens. Die tiefen Hintergründe sowie die unmittelbaren Ursachen dieser Verletzungen gegen das Abkommen bestehen darin, daß die USA trotz ihrer unablässigen und schwerwiegenden Niederlagen immer noch versuchen, die Nixon-Doktrin durchzusetzen, der südvietnamesischen Bevölkerung den amerikanischen Neokolonialismus aufzuzwingen und bestrebt sind, die Spaltung unseres Vaterlandes zu verewigen. Um solche Ambitionen zu verwirklichen, bedienen sie sich nach wie vor der Saigoner Administration, einer militaristischen und faschistischen Clique, die weiterhin amerikanische Schützenhilfe erhält und zu Verletzungen gegen das Pariser Vietnam-Abkommen ermuntert wird. Angesichts dieser Situation tritt die Regierung der RSV immer deutlicher hervor als die einzig wahrhaftige Vertreterin der südvietnamesischen Bevölkerung.

Das vietnamesische Volk begrüßt herzlich die großen Siege des laotischen Volkes und die Unterzeichnung des Protokolls zum Vientianer Abkommen über die Wiederherstellung des Friedens und die Verwirklichung der nationalen Eintracht in Laos. Unser Volk unterstützt entschlossen den gerechten Kampf des laotischen Volkes für ein friedliches, unabhängiges, demokratisches, einheitliches und blühendes Laos.

Das vietnamesische Volk begrüßt herzlich die großen Siege des kambodschanischen Volkes und unterstützt vorbehaltlos seinen gerechten Kampf gegen die USA-Imperialisten und die Lon-Nol-Clique mit dem Ziel, ein unabhängiges, souveränes, friedliches, neutrales, demokratisches und blühendes Kambodscha auf seinem Territorium aufzubauen.

Mit großer Sympathie verfolgt das vietnamesische Volk die mutige Tat der patriotischen Studenten und des Volkes Thailands, der brutalen Herrschaft der Militarclique Thanom Kittichardkorn—Prapas Charusathien einen betäubenden Schlag zu versetzen.

Der machtvolle Aufstand der Bevölkerung Thailands gegen die Militaristen, gegen die amerikanischen Interventionen und gegen die Errichtung der militärischen Stützpunkte auf dem Territorium Thailands kennzeichnet einen neuen Schritt der nationalen Befreiungsbewegung in Südostasien.



Wir verurteilen aufs schärfste den militaristischen Putsch gegen die verfassungs- und rechtmäßige Regierung des Präsidenten Salvador Allende. Wir fordern energisch von der faschistischen Clique in Chile die sofortige Einstellung des grausamen Terrors und die sofortige Freilassung des Generalsekretärs der KP Chiles, Genossen Luis Corvalan, sowie anderer chilenischer Patrioten.

Elne breite Solidaritätsbewegung zur Unterstützung des Kampfes des chilenischen

Uribe dementiert

Peking (ADN). „Ich habe meinen Rücktritt vom Posten des Botschafters der Republik Chile in der VR China nicht eingereicht und verlasse China nicht auf eigenen Wunsch“. Mit diesen Worten dementierte Armando Uribe vor seiner Abreise in Peking in Umlauf gesetzte Gerüchte, wonach er sich selbst entschlossen habe, aus China abzureisen. Die chinesischen Behörden hatten bekanntlich einen Vertreter der faschistischen Junta de facto als neuen Botschafter Chiles in Peking anerkannt.

Volk gegen die USA-Imperialisten entfaltet sich machtvoll unter den Völkern Lateinamerikas und der ganzen Welt.

Mit aller Entschiedenheit fordert das vietnamesische Volk von den israelischen Aggressoren den sofortigen Abzug ihrer Truppen aus sämtlichen arabischen Gebieten, die sie völkerrechtswidrig besetzt haben. Wir unterstützen entschlossen den gerechten Kampf der arabischen Völker für Unabhängigkeit, Souveränität, territoriale Integrität, für die legitimen nationalen Rechte des Volkes von Palästina und für den Frieden im Nahen Osten. Das vietnamesische Volk ist fest davon überzeugt, daß die arabischen Völker, die früher eine blühende Kultur geschaffen und zur Zivilisation der Menschheit unzählige Beiträge geleistet haben, die gegenwärtig Eigentümer eines in vieler Hinsicht wichtigen Territoriums sind, beflügelt vom Patriotismus und vom Willen der Unabhängigkeit, sich zusammenschließen, beharrlich kämpfen und mit Gewißheit den endgültigen Sieg davontragen werden.

Wir werden niemals die beeindruckende Bewegung in der DDR zur Solidarität mit Vietnam vergessen, jene starke, kontinuierliche Bewegung, die sich in mannigfaltigen einzigartigen Formen entwickelt, an der sich breite Bevölkerungsschichten mit revolutionärem Enthusiasmus und mit ihrem ganzen Herzen beteiligen. Das Volk der DDR teilte gemeinsam mit unserem Volk seine Freude über den Abschluß des Pariser Vietnam-Abkommens. Zur Zeit verstärkt das Volk der DDR seine Solidarität mit Vietnam. Das ist die tiefgreifendste und breiteste Volksbewegung zur Unterstützung des vietnamesischen Volkes in der neuen Etappe seines glorreichen revolutionären Kampfes.

Der Beschluß des Politbüros des ZK der SED, nach dem alle für Vietnam während der Kriegsjahre geleisteten Kredite und Leistungen als unentgeltliche Hilfe betrachtet werden, sowie die eben abgeschlossenen Abkommen über die wirtschaftliche und militärische Hilfe der DDR für die DRV im Jahr 1974 bringen erneut die erhabene Solidarität der DDR mit Vietnam zum Ausdruck.

Die Entstehung der DDR ist ein Ereignis von großer Bedeutung nicht nur für das Volk der DDR, sondern auch für die Völker in Europa und in der Welt: Denn es ist der erste deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat, der die Politik des Friedens und der Völkerfreundschaft betreibt und sich seinem Wesen nach vom früheren deutschen Monopolstaat, der innerhalb weniger Jahrzehnte die Welt zweimal in den Krieg gestürzt und den Völkern in Europa und in der Welt soviel Unheil gebracht hatte, völlig unterscheidet.

Die Deutsche Demokratische Republik ist heute die Verwirklichung der Träume zahlreicher Generationen, der hervorragenden Söhne und Töchter der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes, die ihr Leben für das höchste Ideal der Menschheit hingaben: das Ideal des Sozialismus und des Kommunismus!

Erschütternde Tondokumente, die den in Chile wütenden Faschismus entlarven, sind in den Besitz des Rundfunks der DDR gekommen und werden heute gesendet. Ein mexikanischer Reporter erlebte im Leichenschauhaus von Santiago eine halbe Stunde lang, was seit einem Monat dort tagtäglich 24 Stunden geschieht: Überlebende der Massaker suchen und finden ihre gemeuchelten Angehörigen.

Sendezelten sind 16 Uhr Radio DDR, 17 Uhr Stimme der DDR, 21.40 Uhr Berliner Rundfunk.

Aggressor Israel

Ein Stück Geschichte des Imperialismus

Als am 6. Oktober 1973 zum vierten Male innerhalb der letzten 25 Jahre ein Krieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten entflammte, schwelgten die Herrschenden in der BRD und ihre Medien in begeisterter Vorfreude über einen neuen israelischen „Blitzkrieg“ und griffen begierig die Legende Tel Aviv vom „existenzbedrohten Israel“, von der angeblichen „arabischen Aggression“ auf.

Die Kernfrage lautet: Wer ist in Wahrheit Aggressor, wer Opfer des Nahostkonflikts?

Dieser Frage auf den Grund gehen, heißt, die Ursachen und Wurzeln des Konflikts aufdecken, heißt, die Geschichte vor und um die Konstituierung des Staates Israel, heißt, die Entwicklung des „Weder-Krieg-noch-Frieden“-Zustandes in dieser Region seit Mitte der 40er Jahre zu berücksichtigen. Die Gralshüter des „freien Westens“ scheuen gerade dies wie der Teufel das Weihwasser.

Für die grobe Einschätzung der jüngsten Ereignisse mag es hinreichen, einen kurzen Blick auf die markantesten Ereignisse der Jahre 1956, 1967 und danach zu werfen.¹⁾

Die herrschenden Kreise Israels eröffneten 1956 im Bunde mit den imperialistischen Mächten Frankreich, Großbritannien einen Aggressionskrieg gegen das nationalrevolutionäre Ägypten, das soeben die Nationalisierung des Suezkanals verfügt hatte. 1967 entfesselte Israel einen nachweislich²⁾ langfristig geplanten, durch US-amerikanische und westdeutsche Waffenlieferungen gestützten Stellvertreterkrieg gegen die arabischen Nachbarstaaten, einen „Blitzkrieg“, der primär auf den Sturz der progressiven Regimes in Ägypten und

Syrien zielte. Die israelischen Expansionsziele korrespondierten in beiden Fällen unverhohlen mit der von den Erdölinteressen diktierten imperialistischen Strategie der Absicherung ihrer schwindenden neokolonialistischen Profitfründe und Herrschaftspositionen, mit der stellvertretenden Zerschlagung antiimperialistischer und sozialrevolutionärer Entwicklungsprozesse, mit der Zerstörung des Bündnisses der progressiven arabischen Staaten und Befreiungsorganisationen mit den sozialistischen Ländern.

Millionenfache Vertreibung

Mit dem 1967er Raub von fast 70 000 qkm arabischen Territoriums, mit der millionenfachen Vertreibung bzw. Liquidierung der palästinensischen Araber (Vertriebene: von 2,5 Mill. Palästinensern seit 1947: 1,5 Mill.), mit permanenten militärischen Provokationen gegen

die arabischen Nachbarstaaten verfolgten die zionistischen Führer Israels einen stetigen Kurs des Anheizens des Spannungszustandes, der Entfesselung eines neuen Kriegsabenteuers.

Diese und andere Fakten bezeugen die unter anderem in zahllosen Dokumenten der UN festgeschriebene historische Wahrheit: Aggressor — das sind die herrschenden Kreise Israels und ihre imperialistischen Subventionäre aus Washington, Bonn und anderswo.

Opfer — das sind die arabischen Nachbarvölker und -staaten, das ist vor allem das arabische Volk von Palästina. Gestützt auf eine in der Weltgeschichte einmalige Militär- und Finanzhilfe seitens des US-Imperialismus (jährlich 1,5 bis 2 Milliarden US-Dollar³⁾), der internationalen jüdischen Großbourgeoisie und der BRD (seit 1960 ca. 5 Milliarden DM⁴⁾), blockierte die herrschende Klasse Israels Hand in Hand mit der US-Regierung alle Bemühungen um eine gerechte politische Lösung im Nahen Osten.

Die in den UN-Resolutionen von 1967 und 1970 festgehaltenen Kernforderungen:

- nach sofortiger Räumung der seit 1967 von Israel okkupierten arabischen Gebiete,
- nach Anerkennung des Existenzrechts aller Völker und Staaten in dieser Region,
- nach Gewährleistung der legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina,
- wurden von Israel mit verlogener Ignoranz und kontinuierlichen militärischen Angriffsoperationen beantwortet.

DIE WELT

„Wir werden ihnen die Gräten brechen...!“ Der Mann, der diesen Satz zu mitternächtlicher Stunde mit aller Bedächtigkeit beinahe genüsslich ausspricht, heißt David Elazar. Er ist „Raf-Aluf“, also Generaloberst, der höchste Offizier der israelischen Armee. Er meint die Ägypter und Syrer.“

Als David Elazar das sagt: „Wir werden ihnen die Gräten brechen“, knacken die Gelenke seiner Kinnladen. Der General, der Kampfmaschine der Israelis meidete einen tödlichen Rekord: In einer Stunde des Krieges sind mehr Bomben auf den arabischen Gegner herabgeregnet als im ganzen Sechstage-Krieg von 1967.

Moshe Dayan verkündet:

Israelis stürmen

Angriff, Gegenangriffe, Abschuß — das dauert nicht einmal zwei Minuten.
Das Trommelfeuer läßt nach, ebbt jetzt ganz ab.
Wir stehen auf, schütteln den Staub ab. Aus dem Dunst der aufgewirbelten Erde taucht ein Ort auf, schlichte, von Splintern und MG-Salven zersiebte Häuser.

ser.
Das erste Haus rechts war das Hauptquartier des syrischen Frontabschnitts. Israelische Ar-

meen haben das Stützgebäude zerstört. Das nächste Haus war ein Schießschanze. Zwei halbvolle Medikamentenschüden mit Hypocriton und Travnell, hergestellt im „VIA Coty“, Markennamen. Eine Lieferung aus der „DDR“.

Handelsblatt

HANDELSBLATT, Samstag, 13. 10. 1973

II. DÜSSELDORF. „Wenn die Kanonen donnern: Kaufen!“ Die Börse hält bekanntlich nichts von Pietät und bant auf die Erfahrung, daß politische Krisenzeiten häufig attraktive Investitionsmöglichkeiten geboten haben.

Frankfurter Allgemeine

Was Israel in dieser Woche zu erreichen hätte, wäre die Vernichtung dieser starken und guten ägyptischen Sinai-Armee. Alle anderen militärischen Gesichtspunkte müßten hinter diesem Auftrag zurücktreten; selbst die Sorge vor schweren menschlichen Ausfällen in den eigenen Reihen.

Verbrechen an Zivilbevölkerung

Den Hauptstoß dieser militärischen Operation richteten die zionistischen Machthaber in der letzten Zeit vor allem gegen das progressive Syrien (indirekt gegen den Irak) und gegen den palästinensischen Widerstand, der sich seit 1970/71 im Libanon konzentriert:

- Im Februar 1973 forderte ein kombinierter Angriff israelischer Marine- und Luftlandeeinheiten auf zwei palästinensische Flüchtlingslager im Libanon 32 Todesopfer und zahlreiche Verletzte. Mehrere Gebäude, darunter Schulen und medizinische Einrichtungen wurden zerstört.

Ebenfalls im Februar 1973 forderte ein israelischer Anschlag auf eine libysche Verkehrsmaschine, die von israelischen Kampfbombern über dem besetzten Sinai abgeschossen wurde, mehr als 100 unschuldige Opfer.

- Im April 1973 unternahmen israelische Mordkommandos eine neue Serie blutiger Überfälle auf den Libanon. Ihre Aggressionsakte richteten sich gegen Ziele in der Hauptstadt Beirut gegen die südlibanesischen Hafenstadt Saida und gegen palästinensische Flüchtlingslager. Etwa 50 Menschen wurden getötet, unter ihnen drei führende Persönlichkeiten der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO.

- Im August 1973 kaperten israelische Kommandoeinheiten ein irakisches Verkehrsflugzeug, in dem die Führungspersönlichkeiten der PLO vermuteten. Sie steuerten das arabische Passagierflugzeug zu einem israelischen Militärflughafen und setzten erneut Menschenleben aufs Spiel.

- Am 13. September 1973 trieben Israels herrschende Kreise ihre Provokationsakte auf die Spitze, als 64 israelische Kampfbomber 100 km in syrisches Territorium eindringen, um einen großangelegten Luftangriff gegen die syrische Stadt Tartous zu fliegen. Sie entfesselten einen mehrstündigen Luftkampf, bezeichnenderweise über der von Syrien nationalisierten Erdöl-Pipeline, in der das 1972 verstaatlichte irakische Erdöl zum Mittelmeer transportiert wird.

Ebenfalls im September bekräftigte die Regierungspartei Meirs und Dajans mit der Verabschiedung eines Programms zur Errichtung weiterer „Wehrdörfer“, Industrieanlagen und Städte, in den besetzten arabischen Gebieten, „keinen Fußbreit“ von ihrer Politik der Annexion abzugehen. Seit 1967 hält Israel arabische Gebiete besetzt, die das dreifache seines eigenen Territoriums ausmachen. Aus den eroberten ägyptischen Erdölfeldern zieht Israel einen täglichen Profit von 100 000 US-Dollar.



Palästinenser auf den X. Weltfestspielen in Berlin

Vor dem neuen Krieg

Israel geriet durch seine Obstruktionspolitik gegen alle Initiativen für eine gerechte politische Lösung, die von den arabischen Ländern Ägypten, Syrien und mittlerweile über 80 UNO-Mitgliedsstaaten unterstützt wurde, in den Strudel einer immer desolateren weltweiten Isolation.

Im September 1973 beschloß die Konferenz der nicht-paktgebundenen Staaten in Algier, in der nächsten UNO-Generalversammlung internationale Sanktionen gegen Israel zu veranlassen. 1973 brachen rund 10 weitere afrikanische Staaten ihre diplomatischen Beziehungen zu Israel ab. Auch imperialistische Staaten wie Frankreich oder Italien bezogen eindeutig die Position der UNO-Mehrheit; und selbst in den USA und der BRD rührten sich vereinzelte Stimmen, die — aus Sorge um ihre Kapitalmärkte in den arabischen Ländern und um die Gefährdung ihrer Erdölversorgung — einer Einschränkung der Unterstützung für Israel bzw. einer sogenannten „ausgewogenen Nahostpolitik“ (Brandt/Scheel) das Wort redeten.

In dieser prekären Situation traten die herrschenden Kreise Israels die Flucht nach vorne an, suchten sie ihr Heil in der Entfesselung eines neuen Nahostkriegs.

Die zionistischen Kriegstreiber in Tel Aviv hielten im übrigen mit ihren aggressiven Absichten keineswegs hinter dem Berg. So erklärte z. B. General Rabin Ende Juli:

„Die USA liefern uns die Waffen, damit wir uns bedienen, wenn es nötig sein wird... Die Erkenntnis wächst und festigt sich in den USA, daß es der zivilisierten Welt in einem Extremfall erlaubt ist, mit Gewalt die Kontrolle der Öquellen an sich zu reißen.“⁽⁶⁾

So ermunterte Kriegsminister Dajan kürzlich: „Ich glaube, daß der Friede mit den Arabern als Ziel Israels keine Priorität hat. Wir haben jetzt die militärische Stärke, die es uns erlaubt, uns überall niederzulassen.“⁽⁶⁾

Das Heraufbeschwören jenes Extremfalls durch Israels herrschende Kreise aber fiel nicht von ungefähr zusammen mit dem hektischen Treiben der äußersten Reaktion in den USA und der BRD gegen den fortgeschrittenen Prozeß der internationalen Entspannung. Den NATO-Strategien ging und geht es darum, die Normalisierung der Beziehungen der sozialistischen Staatengemeinschaft 5 Minuten vor 12 zu Fall zu bringen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Den glimmenden Funken im Nahen Osten nach Möglichkeit zu einem Weltbrand zu entzünden, konnte diesen Saboteuren der Europäischen Sicherheitskonferenz und der internationalen Abrüstungsverhandlungen nur ins Konzept passen und nicht zuletzt die Tatsache, daß diese Kräfte eine frenetische Unterstützung des israelischen „Kriegerstaates“ mit einem ausgesprochenen Einschlagen auf die mit den arabischen Staaten solidarische Sowjetunion verknüpften, machte die globalstrategische Dimension dieses Nahostkrieges über die imperialistischen Erdölinteressen hinaus sichtbar.

Welche Fakten belegen Israels unmittelbare Vorbereitung auf den „Extremfall“ vom 6. Oktober?

Am 3. und 4. Oktober konzentrierte Israel große Truppenkontingente an den Feuernstellungslinien Syriens und Ägyptens. Die Mobilmachung begann. Der Journalist Hans Lebrecht berichtete aus Tel Aviv, „daß die dortige Regierung vier Stunden vor Ausbruch der Kampfhandlungen zu einer Sonder-sitzung zusammentrat. Zur selben Zeit wurden Botschafter verschiedener westlicher Staaten in das Außenministerium gebeten, um sie über die Lage zu informieren.“⁽⁷⁾



Die bürgerliche „Financial Times“ kommentierte am 5. Oktober, Israel bereite offenbar eine Invasion gegen Syrien vor.

Kriegsausbruch und Ziele

Am 6. Oktober schlug Israel los. Es eröffnete massierte Kampfhandlungen an beiden Fronten, mit konzentrierten Truppenkontingenten gleichzeitig. Kriegsminister Dajan erklärte am gleichen Tag, Israel werde nun „einen richtigen Krieg beginnen“; die Regierung in Tel Aviv beauftragte ihre Truppen, „über die Waffenstillstandsgrenzen (von 1967) hinauszustoßen“.⁸⁾

Die US-Regierung leitete postwendend umfangreiche Unterstützungsmaßnahmen für Israel ein:

Vom NATO-Militärstützpunkt „Oceana“ starteten Transportflugzeuge der USA mit Bomben, Raketen, Artilleriemunition und Granaten nach Israel.⁹⁾ Kriegsschiffe der 6. US-Flotte und in den nächsten Tagen zum Einsatz kommende US-Piloten und Kampfbomber liefen in Richtung Naher Osten aus. In der UNO bezog der Sprecher der US-Regierung haargenau die Position Israels: Als künftige Waffenstillstandslinie komme nur die Ausgangslage, d. h. die Verewigung der Okkupation des arabischen Territoriums in Frage.

Die Herrschenden in der BRD, allen voran die „Frontberichterstattergruppe“ aus dem Hause Axel C. Springers, stellten sich voll auf die gleiche Position, glorifizierten wie 1967 den nach ihrer Meinung neuen „Vernichtungsfeldzug“ gegen die Araber und feierten Israels „drahtige, alerte, springbereite“ (Bild), kurzum preußisch-generalstabsmäßige, sympathische Militärs. Während Syrien und Ägypten die Existenzberechtigung des Staates Israel mit keinem Wort bestritten, während sie als Ziel ihres Kampfes — ungeachtet ihrer Anfangserfolge — lediglich die Befreiung der von Israel völkerrechtswidrig annektierten Gebiete und die Herstellung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes benannten, erklärte Israels Ministerpräsidentin Golda Meir am 11. Oktober eine Expansion Israels noch über die Feuereinstellungslinien von 1967 hinaus zum Kriegsziel ihrer Regierung. Moshe Dajan tönte am 10. Oktober vom unaufhaltsamen kurzweiligen „Marsch nach Damaskus“. Doch in Washington und Tel Aviv hatten sich die Militärstrategen gehörig verrechnet.

Auch Israels barbarische Bombardements auf zivile Einrichtungen in Syrien und Ägypten, auch der Einsatz von Napalm- und Splitterbomben vermochte das Blatt nicht entscheidend zu seinen Gunsten zu wenden.

Freilich wurden in Syrien durch die

Bombardements und trotz des Raketenabschusses von über einem Drittel der israelischen Kampfflugzeuge Werte von ca. 750 000 Mill. Dollar zerstört.

Bezeichnenderweise richtete sich der Hauptstoß des israelischen Zerstörungswerks gegen Syriens national genutzte Erdölanlagen, gegen Wärmekraftwerke und neuerrichtete Fabriken. Nicht von ungefähr galt der Hauptschlag Syrien, das in den letzten Jahren mit der Konstituierung einer nationalen Front von Sozialisten und Kommunisten auf Regierungsebene, mit grundlegenden Demokratisierungsmaßnahmen zugunsten der Werktätigen, mit tiefgreifenden sozialökonomischen Umgestaltungen auf der Basis enger Beziehungen zur SU einen konsequenten nichtkapitalistischen Entwicklungsweg mit sozialistischer Orientierung verfolgte (gleiches gilt für den Irak, nicht aber für das stagnierende bzw. rückläufige Ägypten).

Auch BRD schürt Kriegshetze

Die Herrschenden in der BRD spielten angesichts des israelischen Zerstörungswerks gar mit dem Gedanken der Auslösung von Überschwemmungskatastrophen durch die Bombardierung der mit sowjetischer Hilfe errichteten Assuan- und Euphratstaudämme. Das Unterneh-



merblatt „Wirtschaftswoche“ liebäugelte beispielsweise mit dem Einsatz der mit westdeutscher Hilfe konstruierten israelischen Atomwaffen und anempfahl zugleich ein entsprechendes Zielobjekt: „Alles spricht dafür, daß Israel im ernstesten Notfall Waffen einsetzen könnte, über die es im letzten Krieg noch nicht verfügte: atomare Waffen. Es hat die dazu erforderliche Denkfabrik, das Weizmann-Institut in Rehovod..., wo zur Zeit 400 Naturwissenschaftler (u. a. aus der BRD, d. V.) beschäftigt sind...

Für den atomaren Ernstfall im Nahostkrieg stünde Israels Ziel fest: Der Assuanstaudamm... Er staut den Nil zu einem See von 500 mal 10 Kilometern, erlaubt die bessere Nutzung von 300 000 ha und die Nutzbarmachung von zusätzlich 500 000 ha Ackerland und ist mit seinen Elektrizitätswerken die Energiequelle für die Industrialisierung Ägyptens. Würde der Staudamm gesprengt, ergösse sich eine fast 100 Meter hohe Flutwelle ins Niltal.“⁽¹⁰⁾

Ins gleiche Horn stieß die Stuttgarter Zeitung, die zynisch erwog: „Die Frage, ob Israel einsatzfähige Atombomben hat oder nicht, kann bei dieser Betrachtung außer acht bleiben. Eine Zerstörung des ägyptischen Assuandamms auch mit herkömmlichen Sprengsätzen müßte für das Nilland eine Katastrophe von atomarem Ausmaß auslösen. Auch Syriens neuer Euphratdamm liegt in der Reich-

weite... von den überfüllten Großstädten in Ägypten und Syrien ganz zu schweigen.“⁽¹¹⁾

Doch ganz anders als in dem israelischen „Blitzkrieg“ 1967 brachte auch der sechste und der achtzehnte Tag des neuen Aggressionskrieges nicht die herbeigesehnte Entscheidung. Israel mußte überaus hohe Verluste an Menschen und Kriegsgerät hinnehmen.

Ägypten und Syrien kämpften erfolgreicher als man vermutete. Beide Staaten konnten sich auf ein mit sowjetischer Hilfe errichtetes, äußerst wirkungsvolles Luftabwehrraketensystem stützen. Entgegen den Prognosen Dajans hielt Syrien trotz enormer Verluste stand. Ägypten kämpfte mit Vorteilen.

Der Militärexperte der großbürgerlichen FAZ und Ex-Nazi-Generalstäbler Adalbert Weinstein sprach zwischenzeitlich von der „Härte und Widerstandskraft der arabischen Truppen“ als der „großen Überraschung für Israel und die Weltöffentlichkeit“.⁽¹²⁾ Tags darauf stellte Weinstein in deutlichen Worten fest, Israels militärpolitische Strategie lasse generell „wenig Spielraum für politische Lösungen... Wer so plant (wie das zum Kriegerstaat gewordene Land), auf dem liegt der Zwang, militärisch ständig zu siegen“.⁽¹³⁾

In der Tat. Dajan und der US-Vizepräsidentchaftsanwärter Ford bekräftigten in diesen Tagen die für sie einzig

tragbare Marschroute: zerschmetternde militärische Entscheidung durch Israel, keine politische Lösung.

Die Erkenntnis über den Verlust der unbestrittenen militärischen Überlegenheit Israels versuchte US-Präsident Nixon mit forcierten Waffenlieferungen und — so am 16. 10. vor US-Kriegsveteranen — mit direkten Interventionsdrohungen zu begegnen.

Die Sowjetunion und die arabischen Länder konterten dies mit verstärkter militärischer und finanzieller Unterstützung Syriens und Ägyptens. Die Folge: Adalbert Weinstein kam auch am 20. Oktober nicht umhin, den ägyptischen und syrischen Streitkräften „beachtliche militärische Leistungen“ zuzugestehen.

„Sie haben dem Krieg einen anderen Verlauf gegeben als von Experten vorausgesagt... Die Syrer... haben, den Anleitungen ihrer sowjetischen Instruktoren entsprechend Geländeverstärkungen taktisch genutzt... Den Israelis ist deshalb der weiträumige Panzergegenstoß bis nach Damaskus nicht gelungen.“

Und weiter kommt Weinstein nicht daran vorbei, die „sowjetische Raketenrüstung“ zu honorieren, „deren Qualität in Sinai und auf dem Golan täglich demonstriert wird“.⁽¹⁴⁾ Darüber hinaus entschlossen sich acht arabische Staaten vom progressiven Algerien über Libyen

bis hin zum proimperialistischen Saudi-arabien, zu Erdölboykottmaßnahmen gegen die USA und ihre westlichen Mitstreiter.

Die Regierung der BRD wurde in diesem Zusammenhang davon unterrichtet, daß der Erdölboykott auf die BRD ausgedehnt werde, falls diese weiter US-Militärlieferungen von ihrem Territorium zulasse. Wie die BRD, so stehen hier auch andere westeuropäische Staaten, am spürbarsten heute Holland, unter arabischem Erdöl Druck. Die innerimperialistischen Widersprüche kommen angesichts dieser ökonomisch-politischen Zwickmühle verstärkt zum Tragen. Die proarabische bis neutralistische Haltung z. B. Frankreichs und Italiens ließ von vornherein kein konformes Vorgehen der EWG-Länder mit den USA zu. Der Sonderverbündete Nixons, die westdeutsche Regierung mit Friedenskanzler Brandt an der Spitze, hielt in dieser Situation auffällige Zurückhaltung für angebracht. Der Grund: Die Energieversorgungs- und kapitalexpansiven Interessen der westdeutschen Monopole kollidierten hier gerade im „Extremfall“ empfindlich mit der traditionell lautstarken und tatkräftigen westdeutschen Unterstützung des Aggressors Israel.

Nichtsdestoweniger sprachen CDU/CSU und der großbürgerliche Blätterwald mit tiefem Bedauern über die innerimperialistische Disharmonie in Fragen Militärstrategie und Antisowjetismus, zeterten sie über das „traurige Bild der Schwä-

che... das die europäischen Verbündeten Amerikas in diesem Konflikt bieten. So ziemlich alle atlantischen Partner haben in verschiedener Form... psychologisch vor den Sowjetrussen und den Arabern kapituliert. Europa zeigte eine schwankende Neutralität, wo Amerika auf Unterstützung hoffte.“¹⁵⁾

Lösung in Sicht?

Der so schmächtig „alleingelassene“, vehementem arabischem Druck ausgesetzte, mit der konsequenten Solidarität der UdSSR gegenüber den arabischen Staaten konfrontierte, vergeblich auf ein schnelles militärisches Knock-out Syriens und Ägyptens spekulierende und zugleich bis zum Hals im Sumpf einer nie dagewesenen US-Staatskrise versackende Nixon sah sich obendrein mit einer weltweiten Woge der Solidarität für die um ihre Befreiung kämpfenden arabischen Völker konfrontiert. Die Debatten in der UNO verwandelten sich in ein Tribunal gegen Israel und die USA.

Entschieden verurteilt wurden Israel als Aggressor und die USA als Drahtzieher des Krieges in einer gemeinsamen Erklärung von 80 blockfreien Staaten, von allen sozialistischen Ländern. Nach dem Bekanntwerden des verbrecherischen israelischen Bombardements auf zivile Einrichtungen und die Bevölkerung in

Syrien und Ägypten schwoll diese weltweite Verurteilung Israels zu einem Proteststurm an.

Schlagzeilen machte das resolute Auftreten des UNO-Botschafters der Sowjetunion, Malik, der die Lügengeschichten des israelischen Sprechers Tekoa brüsk zurückwies: „Meine Delegation ist nicht willens, die Entschuldigungen und das Beileid der Vertreter der Mörder und internationalen Gangster anzuhören.“¹⁶⁾

Der Weltfriedensrat erhob die Forderung zur Ergreifung von Maßnahmen, die die USA zwingen, ihre Hilfeleistungen für die Aggressions- und Expansionspolitik Israels einzustellen. Romesh Chandra, der Generalsekretär des Weltfriedensrates, führte aus:

„Die ständige umfangreiche Militärhilfe, das fortwährende Veto der USA im Sicherheitsrat gaben Israel in den zurückliegenden Jahren die Möglichkeit, alle Versuche einer friedlichen und gerechten Regelung des Nahost-Problems zu hintertreiben und statt dessen seine verbrecherische Militärpolitik fortzusetzen, die auch vor der Bombardierung friedlicher Städte nicht haltmacht. Die Imperialisten der USA sind also im gleichen Maße voll verantwortlich für die gegenwärtigen Ereignisse... Es gibt nur eine Lösung: 1. den sofortigen Rückzug des Aggressors aus allen okkupierten Gebieten und 2. die volle Herstellung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes. Wir wissen, daß Millionen auf der Welt mit uns für diese Ziele kämpfen.“¹⁷⁾

Es waren eben diese hier aufgezeigten Faktoren, die den US-Imperialismus in die Knie drückten, die die USA und mit ihnen ihren „Stellvertreter“ Israel an den Verhandlungstisch zwangen. Ihre Ausgangsposition ist zum Leidwesen der Urheber des Kriegszustandes schlechter für die antiimperialistischen Kräfte im arabischen Raum und in aller Welt günstiger geworden.

„Was jetzt zur Diskussion steht“, so gräzte sich am 23. 10. 1973 die FAZ, „ist aber nicht mehr der Rückzug beider Seiten auf die Waffenstillstandslinie nach dem Krieg von 1967, sondern das Zurückgehen der Israelis auf die Linie vor dem Juni-Krieg.“¹⁸⁾

Am 23. 10. 1973 verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat mit Zustimmung Ägyptens und Syriens eine Resolution, die die Forderungen der UN-Entschliebung von 1967 — entsprechend der Interpretation der Sowjetunion und nicht der der USA — zugrunde legt, die weiter eine Feuereinstellung und die Aufnahme von Friedensverhandlungen beschloß.

Alles in allem jedoch kommt der gegenwärtige Stand der Dinge für die US-Imperialisten und die herrschenden Kreise Israels dem bitteren Eingeständnis einer Niederlage gleich. Die israelische Regierung, Golda Meir, hat der Entschließung des Weltsicherheitsrates — so die Tageszeitung „Wahrheit“ am



**Anti-
imperialistisches
Informationsbulletin
veröffentlicht
Ende Oktober:**

Chile- Referat

Das Informations-Material „Chile-Referat“ (Umfang: etwa 60 Seiten, Preis: 4 DM) behandelt u. a. folgende Themen:

● Charakter der Frei-Regierung ● Grundsätze und Ziele der Unidad Popular und ihrer Regierung ● Die Angriffe der in- und ausländischen Reaktion auf das chilenische Volk ● Vorgeschichte und Durchführung des Putsches ● Der Widerstand des chilenischen Volkes ● Internationale Solidarität.

Bestellungen nimmt sofort an: Antiimperialistisches Informationsbulletin, 355 Marburg, Liebigstraße 46, Telefon: 0 64 21 / 2 46 72.

24. 10. — nur mit äußerstem Widerwillen und „aus Rücksicht auf die USA“ zugestimmt. Die USA setzten indessen ihre Waffenlieferungen an Israel unvermindert fort. Israels „Falken“ und Kriegsminister Dajan, Generalstabschef ? ? ? ? und der reaktionärste Parteienblock, „Likud“, attackierten das Abkommen als „russische Falle“, in die Israel und die USA getappt seien.¹⁹⁾

Für die arabischen Staaten und Völker, für die antiimperialistische Bewegung und die Sowjetunion als Initiator dieser neuerlichen Friedensoffensive im richtigen Moment bedeutet dieser Schritt eine Stärkung der Kampfpositionen, eine Verbesserung der Ausgangsbedingungen auf dem Wege zu einer gerechten politischen Lösung in dieser spannungsgeladenen Region. Die Entstehungsgeschichte und das vorläufige Ergebnis des 4. Nahostkrieges aber haben erneut gezeigt, „daß die Beseitigung des Herdes der ständigen Spannung und die Herstellung eines dauerhaften und garantierten Friedens für alle Staaten und Völker dieses Gebietes undenkbar sind ohne die vollständige Befreiung aller von Israel besetzten arabischen Gebiete und ohne die Gewährleistung der legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina.“¹⁹⁾ Diesem gerechten und gewiß noch langwierigen und dornenreichen Kampf der arabischen Völker gilt unsere volle Solidarität.

Wolfram Brönnner
(Redaktionsschluß 26. 10. 1973)

Anmerkungen:

¹ Zur Vorgeschichte und den Hintergründen des gegenwärtigen Nahostkonflikts vergleiche Aufsätze in: Protokoll des Internationals Israels-Hearings, Bonn 5. 6. 73. Hbg: Antiimperialistisches Solidaritätskomitee, Frankfurt/M., 1973, Beiträge von: J. Goldberg, W. Ehrlich, E. Fried, W. Abendroth, W. Brönnner u. a.; Antiimperialistisches Informationsbulletin (AIB) Nr. 5, 1973, S. 2—26.

² Vgl. die Enthüllungen des US-Diplomaten David Ness, in: Jakob Goldberg, Der Nahost-Konflikt, Frankfurt/M., 1972, S. 73—75.

³ Vgl. AIB Nr. 5, 1973, S. 7—9, US-Unterstützung für Israel.

⁴ Vgl. ebda. S. 9—12, BRD-Unterstützung für Israel.

⁵ in DEUTSCHE VOLKSZEITUNG (DVZ), 20. 9. 1973.

⁶ DVZ, 11. 10. 1973.

⁷ UNSERE ZEIT (UZ), 12. 10. 1973.

⁸ Neues Deutschland (ND), 10. 10. 1973.

⁹ MÜNCHNER MERKUR, 12. 10. 1973.

¹⁰ WIRTSCHAFTSWOCHE Nr. 42, 12. 10. 1973, S. 15.

¹¹ STUTTGARTER ZEITUNG, 9. 10. 1973.

¹² FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG (FAZ), 12. 10. 1973.

¹³ FAZ, 13. 10. 1973.

¹⁴ FAZ, 20. 10. 1973.

¹⁵ FAZ, 23. 10. 1973.

¹⁶ FAZ, 11. 10. 1973.

¹⁷ in: NEUES DEUTSCHLAND, 12. 10. 1973.

¹⁸ FAZ, 23. 10. 1973.

¹⁹ Vgl. UZ, 24. 10. 1971.

²⁰ Erklärung der Regierung der Sowjetunion vom 17. 10. 1973; in: ND, 8. 10. 1973.

Auch BRD bezahlt Napalm-Bomben

Der BRD-Imperialismus war von Anfang an bereit, eng mit den herrschenden zionistischen Kreisen in Israel zusammenzuarbeiten. Bereits 1952 wurde nach längeren Verhandlungen das sogenannte „Wiedergutmachungsabkommen“ zwischen der BRD und Israel abgeschlossen, auf dessen Grundlage mehrere Milliarden DM an den israelischen Staat gezahlt wurden, an einen Staat, der erst nach dem 2. Weltkrieg gegründet worden war und auch keinerlei Befugnisse hatte und hat, für die ermordeten und verfolgten jüdischen Bürger europäischer Staaten Geld zu kassieren, das zudem dann zur Verfolgung und Ermordung arabischer Menschen dient. Parallel zur finanziellen Unterstützung lieferte die noch junge Rüstungsproduktion der BRD Waffen an das israelische Militär. Wie der SPIEGEL aufdeckte, sagte Ben Gurion 1960 in New York Adenauer zu, als Gegenleistung zu Waffenlieferungen im Werte von 320 Mill. DM dessen Staatssekretär Globke, Kommentator der Nürnberger Rassengesetze, im Eichmann-Prozeß ungeschoren zu lassen. Was dann auch geschah.

Bis zur heutigen SPD-geführten Regierung wird die großzügige finanzielle Unterstützung der israelischen Aggressionspolitik fortgesetzt. Komplettiert und nach innen abgesichert wurde und wird diese Politik der wirtschaftlichen, finanziellen, militärischen und politischen Unterstützung der israelischen Zionisten durch eine kontinuierliche politische und ideologische Indoktrination der BRD-Bevölkerung. In zynischer Art und Weise wird von seiten offizieller Stellen wie der bürgerlichen Massenmedien das Schuldgefühl vieler Menschen in diesem Lande, das sich auf die Greuelthaten des Hitlerfaschismus an den jüdischen Mitbürgern bezieht, ausgenutzt, um einen blinden Philosemitismus zu erzeugen. Durch die bewußt falsche Gleichstellung Jude-Israeli-Zionist soll jede Kritik an der Politik der zionistischen Machthaber in Israel mundtot gemacht werden, soll der Antizionismus der demokratischen Kräfte und ihr Eintreten gegen die Aggressionspolitik Israels als antisemitisch verketzert und im Keim erstickt werden.

Das ändert sich auch grundsätzlich nicht durch die sogenannte neue Nahostpolitik der SPD/FDP-Regierung. Diese neue Nahostpolitik kann in ihrer Grundlinie durchaus mit der neuen Ostpolitik verglichen werden. Hier wie dort stellt sich die gegenwärtige Bundesregierung auf die nicht mehr zu ignorierenden Realitäten ein. Im einen Fall auf die militärische, ökonomische und politische Stärke der sozialistischen Staatengemeinschaft, im anderen Fall auf das zunehmende Gewicht der arabischen Staaten, deren fortschrittliche Entwicklung nicht mehr durch Israel allein aufgehalten werden kann, ihren Erdölreichtum (die BRD bezieht mehr als 80 Prozent ihres Bedarfs aus diesem Raum) und die Möglichkeiten ihres Marktes (bei



mehr als 100 Mill. Menschen). Im einen wie im anderen Fall hat der BRD-Imperialismus seine grundsätzlichen Ziele nicht geändert, in beiden Fällen verzichtet er nicht auf die Basis seiner bisherigen Politik, einmal die weiter betriebene Hochrüstung, das andere Mal die materielle und politische Unterstützung des Aggressionskurses der Tel Aviver Machthaber.

Eine weitere Parallele liegt in der innenpolitischen Absicherung dieser Politik. Verstärkte antikommunistische Hetze, Berufsverbote etc. sollen dem durch die Ostpolitik leichter möglichen Abbau antikommunistischer Vorurteile begegnen und innenpolitische Auswirkungen verhindern; nicht nachlassende prozionistische Propaganda, Verfolgung fortschrittlicher Araber, Verbot ihrer Organisationen, Verketzerung von Antizionisten als Antisemiten soll mögliche Auswirkungen der Nahostpolitik auf das Bewußtsein der Bevölkerung ausschalten.

Die Thieu-Clique hält sich nur durch Terror

Ein Bericht von Peter Wahl

Auf Einladung des vietnamesischen Komitees zur Wahrung des Weltfriedens besuchte eine Delegation der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität (IIVS) die Demokratische Republik Vietnam (DRV). Der Delegation gehörten der Sprecher der IIVS und je ein Vertreter der Jungdemokraten, der Jusos, der SDAJ und des vds an. Neben dem Besuch verschiedener Institutionen und gesellschaftlicher Organisationen wurde die Delegation empfangen von Hoang Tung, Mitglied des ZK der Partei der Werktätigen und Chefredakteur der Parteizeitung Nhan Dan, vom stellvertretenden Volksbildungsminister und dem Leiter der ständigen Vertretung der Republik Südvietnam (RSV) in Hanoi. Peter Wahl, der als Vertreter des vds in Hanoi war, ist Mitglied des MSB Spartakus. Hier sein Bericht:

Verfolgt man die Berichterstattung der bürgerlichen Presse über Vietnam nach dem Kriege, so könnte man fast schließen, daß dort im fernen Südostasien eigentlich alles in Butter sei, daß allenfalls hin und wieder ein paar Querelen entstehen, aber gut für Schlagzeilen ist Vietnam anscheinend nicht mehr. Gewiß ist der Abschluß des Pariser Abkommens ein Ereignis von historischer Tragweite, und der Sieg eines so kleinen Volkes über den US-Imperialismus ist eine entscheidende Wende in der internationalen Politik, aber es wäre völlig falsch, wollte man das Kapitel Vietnam nun zur Historie machen. Die Lage ist nach wie vor noch viel zu kompliziert und angespannt, als daß man auf größte Wachsamkeit verzichten könnte. Zwar stehen seit der Besetzung durch die französischen Kolonialtruppen zum erstenmal seit 100 Jahren keine fremden Invasionen mehr auf vietnamesischem Territorium und die USA haben die direkte militärische Aggression eingestellt. Aber vergessen wir nicht:

- in Kambodscha kämpft das Volk der Khmer immer noch mit der Waffe in der Hand gegen die herrschende Clique Lon Nols, die sich umfassender Unterstützung der USA und Saigons erfreut.
- In Thailand sind 50 000 US-Soldaten stationiert. Auf thailändischen Flugplätzen stehen die berüchtigten B 52-Geschwader in ständiger Alarmbereitschaft.
- Auf dem Gebiet der Saigoner Verwaltung arbeiten 20 000 US-Berater in der Armee, in der Geheimpolizei und im Verwaltungsapparat.
- Täglich werden bewaffnete Überfälle der Marionettentruppen Thieus

auf die RSV registriert. Seit Anfang Oktober haben die Provokationen der Soldateska insbesondere in den RSV-Provinzen bei Pleiku, Quang Ngai, Ben Tre und Bin Dinh einen außerordentlich massiven Charakter angenommen. Dutzende von Dörfern wurden zerstört. Die Zahl der Opfer, auch der zivilen, ist sprunghaft angestiegen.

Saigon sucht die Eskalation

Unlängst sagte Thieu auf einer Militärparade in Saigon: „Die Kommunisten beabsichtigen, Anfang 1974 eine breite Offensive zu entfalten.“ Ins gleiche Horn stößt Nixon, wenn er mit dem erneuten Eingreifen der USA droht,

falls die RSV nicht sofort ihre „Angriffsvorbereitungen“ — gemeint ist die Wiederherstellung der beschädigten Straßen und Flugplätze — unterlasse. Psychologische Vorbereitung für eine neue Eskalation, das ist es, was dahinter steckt. Denn nichts ist natürlicher, als wenn ein souveränes Land — und daß die RSV souverän ist, haben die USA in den Pariser Verhandlungen schließlich selbst anerkannt — nach dem Krieg seine zerstörte Infrastruktur wieder aufbaut. Offenbar aber wollen Thieu und Big Brother im Weißen Haus den Krieg noch nachträglich gewinnen. Es soll auf jeden Fall eine Normalisierung und die nationale Aussöhnung verhindert werden. Die Ausstrahlungskraft dieses friedlichen Aufbaus in der RSV und DRV fürchten Thieu und Nixon wie der Teufel das Weihwasser.

Thieu braucht die Spannung zum politischen Überleben

Fragt man nach den Ursachen für den ständigen Bruch des Pariser Abkommens durch Thieu, stößt man schnell auf die großen internen Schwierigkeiten der Saigoner Verwaltung:

- Die ohnehin wenig stabile, wenn auch hochgerüstete Marionettenarmee — mit ihren 1,1 Mill. Mann



Die IIVS-Delegation bei der Ankunft auf dem Hanoier Flughafen (3. v. l.: der Autor dieses Berichts Peter Wahl)

Thieu Hauptstütze — kann nur dann vor rapiden Auflösungserscheinungen bewahrt werden, wenn sie mit militärischen Abenteuern ständig auf Trab gehalten wird. Zudem bedeutete eine auch nur partielle Demobilisierung ein enormes Ansteigen der Arbeitslosenziffer.

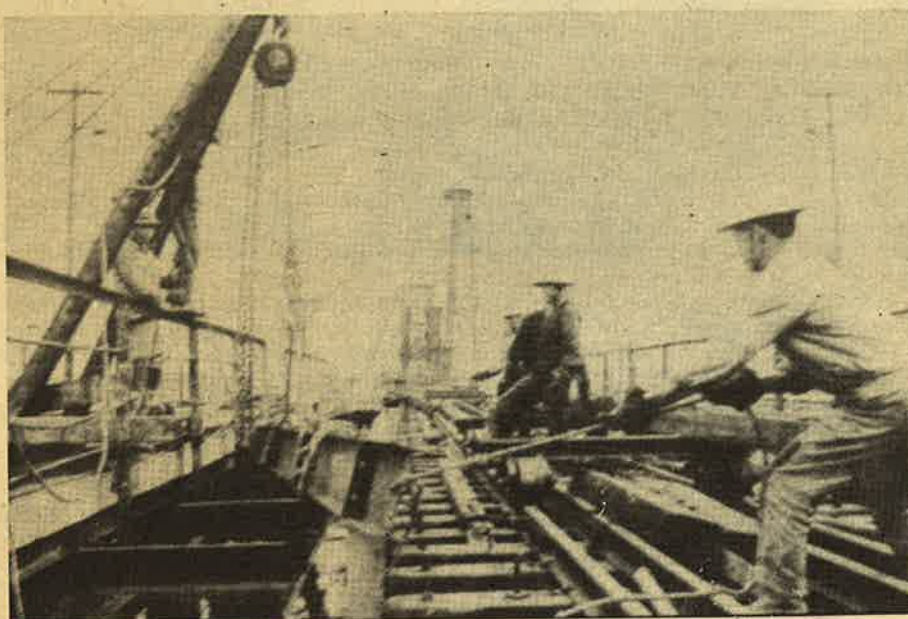
- Die Wirtschaft der Saigoner Verwaltung ist durch Korruption und Inflation total zerrüttet; die sozialen Gegensätze zwischen der herrschenden Clique und den Kriegsgewinnlern auf der einen und der übergroßen Mehrheit des Volkes, das in bitterster Armut lebt, auf der anderen Seite, werden immer größer. In diesem Jahr kann die Saigoner Verwaltung nicht einmal den Reisbedarf der Bevölkerung aus eigener Produktion decken.
- Außerdem leben auf dem Gebiet der Saigoner Verwaltung zur Zeit ca. 2,5 Mill. Menschen, die wegen der barbarischen Bombenangriffe ihre Heimat verlassen mußten. Thieu hat weder Arbeit noch Nahrung für sie, weigert sich aber andererseits aus politischen Gründen, sie in ihre Heimat, die RSV, zurückzulassen.
- Auch wenn augenblicklich die Saigoner Verwaltung mit 10 Millionen Menschen doppelt soviel Einwohner zählt wie die RSV, ist die RSV flächenmäßig mehr als doppelt so groß. Außerdem besitzt die RSV den Löwenanteil der Bodenschätze, an denen Vietnam so überaus reich ist. (Darunter sind große Mengen Erdöl, ein wirtschaftsstrategisches Potential, über das Thieu sicherlich sehr gerne verfügen würde.) Damit sind auch die Ausgangsbedingungen für einen ökonomischen Aufschwung der RSV ungleich günstiger, als in dem Gebiet der Saigoner Verwaltung.

Dreihunderttausend politische Gefangene in den Kerkern des Thieu-Regimes

Die Kehrseite der Aggressionen nach außen, d. h. vor allem gegenüber der RSV, ist die brutale Repression nach innen. Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit sowie Streikrecht existieren im Gebiet der Saigoner Verwaltung faktisch nicht. Dafür eine immer stärkere Geheimpolizei: In der Aktion „Phoenix“ versuchen an Hand schwarzer Listen Terrorkommandos unter Leitung des CIA Oppositionelle zu liquidieren. Und — auch dies eklatanter Bruch des Pariser Abkommens — Thieu hat nicht nur nicht die politischen Gefangenen freigelassen, sondern ihre Anzahl ist sogar auf fast 300 000 gestiegen. Anders als mit Unterdrückung und Terror läßt sich ein Regime wie das Saigons nicht aufrechterhalten, denn Rückhalt im Volk hat Thieu in keiner Weise. Nach Ansicht von Vertretern der sogenannten Dritten Kraft (Buddhisten, Neutralisten, oppositionelle Katholiken), die die italienische Zeitung La



Verwundete DRV-Delegierte und Menschen-Auflauf



Vietnam baut auf und lernt — es braucht weiter unsere Hilfe



Vietnamesen in der Schule



Stampa zitiert, würden, „wenn jetzt freie Wahlen abgehalten werden könnten, nur 10 Prozent der Stimmen an Thieu gehen“. Dies weiß natürlich auch Thieu, und deshalb wird er alles tun, um die Etablierung demokratischer Verhältnisse und freie Wahlen zu verhindern.

Die Solidaritätsbewegung in der BRD muß weiter kämpfen

Angesichts der immer noch prekären Lage in Vietnam muß die Solidaritätsbewegung für die Erreichung ihrer wichtigsten politischen Ziele weiterkämpfen:

- strikte Einhaltung des Pariser Abkommens,
- Freilassung aller politischen Gefangenen des Thieu-Regimes,
- keine Unterstützung des Thieu-Regimes durch die Bundesregierung.

Und wenn die Bundesregierung ihre Behauptung ernst meint, das Pariser Abkommen zu begrüßen und zu unterstützen, dann muß sie auch unverzüglich die diplomatische Anerkennung der DRV und der RSV vollziehen. Hierfür gilt es, den Druck aller fortschrittlichen Bundesbürger zu mobilisieren.

250 000 DM für den Wiederaufbau der zerstörten Schule in Nam Dinh

Auch die materielle Solidarität muß weitergehen. Der Wiederaufbau der DRV und RSV ist eine sehr schwere Aufgabe für das vietnamesische Volk. So hat sich z. B. die DRV nach den

Worten Hoang Thungs die Aufgabe gestellt, in den nächsten zwei Jahren die Produktion wieder vollständig in Gang zu bringen und sogar zu erweitern, das Lebensniveau der Bevölkerung zu erhöhen und insbesondere das Bildungs- und Gesundheitswesen den Anforderungen anzupassen. Dazu ist genauso unsere Hilfe und Solidarität notwendig, wie zu Kriegszeiten.

Le Duc Tho lehnt ab

Le Duc Tho, Mitglied des Politbüros der Partei der Werktätigen Vietnams fühlt sich unter den gegenwärtigen Umständen außerstande, den Friedensnobelpreis 1973, den er zusammen mit Henry Kissinger erhalten sollte, anzunehmen. In einem Schreiben an die Präsidentin des Nobelkomitees, Frau Aase Lianas, schreibt Le Duc Tho, wenn das Pariser Abkommen durch Saigon und die USA erfüllt wird, „wenn die Kanonen schweigen und der Frieden in Südvietnam wirklich wieder hergestellt ist, werde ich die Annahme dieses Preises in Betracht ziehen.“ Im Augenblick sei der Friede in Südvietnam noch keineswegs wiederhergestellt. Die USA und die Saigoner Behörden verletzen unablässig das Pariser Abkommen in vielen wesentlichen Punkten.

Deshalb übernahm die IIVS, nachdem die Delegation in Hanoi das Volksbildungsministerium der DRV konsultiert hatte, die Verpflichtung, bis zum 1. Oktober 1974 250 000 DM für den Wiederaufbau einer zerstörten Schule in Nam Dinh zu sammeln. Der MSB Spartakus wird sich zur Kampfaufgabe machen, einen angemessenen Beitrag zur Erreichung dieses Ziels zu leisten.



Diese Schallplatte, eine Solidaritäts-Pressung des vds, ist bei allen ASTen für 10,— DM zu erhalten. Die LP enthält Aufnahmen aus der Bewegung „Unser Gesang besiegt die Bomben“, die besonders in Südvietnam eine große Rolle bei der Verteidigung des nationalen vietnamesischen Kulturerbes gegen die imperialistische Massenkultur spielt.

Befähigung zur revolutionären Praxis

Wie steht es mit der marxistischen Bildungsarbeit des MSB SPARTAKUS? In den „Roten Blättern“ Nr. 11 wurde in einem Artikel des Genossen Gunter Riechey über den Beschluß des zweiten Bundeskongresses zur Durchführung des MSB-Studienjahres berichtet. Welche Probleme gibt es bei der Umsetzung? Wir haben uns hierzu in den Gruppen umgesehen. Nachfolgend sollen die Erfahrungen zweier Gruppen wiedergegeben werden, weil wir meinen, daß von ihnen zu lernen ist.

Sehen wir uns zunächst den Bericht einer größeren Gruppe an:

Vor dem zweiten Bundeskongreß sah unsere Bildungsarbeit folgendermaßen aus: Montag abend „Jour Fixe“, zu dem wir vor allem interessierte Studenten einluden und über aktuelle und auch grundsätzliche Fragen diskutierten, Dienstag abend dann alternativ entweder der Kurs „Einführung in die Politik des MSB Spartakus“ oder aber die Zirkel zur marxistischen Philosophie, zur Politischen Ökonomie, zum Wissenschaftlichen Sozialismus — Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung. Da wir auch die vor dem 2. Bundeskongreß herausgegebenen „Bildungsbausteine“, die den heutigen Bildungsthemen entsprechen, durchgeführt hatten, änderte sich bei uns zu Beginn des Sommersemesters zunächst einmal nicht allzuviel. Die Bildungsthemen erhielten einen größeren Stellenwert. Wir führten sie auf Sektionsebene durch und die Gruppe erwartete von allen Genossen die Teilnahme. Aber wir erkannten noch nicht die Notwendigkeit, vorrangig auch durch unsere Bildungsarbeit, die Genossen an unsere Politik heranzuführen. Die drei Zirkel aus dem Kurs „Einführung in den Marxismus“ dauern immerhin je ein Semester, der letzte wäre also nach drei Semestern abgeschlossen. Zum andern befassen sich die Zirkel auf recht allgemeiner Ebene mit Grundlagen des Marxismus. Sie können also nicht eine gründliche Einführung in unsere Politik ersetzen. Für die Leitung des Kurses waren bei uns jeweils zwei erfahrene Genossen zuständig, die dann mehr intuitiv Schwerpunkte setzten und Fragen provozierten. Nachdem jetzt die neue Konzeption und

das Studienmaterial vom Bundesvorstand vorliegt, haben wir uns auf der Jahreshauptversammlung Ende September nach gründlicher Auswertung unserer bisherigen Bildungsarbeit entschlossen, im Wintersemester neben den Bildungsthemen mit allen Genossen auch den Kurs „Einführung in die Politik des MSB Spartakus“ durchzunehmen. Jeweils zwei Sektionen werden eine „Bildungseinheit“ bilden. Die Zirkel werden wir weiterhin anbieten. Sie sollen aber in Zukunft einen mehr vertiefenden Charakter erhalten.

Und nun eine Gruppe, die unter etwas anderen Bedingungen kämpft:

„In unserer Gruppe gab es vor dem zweiten Bundeskongreß so gut wie keine organisierte Bildungsarbeit. Mit unseren 16 Genossen, die wir damals hatten, fühlten wir uns kräftemäßig dazu nicht in der Lage. Wir hatten aber auch die Bedeutung der marxistischen Bildungsarbeit unterschätzt. Nach dem zweiten Bundeskongreß wurde das dann anders. Das heißt aber nicht, daß wir alle Fragen schon richtig lösten. So richteten wir als erstes einen Zirkel „Politische Ökonomie des Kapitalismus“ aus dem Kurs „Einführung in den Marxismus“ ein und führten auch einige Bildungsthemen, wenn auch nicht alle, durch. Auch wenn viele Probleme bei der Durchführung des Zirkels „Politische Ökonomie...“ — ungenügende Vorbe-

Die marxistische Bildungsarbeit des MSB SPARTAKUS im Wintersemester 1973/74 im Rahmen des MSB-Studienjahres

I. Bildungsthemen

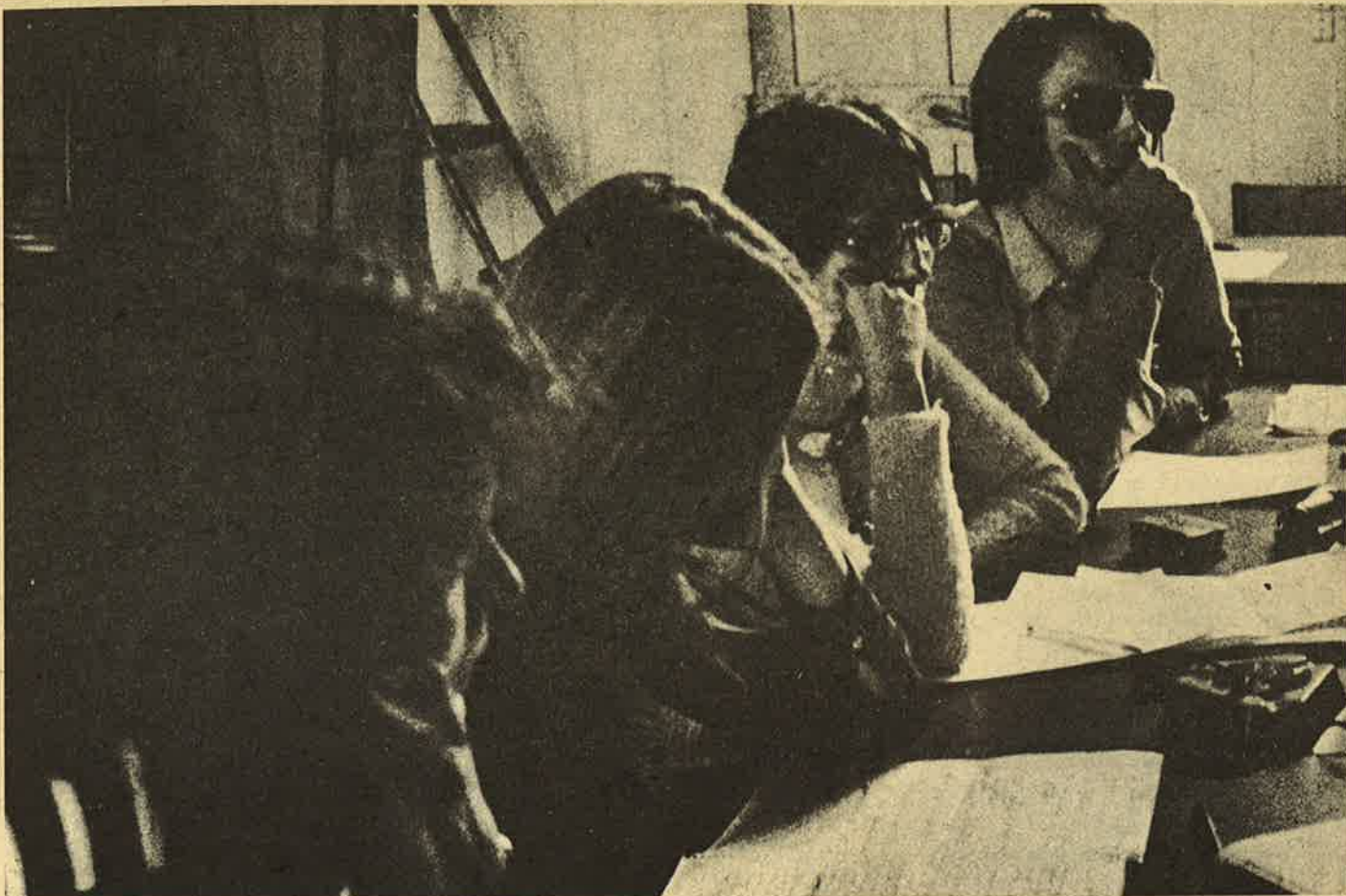
1. Demokratie und demokratischer Kampf
2. Der Hauptinhalt unserer Epoche — Probleme des gegenwärtigen revolutionären Weltprozesses
3. Zur Politik der maoistischen Gruppen

II. Kurs: „Einführung in die Politik des MSB SPARTAKUS“

- Arbeiterklasse und Sozialismus
- Der Kampf um antimonomopolistische Demokratie auf dem Weg zum Sozialismus
- Antimonopolistische Bündnispolitik der Arbeiterklasse und ihrer Partei — Arbeiterklasse und Intelligenz
- Der Beitrag der Studenten im antimonomopolistischen Kampf
- Das „Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten“ des MSB SPARTAKUS als antimonomopolistisches Alternativprogramm
- Zu einigen Fragen des studentischen Kampfes
- Notwendigkeit der Aktionseinheit der Studentenbewegung
- Der MSB SPARTAKUS, die marxistische Massenorganisation der Studenten der BRD

III. Kurs: „Einführung in den Marxismus“

1. Zirkel: Dialektischer und historischer Materialismus
2. Zirkel: Politische Ökonomie des Kapitalismus
3. Zirkel: Wissenschaftlicher Sozialismus — Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung



reitung des Zirkelleiters als auch der Zirkelteilnehmer, langsames Abbröckeln gegen Ende des Semesters wegen des Klausurendruckes — einfach auf Anfangsschwierigkeiten, Unerfahrenheit und nicht genügende Anleitung zurückzuführen sind, kamen wir auf unserer Jahreshauptversammlung im Oktober dieses Jahres zu dem Diskussionsergebnis, daß wir mit Einrichtung des Zirkels nicht die richtige, dem Entwicklungsstand unserer Gruppe entsprechende Schwerpunktsetzung vorgenommen hatten. Richtig wäre gewesen, uns auf den Kurs ‚Einführung in die Politik des MSB Spartakus‘ zu konzentrieren. Im Grunde hätten wir diese Erkenntnis auch schon dem Beschluß des 2. BK entnehmen können. Unser fehlerhaftes Vorgehen war aber durch zwei Dinge geschuldet: Erstens lag uns zu Beginn des Semesters noch kein Studienmaterial für den Kurs ‚Einführung in die Politik des Spartakus‘ vor, das gibt es ja erst seit einigen Wochen, und wir waren nicht initiativreich genug, auf Grund der alten, noch ungenügenden Konzeption für den Kurs unsere Bildungsarbeit zu organisieren, zum zweiten muß aber auch die Ursache in einem etwas falschen Verständnis hinsichtlich der Aufgabenstellung in der marxistischen Bildungsarbeit gesucht werden, das erst nach heftigen Diskussionen überwunden werden konnte. Die meisten unserer Genossen studieren nämlich Be-

triebswirtschaftslehre bzw. Volkswirtschaftslehre und es gab die Auffassung, an erster Stelle in der marxistischen Bildungsarbeit müsse die Beschäftigung mit der Politischen Ökonomie stehen, weil das die Voraussetzung für die fachliche Auseinandersetzung in den Seminaren abgebe. Aber die marxistische Bildungsarbeit in einer revolutionären Organisation soll ja zur gesamten revolutionären Praxis befähigen. In genau diesem Sinne formulierte Lenin den bekannten Satz ‚Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis‘. Die Auseinandersetzung mit bürgerlichen Lehrinhalten in den Seminaren ist nur ein kleiner Bereich unserer gesamten politischen Arbeit, der revolutionären Praxis. Zur revolutionären Praxis befähigen, das ist in erster Linie das Begreifen unserer Politik und ihrer wissenschaftlichen Grundlagen, die Befähigung, die gewonnenen Erkenntnisse in der eigenen politischen Praxis richtig anzuwenden.

Als wir das in der Diskussion geklärt hatten, war uns auch die Schwerpunktsetzung für das Wintersemester klar: Wir werden vorerst keinen weiteren Zirkel aus dem Kurs ‚Einführung in den Marxismus‘ durchführen — das wird eine Aufgabe im SS 1974 sein, sondern im Wintersemester auf insgesamt sieben Zirkelabenden Probleme aus dem Studienmaterial zum Kurs ‚Einführung in die Politik des MSB Spartakus‘ disku-

tieren. Hieran, so haben wir beschlossen, nehmen alle Genossen teil, unsere Gruppe ist noch jung und auch die Genossen, die schon ‚länger‘ dabei sind, haben sich wohl noch nie in systematischer Form mit einer wissenschaftlichen Begründung unserer Politik, die sich vom Marxismus leiten läßt, beschäftigt, allenfalls mit einzelnen Fragen. Selbst wenn das der Fall wäre, können sie ihre Kenntnisse in das Kollektiv einbringen, ohne daß sie sich als Dauerredner betätigen müssen. Wir werden außerdem versuchen, möglichst viele an unserer Politik interessierte Kommilitonen zu diesen Bildungsabenden einzuladen. Schließlich müssen wir stärker werden.

Neben dem Kurs ‚Einführung in die Politik des MSB Spartakus‘ wollen wir aber auch die für das Wintersemester vorgesehenen Bildungsthemen auf eigens dafür vorgesehenen Gruppenabenden durchführen. Wir haben uns entschlossen, diese thematisch sehr stark einzugrenzen und vor allem soweit das in den Studienmaterialien noch nicht der Fall ist, auch Aktualisierungen vornehmen. Zum Beispiel werden wir das Bildungsthema ‚National-revolutionäre Befreiungsbewegungen‘, das wir noch vom Sommersemester nachzuholen haben, zuspitzen auf das Nahost-Problem. Selbstverständlich werden wir auch zu diesen Gruppenabenden interessierte Studenten und besonders Sympathisanten einladen.“

leserbrieife

Mehr über Berufsverbote!

Ich halte Eure Berichterstattung über die Berufsverbote in rb 13 für nicht ausreichend, zumal bundesweit die Woche gegen die Berufsverbote hätte vorbereitet werden müssen. Daß Ihr immerhin die Verbindung zu den Berufsverbieten im Betrieb aufgezeigt ist positiv, aber auch unabdingbar. Vor allem muß in den RB 14 der Zusammenhang mit den Streiks in Nordbaden/Nordwürttemberg aufgezeigt werden, insbesondere die Bspitzelung durch die Polizei.

Desweiteren muß den Studenten das Berufsverbot als Teil der „Studienreform“ der Herrschenden klar werden, die Verbindung zur materiellen Misere, zum Sozialkampf muß eine selbstverständliche sein.

Außerdem ist — wie bisher noch wenig geschehen — eine nähere Analyse des Beamtengesetzes erforderlich, da Herr Kühn, im Namen aller Ministerpräsidenten, forderte, der Radikalenbeschuß solle weiter angewendet werden „bis zu der von Bundeskanzler Brandt angekündigten Neufassung der Beamtengesetze. Während dies vor allem für Lehrerstudenten relevant ist, muß unbedingt immer wieder klar gemacht werden, daß „der Antikommunismus sich letztlich gegen mehr Nichtkommunisten als Kommunisten wendet, daß der Antikommunismus letztlich nur die Funktion hat: die Sicherung der Herrschaft des Großkapitals!“

(Robert Steigerwald)

Jürgen Thor
Münster

Ein bißchen weniger dröge

Ich find das echt gut, daß Ihr jetzt speziell den Kampf der Fachhochschüler mit einem ordentlichen Massenma-



terial unterstützt. Vielen Dank also für die zahlreichen wichtigen Informationen im rb extra. Aber könnt Ihr die nicht nächstes mal ein bißchen weniger dröge „verpacken“?

Eva Behlenbach
Duisburg

Wo bleiben Theorie und Kultur?

Ein dickes Lob für die neuen roten blätter! Ist wieder mal alles drin und interessant zu lesen. Aber zwei wichtige Sachen vermisste ich: die Rubriken „Theorie“ und „Kultur“.

Barbara Scholz
Unna

Die Redaktion bittet um Zuschriften an:

rote blätter, MSB Spartakus,
53 Bonn 1, Postfach

Desorientiert durch Inaktualität

Ich habe gehört, ihr hättet die Produktion der roten blätter auf Offsetverfahren umgestellt und würdet so die Zeit zwischen Redaktionsschluß und Auslieferung sehr verkürzen können. Aber wie kommt es dann, daß die letzten rb wieder so inaktuell waren? Besonders nachteilig wirkt sich das meiner Meinung nach bei der Berichterstattung über den Faschisten-Putsch und den Widerstand des Volkes in Chile aus. Wer Mitte Oktober das Gespräch mit Jorge Marianov gelesen hat, mußte doch über die gegenwärtige Lage in Chile völlig desorientiert sein. Was der Genosse unmittelbar nach dem Putsch über eine umfassende Bewaffnung der Volksmassen und die Stellung großer Teile der Streitkräfte berichtete, widersprach einen Monat später in einigen Passagen der dann veröffentlichten Einschätzung der KP Chiles in ihrem Appell an das chilenische Volk. Dort wurde nicht von einem umfassenden bewaffneten Widerstand als Tagesaufgabe gesprochen, sondern als oberstes Ziel die breiteste Einheit aller antifaschistischen Kräfte, die mit allen Mitteln einen gemeinsamen zähen Kampf gegen die Junta zu führen haben, formuliert. Die Tatsache jedoch, daß das chilenische Volk die Faschisten bezwingen wird, ist heute so sicher wie damals. Und unsere Aufgaben der internationalistischen Solidarität sind heute so dringend wie am Tag nach dem Putsch. Verstärken wir sie!

Edgar Lange
Detmold

Sozialistische und bürgerliche Ideologie heute



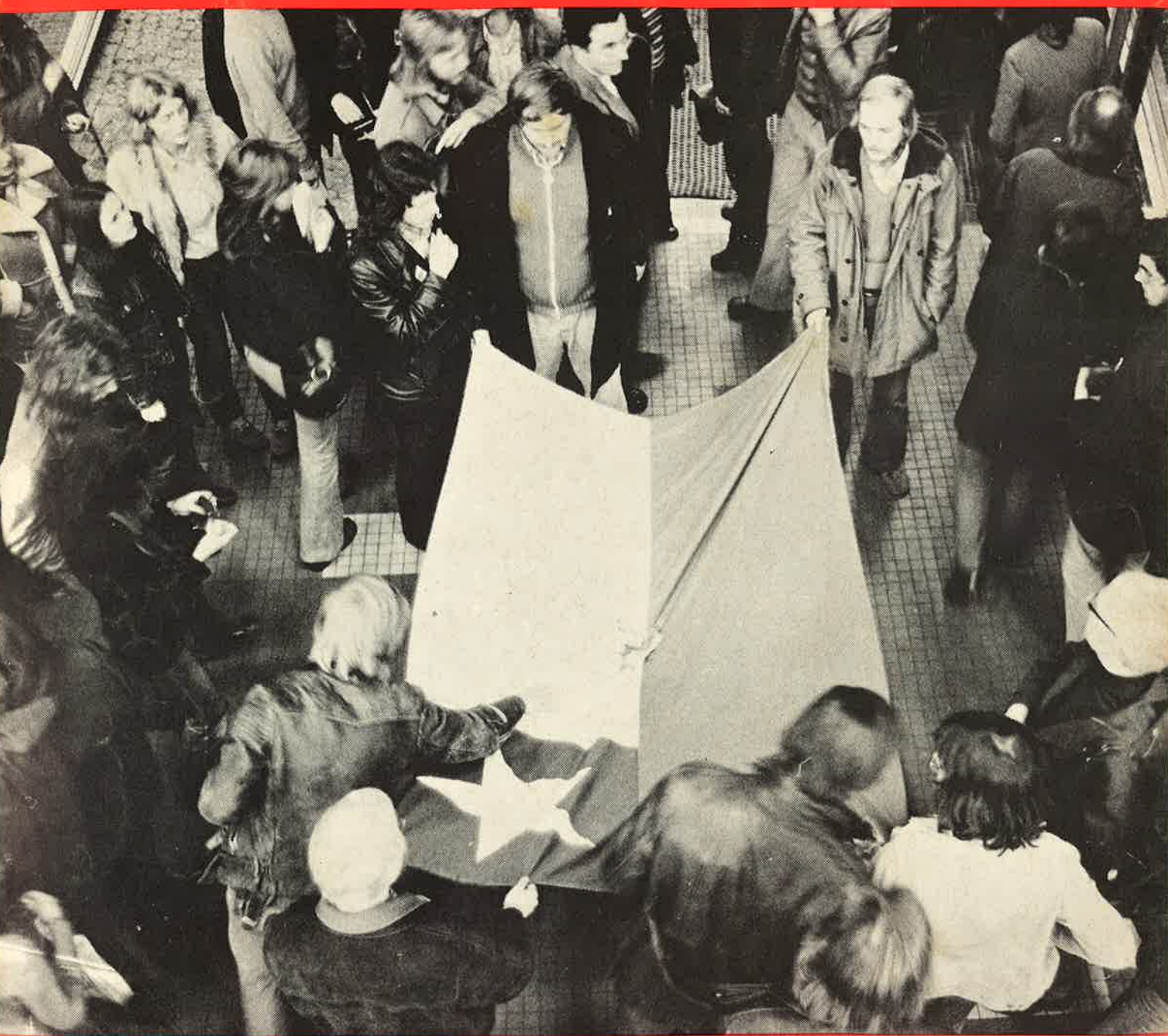
Veranstaltungsreihe des MSB Spartakus und des Verlags Marxistische Blätter, Frankfurt/M.

Es sprechen und diskutieren: Manfred Buhr, Berlin/DDR; Andras Gedö, Budapest; Robert Steigerwald, Frankfurt/Main. Die Veranstaltungen finden jeweils statt in der Universität.

Bonn, Donnerstag, den 29. 11.
Gießen, Freitag, den 30. 11.
Heidelberg, Montag, den 3. 12.

Erlangen, Mittwoch, den 5. 12.
Regensburg, Donnerstag, den 6. 12.

Sammelaktion des SPARTAKUS:



**50 000 DM für die
chilenischen Patrioten!**

Konto: Postscheckamt Köln 27 1187- 503, Kennwort, 50 000 DM für Chile